

Betrachtungen zu Litauen

Detlof von Berg

Nach drei Jahren Tätigkeit in Litauen ordnet der deutsche Botschafter seine Eindrücke und stellt zunächst fest, dass diese deutlich, stark und in sich kaum widersprüchlich sind. Doch muss auch gesagt werden, dass Litauen dem ausländischen Besucher durch die Barriere seiner Sprache zu Teilen verborgen bleibt. Aber auch aus seinem nationalen Charakter scheint Litauen den Ausländer nicht leichthin und unbekümmert integrieren und sich ihm mitteilen zu können. Es bleibt auf lange Strecke ein Abstand der Befangenheit gegenüber den Menschen aus dem „Westen“.

Wenn man daraus schließen möchte, dass es eine Aufgabe und Herausforderung für die Menschen in Litauen ist, ihre Nachbarn und künftigen Partner in der EU realistischer zu sehen, so ist eine solche Herausforderung nach besserer Kenntnis auf unserer Seite ungleich größer: Das deutsche Vorurteil gegenüber Litauen, bei vielen offiziellen und privaten Besuchern feststellbar, beruht im Grunde auf zwei Missverständnissen:

Zum einen wird Litauen in Deutschland zu weit im Norden und Osten vermutet. Hier hilft der genauere Blick auf die Landkarte. Vilnius liegt in etwa auf dem gleichen Breitengrad wie Hamburg. Touristenfragen nach unendlichen Mittsommernächten können dahingehend beantwortet werden. Die Lage des Landes im Osten Europas gibt eigentlich nur Erkenntnisse für das Wetter der Jahreszeiten. Litauen liegt in weiten Gebieten außerhalb der klassischen Nordwest-Tiefdruckwirbel, die zu oft den Sommer im Westen Deutschlands enttäuschend verlaufen lassen. In Litauen hingegen freut man sich an den stabilen Mittel/Osteuropäischen Hochdrucklagen mit heißen und klaren Tagen im Juli und August. Im Winter schaffen die gleichen Klimabedingungen kalte, schneereiche und sonnige Wochen, die zuweilen an Skiaufenthalte in den Bergen erinnern lassen.

Zum anderen spricht man in Deutschland immer noch zu oft pauschal von den baltischen Ländern, dies auch in Erinnerung an die baltendeutsche Vergangenheit, die in Litauen kaum anzutreffen war.

Im Übrigen aber ist Litauen für den westlichen Besucher sehr wenig östlich, vielmehr von ausgesprochen mitteleuropäischem Charakter. Die aufs Feinste restaurierte Altstadt von Vilnius

mit ihrer Architektur aus Renaissance, italienischem Barock und den Jahrzehnten des Klassizismus könnte ebenso als eine Metropole des ehemaligen Habsburger Reiches stehen.

Wenn Litauen sich fragen sollte, wie es sich als künftiger Partner in der EU im großen Kreis der europäischen Nationen, Bevölkerungsgruppen und Regionen selbst wieder finden kann, so sind hierfür wohl zwei Leitbilder anzubieten:

Zum einen ist es das tief verwurzelte historische Bewusstsein der Menschen in Litauen. Dies reicht zurück bis in tiefe Vergangenheiten, mit durchaus bemerkenswerten Elementen naturreligiöser Verbundenheit mit der Landschaft. Bedeutende Bäume, markante Steine werden als solche erkannt, geachtet und gepflegt. Zum andern sind die Geschichte des Großherzogtums Litauen und seine Bedeutung für die historische Entwicklung im Nordosten Europas in der Erinnerung des Landes durchaus lebendig. Spätere geschichtliche Perioden, in denen das Land im Einvernehmen bzw. in Konflikten der umgebenden Großmächte wie zwischen Mühlensteinen geschunden wurde, haben hier, das erlaubt sich der Beobachter zu bemerken, im erheblichen Maße ein Bewusstsein der Abhängigkeit von Schicksalen, einen Fatalismus zur Folge gehabt, zu dem die etwa 50 Jahre unter sowjetischem Regime letztlich erheblich beigetragen haben.

Das zweite wichtige Element künftiger Identität Litauens im Kreise der EU-Partner ist hier noch weitgehend unbewusst. Es ist der Charakter, die Schönheit des Landes selbst. Litauen wird in die EU als ein ökologisch bemerkenswert sauberes Land eintreten. Seine Böden, in vielen Jahren ungedüngt und ruhend, bieten beste Voraussetzungen für eine ökologische Landwirtschaft. In seinen Seen findet man Muscheln, in seinen Bächen fängt man Krabben, beides Zeichen herausragender Wasserqualität. Die Ostseeküste und das Kurische Haff sind als gepflegtes Naturschutzgebiet mit maßvoll touristischer Nutzung ein Beispiel für hochwertigen Fremdenverkehr in europäischem Maßstab. Seine etwa 3000 Seen liegen weitgehend unberührt und werden in diesem Sinne genutzt werden können.

Aus deutscher Sicht werden wir mit dem Partner Litauen in der EU ein erhebliches Stück Lebensqualität gewinnen und dies in dem Verständnis, in dem die Europäische Union insgesamt ihr Ziel sieht, nämlich den Menschen in Europa zu einem friedlichen Leben im Wohlstand zu dienen und unseren Kontinent mit seinen natürlichen Schönheiten und historischen Werten zu bewahren und im bestmöglichen Zustand an künftige Generationen weiterzureichen. Hierfür finden wir in Litauen und im Bewusstsein seiner Menschen einen Partner, von dem einiges zu erfahren und zu erlernen ist.

HEIDELBERG UND VILNIUS STÄTTEN DES GEISTES, DER KULTUR, ROMANTIK, LITERATUR, WISSENSCHAFT, ARCHITEKTUR, KUNST ...

Gerd-Bodo von Carlsburg

Auf wenigen Zeilen ein Traktat über die Bedeutung Heidelbergs - mit der ältesten reichsdeutschen Universität, die nach ihren Stiftern, den Kurfürsten Ruprecht I. und Karl Friedrich von Baden, Ruperto Carola benannt ist - im Blickwinkel der Geisteswissenschaft und Literatur zu verfassen, ist ein Unterfangen, das nur eklektizistisch bleiben kann, denn es sind viele Bände über diese Stadt geschrieben worden; dazu noch in der gebotenen Kürze Vergleiche mit Vilnius mit seinem Facettenreichtum - der einstigen Hauptstadt Europas - zu ziehen, ist mithin ein wagemutiges Experiment.

Als erster Schritt sei die Gründung dieser beiden berühmten Städte erwähnt: Heidelberg, mit gegenwärtig über 140.000 Einwohnern, die Stadt, die in der Statistik der Besucherzahlen unter den deutschen Städten nach München an zweiter Stelle steht, entstand aus einem Fischerdorf; Vilnius, deutsch Wilna, und zur Zeit über 590.000 Einwohnern, hatte vor ungefähr hundert Jahren die heutige Größe von Heidelberg. Es besaß damals annähernd 130.000 Einwohner mit einem Anteil von fast 50 % jüdischer Bevölkerung mit 5 Synagogen und etwa 70 Betschulen; beinahe 35 % der Einwohner waren Katholiken mit der Kathedrale des Heiligen Stanislaus und dem silbernen Sarge des Heiligen Kasimir in der Marmorkapelle, 14 Kirchen und 3 Klöstern; annähernd 15 % Bewohner gehörten der russisch-orthodoxen Religion an mit 2 Kathedralen, darunter der Kathedrale der Unbefleckten Mutter Gottes, 43 Kirchen und 2 Klöstern; abgerundet 3 % waren Protestanten mit einer reformierten und einer lutherischen Kirche, die auch heute noch besteht. Wenn man Vilnius so verkürzt beschreibt, könnte man annehmen, es bestehe nur aus Kirchen. Weit gefehlt, diese Stadt ist eine Zusammenballung architektonischer Schönheiten, die über die Jahrhunderte entstanden sind.

Beide Städte, Heidelberg und Vilnius, liegen malerisch die eine am Neckar, die andere an der Mündung der Vilnia in die Neris, an der berühmten Strecke Warschau – St. Petersburg. Vilnius wird 1129 das erste Mal urkundlich erwähnt, obwohl es dort schon im 1. Jahrhundert

eine kleine Ansiedlung gab, und im 10. Jahrhundert sich eine größere Siedlung an dieser insgesamt seit 3000 Jahren immer wieder bewohnten Stelle befand. 1323 wurde unter Gediminas diese Stadt für 472 Jahre die Hauptstadt des Großfürstentums Litauen (bis 1795). Ab 1387 existierte 408 Jahre lang eine Personalunion mit Polen („Staat der zwei Völker“ mit einem Herrscher, aber eigener Verwaltung). Nach der Regierungszeit von König Mindaugas begann die zweite Christianisierung

1655 besetzten die Russen zum ersten Mal das schöne Vilnius und verwüsteten es. Im Jahre 1795 fand die Aufteilung und Okkupation des Großfürstentums Groß-Litauen durch Rußland statt - es gab drei vergebliche Aufstände: 1794, 1830/31 - mit Niederschlagung der Polen durch die Russen - und 1863. Preußen erhielt das Gebiet Užnemunė, westlich der Memel (Nemunas). Im Jahre 1812 marschierte Kaiser Napoleon I. in Vilnius ein.

Schon 1905 erwachsen Autonomieforderungen. Am 16. Februar 1918 erfolgte die Staatsgründung, und es begann eine vorübergehende Unabhängigkeit; Bis zum Zweiten Weltkrieg bestand Litauen als demokratische Republik mit wirtschaftlicher und kultureller Öffnung nach Westeuropa, allerdings kam 1920-1939 die Einverleibung von Vilnius und seiner Umgebung durch Polen. 1940 nahm dann die Sowjetunion die Republik Litauen in Besitz (Molotow-Ribbentrop-Vertrag, Unterzeichnung am 23./24. August 1939 in Moskau, bekannt als Hitler-Stalin-Pakt). Die deutsche Okkupation von 1941 bis 1944 ist ebenfalls in Erinnerung. Auf den Tag genau nach 50 Jahren horchte die westliche Welt auf, als etwa eine Million Menschen als Protest gegen die nicht erfolgte Annullierung des verhängnisvollen Paktes eine 600 km lange Kette von Vilnius über Riga bis Tallinn bildeten. Endlich, am 11. März 1990, war der Tag der Unabhängigkeitserklärung unter Seimas-Präsident Prof. Vytautas Landsbergis und Ministerpräsidentin Prof. Kazimiera-Danutė Prunskienė, und am 20. August 1991 wurde Litauen als demokratische Republik endgültig wieder unabhängig.

Im 16. Jahrhundert war Vilnius Zentrum einer vom Humanismus gezeichneten Kultur sowie die Verkörperung einer von der Reformation geprägten Renaissancearchitektur. Die Einwohner von Vilnius zeigten weitgehend Toleranz allen Religionen gegenüber,

denn Juden, Katholiken, Orthodoxe und Protestanten lebten seit der Reformation friedlich miteinander und sorgten für die Prosperität der Stadt. 1570 wurde das Jesuiten-Kollegium errichtet, aus dem am 1. April 1579 durch Privileg des Königs Stephan Bathory (1533-1586) und des Papstes Gregor XIII. die Universität Vilnius, die *Alma academia et universitas Vilmensis societatis Iesu*, unter der Leitung der Jesuiten hervorging. 1599 erfolgte der Erstdruck eines litauischen Buches in der Universität: die „*Postilla catholica*“, der Katechismus von Mikalojus Daukša. (Das erste litauische Buch an sich, der Katechismus von Martynas Mažvydas, erschien 1547 in Königsberg).

Das 18. Jahrhundert war in Litauen geprägt vom Vilmenser Barock, bekannt durch seine gewellten Linien, Kirchenkuppeln und verwinkelten Gassen. Das Großfürstentum Litauen hatte seine kulturelle und geistige Blütezeit hinter sich. Aber europaweit kamen ab 1804 junge Menschen zum Studium nach Vilnius; und Parallelen zu Heidelberg lassen sich an vielen Stellen ziehen. So kann man leicht erahnen, welchen Aufschwung der Staat Litauen genommen hätte, wenn er vom 19. Jahrhundert an unabhängig geblieben wäre, denn Litauen kann über zwei Jahrhunderte hinweg auf viele große Namen zurückgreifen, die einen starken Einfluß auf die nationale Bildungstradition, die Kultur und Identitätsbildung, und auf die Freiheitsbestrebungen eines unterdrückten Volkes genommen haben.

Stellvertretend für die großen Gelehrten, Dichter, Musiker, Aufklärer des litauischen Volkes seien genannt der Historiker Simonas Daukantas (1793-1864), der Dichter und Romantiker Adam Mickiewicz (Adomas Mickevičius) (1798-1855), der Bischof Motiejus Valančius (1801-1875), der Domherr und Schriftsteller Juozas Tumas-Vaižgantas (1869-1933), der Mediziner und Schriftsteller Jonas Basanavičius (1851-1927) mit der seit 1883 erscheinenden Zeitschrift „*Aušra*“, die in Tilsit verlegt werden mußte und von den „*knygnešiai*“, den Bücherträgern heimlich nach Litauen, gebracht wurde, der Schriftsteller Vincas Kudirka (1858-1899) mit der Zeitschrift „*Varpas*“, der Dichter Jonas Mačiulis (1862-1932), Pseudonym Maironis, sowie der weltbekannte Komponist und Maler Mikalojus Konstantinas Čiurlionis (1875-1911), den alle Litauer als ihren bedeutendsten Künstler hoch verehren. Čiurlionis studierte nach dem Schulbesuch in seinem Geburtsort Druskininkai von 1889 bis 1893 im Hause des Fürsten Mykolas Oginskis in Plungė, von 1894 bis

zur Erlangung seines Diploms 1899 an der Warschauer Musikhochschule und, nach einer sich anschließenden Schaffensphase als Komponist, Schriftsteller und Maler in Druskininkai, Plungė und dem Seebad Palanga, seit dem 16. Oktober 1901 am Königlichen Conservatorium der Musik zu Leipzig und erwarb am 14. Juli 1902 das Lehrer-Zeugnis mit dem Fächern Theorie der Musik und Komposition, Violinspiel, Orgelspiel und Gesang.

Heidelberg liegt an der direkten Verbindung von Hamburg nach Basel, früher nur am linken, geschützten, Ufer des Neckars, an der Stelle wo der Fluß aus dem Odenwald in die Rheinebene austritt, die vergleichbar ist den 250 m hohen Vilmenser Hügeln, aber mit schon beginnendem südlichen Klima und Flair und bei einem Jahresdurchschnitt von ungefähr +10° Celsius das ideale Weinanbaugebiet. Auf dem jetzigen Terrain bestand bis zum 3. Jahrhundert schon in der Römerzeit eine Kolonie mit hoher Lebensqualität. Der Homo (Palaeanthropus) heidelbergensis als ältester europäischer Knochenfund ist Bestandteil aller Schul- und Lehrbücher der Biologie.

1996 beging Heidelberg die Feiern zu seinem 800jährigem Bestehen. Im 12. Jahrhundert ein Lehen der Wormser Bischöfe, wurde es 1155 durch Pfalzgraf Konrad Sitz der Pfalzgrafen und später der Kurfürsten und blieb Residenz bis 1720, als Kurfürst Karl Philipp in das Mannheimer Schloß, die heutige Universität Mannheim, umzog. 1803 wurde Heidelberg durch Kaiser Napoleon I. dem Großherzogtum Baden einverleibt, ein kleiner Teil der Kurpfalz somit badisch. 1556 erreichte die Reformation die Stadt, unter Friedrich III. erschien 1563 die „Catechesis palatina“ mit 129 Lehrsätzen zur religiösen Unterweisung der Jugend, die in fast alle Kultursprachen übersetzt wurde.

Die literarische Periode der Stadt begann mit der zu Beginn des 14. Jahrhunderts entstandenen Großen Heidelberger Liederhandschrift – nach einem Züricher Patrizier die ‚Manessische‘ benannt - oder Minnesänger-Handschrift. Sie enthält 140 Dichter und 138 Miniaturen. Die Kleine Handschrift entstammt schon dem 13. Jahrhundert, eine Minnelyrik, allerdings ohne Bilder, und beide Handschriften sind wertvolle Bestandteile der Universitätsbibliothek Heidelberg. Die Bibliotheca Palatina der Pfälzer Kurfürsten wurde

1622 von Tilly geraubt und befindet sich seitdem in der Bibliothek des Vatikans.

Das Heidelberger Schloß, 205 m über dem Meeresspiegel gelegen, 89 m über der Stadt, wurde im 13. Jahrhundert errichtet und im 16. Jahrhundert grundlegend erweitert, im Schicksalsjahr 1689 durch den französischen General Mélac unter Beschuß genommen, 1693 durch die französischen Truppen zum größten Teil zerstört und 1764 durch Blitzschlag in den Pulverturm endgültig Ruine. Nach Überlegungen zu Beginn dieses Jahrhunderts, das Schloß wieder aufzubauen und damit vor dem endgültigen Verfall zu bewahren, entschloß man sich gottlob aber, die berühmteste Schloßruine Deutschlands nur als Ruine zu sanieren.

Die Ruprecht-Karls-Universität, gegründet von Kurfürst Ruprecht I. am 18. Oktober 1386, und am 28. Oktober des selben Jahres eröffnet, wurde zum humanistischen Zentrum Deutschlands, zur Hochburg der protestantischen Theologie. Weltberühmte Geistes- und Naturwissenschaftler, Juristen und Mediziner haben an dieser Universität studiert, in Heidelberg gelebt und gelehrt. Einige Namen – ihrer Reihe kann wegen der Vielzahl nur unvollständig bleiben - aus der geisteswissenschaftlichen Disziplin seien genannt, beginnend mit dem aus Holland berufenen Humanisten Roelof Huysman, genannt Rudolf Agricola (1444-1485), sowie den Humanisten Johannes Reuchlin (1455-1522), Johannes Oekolampadius (1482-1531) und Jakob Wimpfeling [Wimpheling/Wympfeling] (1450-1528).

„G. Knod hat Wimpfelings eindrucksvolle Schilderung der scholastischen Universität Heidelberg im ausgehenden 15. Jahrhundert festgehalten: ‚Wir hören von neidischer Rivalität der Professoren untereinander, von gegenseitiger Beschimpfung der Bursen, von haßerfüllter Verfolgung der Anhänger anderer philosophischer Richtungen, von Streitigkeiten über die inneren Angelegenheiten der Fakultät vor unberufenen Laienohren usw. Die Lehrer machen sich ihre Schüler gegenseitig abspenstig, nach subjektivem Wohlwollen und Mißfallen geben sie ihre Stimme ab; aus Neid und Rachsucht werden verdiente Schüler zurückgesetzt, um schnöden Gewinnes willen weniger tüchtige zu den akademischen Ämtern promoviert. Auch die Studenten geben durch ihr unanständiges Betragen, ihre zügellose Lebensweise, ihre Völlerei

und geschlechtlichen Ausschweifungen gerechten Anstoß. Täglich sieht man sie durch Flur und Wald schweifen oder in auffallender Kleidung, den Degen an der Seite, unter wüstem Lärmen und Bramarbasieren [Prahlen - d. Verf.] die Straßen und Plätze durchziehen und jeden Begegnenden mit ihren Roheiten belästigen; selbst die Bäume sind vor ihrer Zerstörungswut nicht sicher ...“ (Arnhard/Reinert 1997, S. 127)

Der spätere „Praeceptor Germaniae“ Philipp Melanchthon (1497-1560) wurde am 14. Oktober 1509 immatrikuliert und absolvierte seinen Baccalaureus am 10. Juni 1511. Kurfürst Otto Heinrich (1556-59) beauftragte ihn mit der Neugestaltung der Universität im Geiste des Renaissancehumanismus. Martin Luther hielt in Heidelberg eine berühmte Disputation.

Das 17. Jahrhundert wurde in Heidelberg unter anderem geprägt durch den Natur- und Staatsrechtler Samuel Frhr. von Pufendorf (1632-1694), durch Jan Amos Comenius (1592-1670), den Pädagogen, protestantischen Theologen und Bischof der Böhmisches Brüder, dessen Weltbild seit seiner Studentenzeit durch die protestantischen Heidelberger Hochschullehrer entscheidend beeinflusst wurde.

1673 lehnte Baruch de Spinoza (1632-1677) einen Ruf an die Universität ab. Dieser bedeutende holländische Philosoph, der das Monismus-System schuf, und als Verfechter der Freiheit des Denkens und der Toleranz galt, hätte dieser Stadt humanistischer Prägung wertvolle Impulse geben können. Doch Spinozas Sorge galt der Weiterentwicklung seiner Philosophie; er scheute die Auseinandersetzung mit eventuellen Religionsgegnern, fürchtete seine Arbeitszeit durch eine Lehrtätigkeit zu verzetteln, und diese Angst obsiegte. 1676 mußte die Universität vorübergehend geschlossen werden, denn Rektor J. L. Fabricius, der Spinoza berufen wollte, wurde von den Franzosen vertrieben und lebte vorübergehend als Vagabund. Spinozas Entscheidung war somit glücklich gewählt.

Das 18. Jahrhundert in Heidelberg wurde durch einige wichtige Vertreter der deutschen Geisteswissenschaft bestimmt: Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770-1831), der Verfasser der „Phänomenologie des Geistes“ (1807), einer der bedeutendsten Vertreter des deutschen Idealismus, hielt am 19. Oktober 1816 seine Antrittsrede und blieb bis zum Jahre 1818 in Heidelberg. Verwiesen

sei unter anderem auf den Dreischritt, Bewußtsein, Vernunft und absoluter Wille', seinen Ansatz einer Synonymität von „Sein“ und „Denken“. Seine „Logik“ (in 2 Bänden 1812/16) wurde zum Standardwerk deutscher Geisteswissenschaft. Jean Paul (1763-1825) erhielt auf Hegels Vorschlag in Heidelberg die Ehrendoktorwürde. Der Dichter und Neuhumanist Johann Wolfgang von Goethe genoß Heidelberg seit dem Sommer 1814, als er im Palais Boisseree am Karlsplatz, im Zentrum der Altstadt, dem heutigen Germanistischen Seminar, mit Blick auf das Schloß und die Akademie der Wissenschaften, lebte

Mit Heinrich Rickert (1863-1936) begann die Epoche des Neukantianismus und des 19. Jahrhunderts. Rickert gilt mit Wilhelm Windelband (1848-1915) und dessen Schüler Emil Lask (1875-1915) als Vertreter der Badischen bzw. Südwest-deutschen Schule. Der Neukantianismus zeitigte eine Erkenntnistheorie, die, auf Immanuel Kant (1724-1804) fußend, auf der Grundlegung von Logik und Methodologie der Wissenschaft durch mathematische und begriffliche Axiome basiert.

Mit den Existenzphilosophen Martin Heidegger (1889-1976) und Karl Jaspers (1883-1969) hielt das 20. Jahrhundert in Heidelberg Einzug. Von den Arbeiten Jaspers' seien genannt: „Existenzphilosophie“ (1938) und „Der philosophische Glaube angesichts der Offenbarung“ (1962) (Gottesexistenz), die Erfahrung von Leiden, Tod und Schuld. Martin Heidegger beschäftigte sich mit der Frage nach dem Dasein, der Existenz des Menschen und deren Sinn. Erwähnt seien seine „Einführung in die Metaphysik“ (1953) und „Zur Sache des Denkens“ (1969). Seit längerer Zeit schon steht für internationale geisteswissenschaftliche Reputation der Name Hans-Georg Gadamer, geboren am 11. Februar 1900 und bis zum heutigen Tage ein geistiges Phänomen. Bekannt geworden ist Gadamer durch seine philosophische Hermeneutik, die, wie schon die Philosophie seines Vorgängers Heidegger, bei dem er 1929 habilitierte, insbesondere den Phänomenologen Edmund Husserl (1859-1938) adaptiert hat. 1949 wurde er Nachfolger von Jaspers auf dem Lehrstuhl für Philosophie. 1971 schrieb H.-G. Gadamer „Hegels Dialektik“ und 1983 „Heideggers Wege“, von 1985-1995 erschienen die „Gesammelten Werke“ dieses Heidelberger Ehrenbürgers in 10 Bänden.

Heidelberg war die erste Stätte des akademischen Wirkens von Jürgen Habermas, geb. 1929, bevor er nach Frankfurt ging. Der Soziologe und Philosoph Habermas („Theorie des kommunikativen Handelns“, 1981) gilt neben Max Horkheimer (1895-1973) und Theodor W. Adorno (1903-1969) („Erziehung zur Mündigkeit“, 1979) als führender Vertreter der ‚Kritischen Theorie‘ der Frankfurter Schule.

Allen diesen Philosophen als Widmung und zum Gedächtnis müßte nun der berühmte Heidelberger Philosophenweg seinen Namen erhalten haben, und doch wäre dies eine Fehlinterpretation, denn auf der rechten Neckarseite mit dem Blick auf Heidelberg, mitsonnig am Vormittag, gerät der Mensch ins Sinnen, Schwärmen und Philosophieren. Die Dichter der Romantik wie beispielsweise Friedrich Hölderlin (1770-1843), Achim von Arnim (1781-1831), der mit Clemens Brentano (1778-1842) „Des Knaben Wunderhorn“ (1806-1808) herausgab, oder Joseph Freiherr von Eichendorff (1788-1857), der sehnsüchtige Lyriker und Erzähler, der ab Mai 1807 für ein Jahr als Student bei Joseph von Görres (1776-1848) die Vorlesungen über Ästhetik belegte - und dem im Philosophengärtchen ein Denkmal gesetzt ist, konnten sich nicht satt sehen am Blick auf Heidelberg mit seiner historischen Altstadt. Sie alle, Dichter, Denker und Humanisten, machten Heidelberg weltbekannt.

Es ist fast der gleiche schöne Blick wie von der Vilnenser Gediminas-Burg auf die wunderschöne Silhouette dieser sowohl vom barocken als auch vom gotischen und vom Renaissancestil geprägten Stadt. Wenn alle Heidelberger Romantiker die Kultur- und Bildungsmetropole Vilnius besucht hätten, sie wären sicherlich dieser bezaubernden Stadt mit ihrem eigenen Charme und mit der größten Altstadt Europas erlegen, hätten ihr sicherlich so manche träumerische lyrische Zeile gewidmet, einer Stadt, in der neben vielen Trägern großer Namen des letzten Jahrhunderts der in Vilnius geborene Violinist Jascha Heifetz (1901-1987) von 1905-1909 die damalige Musikschule gegenüber dem heutigen Präsidentenpalais besucht und Sir Yehudi Menuhin (1916-1999) an der Musikakademie die Ehrendoktorwürde erhalten hat. Bescheiden weist nur eine kleine Tafel in litauischer sowie russischer Sprache am Hauseingang auf den Genius Heifetz hin. Man muß schon genau in die Innenhöfe und Gärten schauen, um die Statuen der berühmten Künstler zu entdecken.

Seit 1994 besteht zwischen Heidelberg (University of Education) und Vilnius (Vilnius Pedagogical University) ein Austausch in der Lehrerbildung, wobei am 6. Oktober 1995 in Vilnius ein Kooperationsvertrag mit der Pädagogischen Universität Vilnius geschlossen wurde, der den Austausch von Dozenten und Studenten ermöglicht und die gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen bis zum Promotionsstudium beinhaltet. Durch den interkulturellen Transfer auf der Mikroebene sind Menschen in privater und dienstlicher Sphäre zusammengeführt worden, und sehr wertvolle Freundschaften haben sich gebildet, die weiter gepflegt werden und wachsen sollen. Somit wurde die Stadt Heidelberg für Lehrende und Studierende nicht nur ein beliebtes Tourismuszentrum, sondern ihre pädagogische Alma mater wurde zudem ein sehr beehrter Studienort.

LITERATUR

- Arnhardt, G./Reinert, G.-B. (Hrsg.): Jan Amos Comenius. Über sich und die Erneuerung von Wissenschaft, Erziehung und christlicher Lebensordnung. Band I. Donauwörth 1997.
- Arnhardt, G./Reinert, G.-B.: Philipp Melanchthon. Architekt des neuzeitlich-christlichen deutschen Schulsystems. Donauwörth 1997.
- Beuys, B.: Der Große Kurfürst. Der Mann, der Preußen schuf. Reinbek 1969.
- Dietze, R. (Hrsg.): Eichendorffs Werke. Erster Band. Leipzig/Wien o.J. (1891).
- Fischer, K. (Bearb.): Jean Paul. Erster Teil. Leben und Lehren Jean Pauls. Levana, 1. Abteilung. Langensalza 21894.
- Maculevičius, S. (Hrsg.): Bekanntschaft mit Litauen. Erster Teil – Sehenswürdigkeiten, Touristische Angebote. Vilnius 1995, S. 4-30 (Kraštotvarka).
- Maculevičius, S./Stulpinas, R. (Hrsg.): Bekanntschaft mit Litauen. Dritter Teil – Wissenschaft, Bildung, Neue Technologien. Vilnius 1997, S. 10-17 (Kraštotvarka).

- Lukšienė, M.: Lietuvos švietimo istorijos bruožai XIX a. pirmojoje pusėje. Kaunas 1970.
- Lukšienė, M.: Mokykla kultūros raidoje. Lietuvos mokyklai – 600 metų. In: Konferencijos medžiaga. I d. Vilnius 1997.
- Reinert, G.-B./Arnhardt, G./Cornelius, P.: Johann Heinrich Pestalozzi. Anthropologisches Denken und Handeln. Donauwörth 1996.
- Scheible, H.: Philipp Melanchthon. Leben und Werk in Bildern. Karlsruhe 1998.
- Stöcklein, P.: Joseph von Eichendorff in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek 1963.
- Weyh, B.: Vernunft und Verstehen. Hans-Georg Gadamer's anthropologische Hermeneutikkonzeption. Frankfurt 1995.

Alytus 1941-1944: Massenmorde in einer Kleinstadt Ein Fallbeispiel deutscher Besatzungspolitik in Litauen.

Christoph Dieckmann

Die deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941 bis 1944 führte zu hunderttausendfachem Massenmord. Über 200.000 litauische Juden, mindestens 170.000 sowjetische Kriegsgefangene, eine noch nicht geklärte Zahl zehntausender sowjetischer Zwangsevakuierter aus weiter östlich gelegenen Gebieten und tausende weitere Personen unterschiedlicher Gruppen wurden während dieser drei Jahre auf litauischem Territorium umgebracht. Die Geschichte des kleinen Städtchens Alytus im Süden Litauens in dieser Zeit ermöglicht Einblicke in die Prozesse und Zusammenhänge dieser Massenmorde und wird im folgenden beschrieben werden.

Man weiss bis heute noch sehr wenig über das Geschehen in der Provinz Litauens unter deutscher Besatzung. Zu übergreifenden, allgemeinen Aspekten liegen einige historische Arbeiten von deutscher, litauischer und jüdischer Seite vor, die einen Überblick vermitteln. Zu nennen sind dabei vor allem die Arbeiten des Finnen Seppo Myllyniemi, der Ostdeutschen Roswitha Czollek, der Litauer Kazys Rukšėnas, Juozas Bulavas und Arūnas Bubnys sowie der Israelis Yizhak Arad und Dov Levin, beide Überlebende des Holocaust in Litauen.¹ Darüberhinaus gibt es eine Fülle weiterer Veröffentlichungen, Erinnerungen, Tagebücher, Dokumentationen und Aufsätzen zu Einzelaspekten, die an dieser Stelle nicht alle aufgeführt werden können. Festzuhalten ist jedoch, dass viele der zentralen Fragen nach wie vor sehr kontrovers diskutiert

¹ Seppo Myllyniemi, Die Neuordnung der Baltischen Länder 1941-1944. Zum nationalsozialistischen Inhalt der deutschen Besatzungspolitik, Helsinki 1973; Roswitha Czollek, Faschismus und Okkupation. Wirtschaftspolitische Zielsetzung und Praxis des faschistischen deutschen Besatzungsregimes in den baltischen Sowjetrepubliken, Berlin 1974; Kazys Rukšėnas, Hitlerininkų Politika Lietuvoje 1941-1944 Metais (Hitleristische Politik in Litauen in den Jahren 1941-1944), Vilnius 1970; Juozas Bulavas, Vokiškųjų Fašistų Okupacinis Lietuvos Valdymas 1941-1944 (Deutsche faschistische Besatzungsherrschaft in Litauen), Vilnius 1969; Arūnas Bubnys, Vokiečių Okupuota Lietuva 1941-1944 (Das deutsch besetzte Litauen), Vilnius 1998; Yizhak Arad, Ghetto in Flames. The Struggle and Destruction of the Jews in Vilna in the Holocaust, Jerusalem 1980; Ders., The "Final Solution" in Lithuania in the Light of German Documentation. In: Yad Vashem Studies 11 (1976), S. 234-272; Dov Levin, Fighting Back. Lithuanian Jewry's armed Resistance to the Nazis, 1941-1945. New York/London 1985; Dov Levin, The Lesser of Two Evils - Eastern European Jews under Soviet Rule 1939-1941, Philadelphia 1995; Dov Levin (Hg.), Pinkas HaKehillot. Lita, (Buch der Gemeinden, Litauen) Jerusalem 1996; Dov Levin, The Litvaks. A Short History of the Jews in Lithuania, Jerusalem 2000.

werden. Ausser Frage steht allerdings der verbrecherische Charakter deutscher Besatzungspolitik und sämtlicher deutscher Besatzungsinstanzen. Die Sowjetunion, und damit auch das zu diesem Zeitpunkt von ihr besetzte Litauen wurde angegriffen und besetzt, um drei Ziele zu erreichen: die deutsche Rüstungs- und Ernährungswirtschaft sollte ergänzt, der Bolschewismus vernichtet und schließlich der rassistisch definierte deutsche 'Lebensraum' erweitert werden. Dennoch sind eine ganze Reihe von Aspekten und Zusammenhängen der deutschen Politik noch ungeklärt. Das Beispiel Alytus vermag etwas beizutragen zur Frage des Schicksals der nichtjüdischen Opfergruppen deutscher Politik, über die bisher nur Bruchstücke bekannt sind: der Kriegsgefangenen und der Zwangsevakuierten.

Im Mittelpunkt der historiographischen und öffentlichen Diskussion steht bis heute jedoch immer wieder die Frage nach der Rolle der Litauer bei den Verbrechen und das litauisch-jüdische Verhältnis.² Vor allem in zahlreichen Berichten jüdischer Überlebender wurde und wird mit grosser Bitterkeit das Verhalten vieler Litauer als durch scheinbar plötzlich vehemente Feindschaft gekennzeichnet beschrieben. Bis auf wenige Ausnahmen sei das Verhalten eines der vermeintlich neutralen Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit gewesen, das vielerorts zusammenging mit der skrupellosen Inbesitznahme jüdischen Eigentums. Fast überall gab es darüberhinaus starke litauische Gruppen, die sich aktiv an der Ausgrenzung, den Quälereien und der Ermordung der litauischen Juden beteiligten. Aus der Perspektive der jüdischen Opfer tauchten Deutsche oft nur am Rande auf, wenn überhaupt. Dies gilt vor allem für die vielen Städte und Städtchen ausserhalb der grösseren Zentren des Landes. Und für diejenigen Juden, die die ersten Mordwellen überlebten, stellte es eines der zentralen

² Azriel Shohat, *The Beginning of Anti-Semitism in Independent Lithuania*. In: *Yad Vashem Studies II* (1958), S. 7-48; Karen Friedman, *German/Lithuanian Collaboration in the Final Solution, 1941-1944*, University of Illinois 1994 ; Sima Ycikas, *Lithuanian-Jewish Relations in the Shadow of the Holocaust*. In: *Jews and Jewish Topics in the Soviet Union and Eastern Europe*, 1 (11), 1990, S. 33-66, abgedruckt in Zvi Gitelman, *Bitter Legacy. Confronting the Holocaust in the USSR*, Bloomington/Indianapolis 1997, S. 185-213; Sara Neshamit, *Jewish-Lithuanian Relations during World War II: History and Rhetoric*. In: ebd., S. 167-184 (überarbeitete Fassung von dies., *The History and Polemics of the Relation Between the Jews and Lithuanians During World War II*. In: Yizrael Gutman/Gideon Greif, (Hg.), *The Historiography of the Holocaust*, Jerusalem 1988, S. 291-314); Dov Levin, *On the Relations Between the Baltic Peoples and Their Jewish Neighbors Before, During and After the Holocaust*. In: *Holocaust and Genocide Studies* 5 (1990), S. 53-66; Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Rolle der Kollaboration für die deutsche Besatzungspolitik in Litauen und "Weißruthenien"*. In: *Bundesarchiv (Hg.), Okkupation und Kollaboration (1938-1945)*, zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Berlin/Heidelberg 1994, S. 191-216.

Probleme des weiteren Überlebens dar, den Denunziationen seitens der litauischen Bevölkerung zu entgehen.

Das historiographische Bild war lange Zeit dominiert von gekränkten Rechtfertigungsschriften der litauischen Emigration einerseits und von - bis auf wenige Ausnahmen - pauschal anklagenden Büchern und Broschüren innerhalb Sowjetlitauens andererseits. Publikationen von jüdischer Seite hatten meist autobiographischen Charakter, urteilten jedoch teilweise differenzierter.³ Untersuchungen deutscher Historiker bezogen sich bisher entweder zu einseitig auf deutsche Quellen oder liessen ihren Spekulationen freien Lauf.⁴ Amerikanische Arbeiten litten zunächst ebenfalls an Quellenmangel, was sich jedoch in letzter Zeit geändert hat.⁵ Die historische Forschung beginnt langsam, sich von festgefahrenen Positionen zu lösen.

Die grossen Probleme der Diskussion hängen mit verschiedenen Faktoren zusammen, die hier kurz angesprochen seien. Zu allererst hat es mit den langen Jahren der Besetzung in Litauen zu tun, mit der brutalen und exzessiven Gewalt, die die deutsche, aber auch die zweimalige sowjetische Besetzung - 1940/41 und 1944 bis 1991 - charakterisierte. Es leuchtet unmittelbar ein, dass die auf den verschiedenen Seiten beteiligten Generationen ihr Selbst- und Weltbild nur schwer durch gegenläufige Darstellungen korrigieren lassen. Zu massiv waren die schmerzhaften Erfahrungen, die vor allem die Opfer der Gewaltherrschaft machen mussten, und das waren im Verlauf dieser Jahre sehr viele. Das schiere Ausmaß der Gewalt ist kaum vorstellbar. Zum Beispiel war in Dutzenden von Städten und Städtchen ein Drittel oder gar die Hälfte der

³ Für Überblicke zur Historiographie vgl. Sara Neshamit, Relations; Sima Ycikas, Relations; Dov Levin, Relations; Ders., The Soviet Communist Motif and Its Effect on the Subject of the Holocaust in the Baltic Émigré Historiography, in: Gutman, Greif, (Hg.), Historiography, S. 249-274; Dov Levin, Lithuanian Attitudes toward the Jewish Minority in the Aftermath of the Holocaust. The Lithuanian Press, 1991-1992. In: Holocaust and Genocide Studies, 7 (1993), S. 247-262; Valentinas Brandišauskas, Siekiai atkurti Lietuvos valstybinguma (Die Bemühungen zur Wiederherstellung der litauischen Staatlichkeit, Juni 1940 - September 1941), Vilnius 1996, S. 5-23.

⁴ Vgl. H.-H. Wilhelm, Einsatzgruppe A, Frankfurt 1996, S. 53-63, 88-94; Knut Stang, Kollaboration und Massenmord. Die litauische Hilfspolizei, das Rollkommando Hamann und die Ermordung der litauischen Juden, Frankfurt u.a. 1996; Ders., Das Fußvolk und seine Eliten. Der Beginn der Kollaboration in Litauen 1941. In: Wolfgang Benz/Marion Neiss (Hg.), Judenmord in Litauen. Studien und Dokumente, Berlin 1999, S. 69-89.

⁵ Vgl. Friedman, Collaboration; Mike MacQueen, The Context of Mass Destruction: Agents and Prerequisites of the Holocaust in Lithuania. in Holocaust and Genocide Studies, Spring 1998, S. 27-48. Ders., Nazi Policy toward the Jews in the Reichskommissariat Ostland, June-December 1941: From White Terror to Holocaust in Lithuania. In: Gitelman, Legacy, S. 91-103.

Bevölkerung jüdisch und wurde innerhalb weniger Monate ausgeplündert und schließlich vernichtet. Unter deutscher Besatzung traf die Terror- und Mordpolitik zum grossen Teil nichtethnische Litauer, unter sowjetischer Besatzung hingegen zählten auch die ethnischen Litauer zu den grossen Opfergruppen.

Die Entwicklung der Historiographie zeigt, dass es auf litauischer Seite vor allem denjenigen Historikern, die nicht unmittelbar an dem Geschehen beteiligt waren, in zunehmendem Maße gelingt, die offenen und kontroversen Fragen differenzierter zu untersuchen.⁶

Gleichwohl ist auch heute deutlich, dass alle diese Diskussionen eng mit Fragen nach dem litauischem Nationalismus verknüpft sind. Ich denke dabei vor allem an zwei Themenkreise. Zum einen geht es darum, ob auf litauischer Seite das Selbstverständnis, selbst immer Opfer der Geschichte gewesen zu sein, differenziert und die Tatsache, dass Teile der litauischen Gesellschaft sowohl unter deutscher wie unter sowjetischer Herrschaft auch zu Tätern geworden sind, wirklich zur Kenntnis genommen werden kann. Zum anderen handelt es sich immer auch um eine Auseinandersetzung über die Richtung, in die die litauische Gesellschaft und ihr Staat gehen wollen. Folgt man dem Ideal desjenigen Nationalismus, der die Menschen nach ihrer ethnischen Herkunft unterscheidet und hierarchisiert - oder erweist sich das Ideal als richtungsweisender, das Menschen- und Staatsbürgerrechte nicht an die Herkunft, sondern an universale Prinzipien der Menschenrechte bindet? Anders ausgedrückt: Wird Geschichte weiterhin ausschließlich in kollektivistischen Kategorien gedacht als Auseinandersetzung des eigenen ethnisch definierten Volkes mit seiner Umgebung, oder öffnet sich dieses Geschichtsverständnis einer Sichtweise, in der Gruppen und Individuen als Subjekte der Geschichte mit ihren Handlungszwängen und -spielräumen in den Mittelpunkt rücken? Mir scheint, erst dann würde sich der Raum öffnen, um das ganze Spektrum litauischer Verhaltensweisen zu untersuchen, die Ermordung der litauischen Juden, der Kriegsgefangenen und der sowjetischen Zwangsevakuierten als Problem der eigenen Geschichte zu begreifen. Das junge, in manchem wenig gefestigte litauische Staatswesen und das Gefühl von Instabilität in der litauischen Gesellschaft lassen noch zu selten ein offenes Diskussionsklima zu - als ob man ausschließlich auf die Integrationskraft eines ethnisch definierten Nationalismus angewiesen sei. Um so höher ist es zu veranschlagen, dass alle Archive in Litauen für die Forschung offen stehen - leider bei weitem nicht die Regel in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Die

⁶ Saulius Suziedelis, Thoughts on Lithuania's Shadows of the Past: A Historical Essay on the Legacy of the War. In: Vilnius. Magazine of the Lithuanian Writers Union, Sommer 1998, S. 128-146. Part II in ebd., Sommer 1999, S. 177-208; Brandišauskas, Valstybinguma; Bubnys, Lietuva.

Erarbeitung der Empirie ist möglich, und damit eine der Voraussetzungen zur Versachlichung der Diskussionen gegeben.

Auch dieser Aufsatz zur Geschichte in Alytus soll ein Beitrag zur Versachlichung der Diskussion sein, vor allem indem quellengestütztes Material zur Verfügung gestellt und Interpretationsvorschläge gemacht werden. Ich beschränke mich dabei wegen des knappen Raumes auf die Frage nach der deutsch-litauischen Kooperation bei der Durchführung der verschiedenen Verbrechen.

Die Verfolgung und Ermordung der Juden in Alytus.

In dem 60 km südlich von Kaunas gelegenen Städtchen Alytus wohnten 1939 etwa 9.200 Einwohner, als eine von vier grossen sowjetischen Militärbasen dort eingerichtet wurde. Zu diesem Zeitpunkt lebten etwa 1.730 Juden - einschliesslich der jüdischen Flüchtlinge aus dem Suwalki-Gebiet, das 1939 an Deutschland gefallen war - in der Stadt.⁷ Wie im ganzen Land wurde 1940 die Mehrheit der Fabriken und Läden nationalisiert, der Lebensstandard sank stetig. Alle politischen und gesellschaftlichen Organisationen, die den Sowjets nicht genehm waren, wurden verboten, darunter auch alle zionistischen Organisationen. In den Schulen durfte kein hebräischsprachiger, sondern nur noch jiddischsprachiger Unterricht stattfinden. Die Deportationen in den Nächten vom 13./14. Juni 1940 betrafen auch jüdische Familien. In den Morgenstunden des 22. Juni 1941 griff die deutsche Wehrmacht die Stadt an, viele starben bereits durch die Bombardierungen, es wurden 214 Wohnhäuser und 160 weitere Gebäude zerstört.⁸ Kleinere Kämpfe dauerten bis zum 24. Juni an. Am zweiten Kriegstag wurden von deutschen Soldaten 42 Zivilisten erschossen, nachdem zwei Deutsche in der Nähe einer Mühle getötet worden waren. Unter den Opfern waren zwei Priester.⁹

Die sowjetische Verwaltung war geflüchtet, im Zuständigkeitsbereich deutscher Ortskommandanturen reorganisierte sich rasch die örtliche litauische Verwaltung, in der nur "patriotische Litauer" tätig sein sollten.¹⁰ Neben den normalen zivilen und

⁷ Levin, Pinkas, S. 140-143 (Eintrag Alytus).

⁸ Lietuvos Centrinis Valstybės Archyvas (LCVA), R 1436-1-29, Bl. 58.

⁹ Masinės žudynės, Bd. 2, Tabelle, S. 389. Algirdas Rakūnas, Lietuvos liaudies kova prieš hitlerinę okupaciją, Vilnius 1970, S. 19. Nicht zu klären ist, ob es bereits in diesen ersten Tagen deutscher Besatzung zu einer weiteren Erschiessung von mehreren hundert Männern kam. Vgl. Rukšėnas, Politika, S. 134; Aussage Jokūbas Voščikas in A. Vabalas, Kraują sugėrė Dzūkijos smėlis (Die blutige Erde um Dzukija, Vilnius 1960, S. 3 f.; Akt v. 28.8.1944, Gosudarstvennyj Archiv Rossiskoj Federacii (GARF), 7021-94-3, Bl. 39 f.

¹⁰ Befehl Kreischef Alytus v. 9.7.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 8.

polizeilichen Strukturen, die an die Zeit vor der sowjetischen Annexion anküpften, existierte in den ersten drei Wochen eine Reihe von paramilitärischen Sonderinstanzen, getragen vor allem von freiwilligen antibolschewistischen Partisanen und ehemaligen Soldaten.

Die litauischen Führungspositionen wurden in den ersten Monaten teilweise von Personen eingenommen, die in der rechtsradikalen Lietuvos Nacionalistų Partija [LNP] organisiert waren. In Alytus gehörten zu ihnen der Generalstabsmajor Juozas Ivaškauskas, der Stadtkommandant sowie Leiter des Partisanenstabes und später Bürgermeister war, der Kreispolizeiführer und Hauptmann der Luftwaffe Antanas Audronis sowie der Chef der litauischen Kriminalpolizei Alfonsas Nykštaitis. Aber zwei der entscheidenden Personen für die Durchsetzung der ideologisch motivierten Verfolgungen waren nicht in der LNP: Kreischef Hauptmann Stepas Maliauskas und der Chef der litauischen Sicherheitspolizei, der Reserve-Leutnant Pranas Zenkevičius.

Die Tätigkeit der örtlichen Verwaltung bestand zuerst vor allem in der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, konkret bedeutete dies - wie in ganz Litauen - vor allem die Verfolgung von Kommunisten und Juden.

Die tatsächlichen oder vermeintlichen Kommunisten wurden zu hunderten verhaftet.¹¹ Bis zum 16. Juli 1941 waren im ganzen Kreisgebiet gemäss den deutschen Befehlen 82 Kommunisten erschossen worden, 389 waren verhaftet und 345 wurden noch gesucht.¹² Neben systematischen Suchtrupps in den Wäldern sorgten vor allem zahlreiche Meldungen der Bevölkerung dafür, dass vermeintliche Kommunisten der Polizei ausgeliefert wurden.¹³ Bis Ende August 1941 zogen allein in Alytus 50 Hinweise aus der Zivilbevölkerung Handlungen der örtlichen Hilfspolizeitruppen nach sich, wobei 36 Kommunisten, neun Rotarmisten und "eine große Zahl Juden" festgenommen wurden.¹⁴ Die Verfolgung von Juden hatte noch grössere Ausmasse. Die zum Geschehen in Alytus überlieferten Quellen sind zwar lückenhaft, erlauben aber dennoch Einblick in die Mentalität der örtlichen litauischen Führung.

¹¹ Vgl. zwei Listen des Partisanenanführers Ivaškauskas mit 137 und 51 verhafteten Kommunisten v. 6.7.1941, die sich teilweise überschneiden. LCVA, R 1436-1-29, Bl. 57, 64, gedruckt in Masinès žudynės, Bd. 2, S. 44-47.

¹² Bericht aus Alytus an Innenminister der provisorischen Regierung v. 16.7.1941, LCVA, R 1436-1-29, Bl. 69; gedruckt in: Masinès žudynės, Bd. 2, S. 65 f.

¹³ Vgl. Auflistung eingegangener Meldungen in Alytus, deren Ausführung und derzeitiger Stand 12.7.-4.8.1941, Masinès žudynės, Bd. 2, S. 48-59.

¹⁴ Kurzer Überblick über Tätigkeit des "Selbstschutzes" in Alytus v. 31.8.1941. LCVA, R 660-2-231, Bl. 1 f., gedruckt in Masinès žudynės, Bd. 2, S. 60 f.

Ende Juni 1941 wandte sich der litauische Kreispolizeiführer Audronis mit der Klage an den deutschen Ortskommandanten, man ginge gegen die Juden viel zu sanft vor. Audronis bat im Einvernehmen mit der litauischen Kreisverwaltung um die Genehmigung, selbst ohne gerichtliche Verfahren Erschiessungen durchführen zu dürfen - und zwar von Kommunisten, Juden und Polen. Er übernehme die Verpflichtung, innerhalb von zehn Tagen durch die Polizeiführung den gesamten Kreis Alytus "zu säubern". Er habe dazu 200 Polizisten und 850 Partisanen zur Verfügung, es fehlten nur die nötigen Waffen und einige Fahrzeuge.¹⁵ Das deutsche Antwortschreiben ist zwar nicht in den Akten überliefert, aber es ist eindeutig, dass Audronis für diese Eigeninitiative zum Massenmord kein grünes Licht erhielt. Die Morde an den Juden von Alytus und Umgebung sollten sich noch zweieinhalb Monate lang hinziehen.

Der litauische Bürgermeister ordnete erst einmal ab dem 5. Juli 1941 Zwangsarbeit für alle jüdischen Männer zwischen 16 und 55 Jahren und für alle jüdischen Frauen zwischen 16 und 45 Jahren an.¹⁶ Sie mussten vor allem Schwerstarbeit an Brücken und Strassen leisten.¹⁷ Eine Woche später - am 12. Juli - ordneten Kreischef Maliauskas und Major Ivašauskas eine Serie von Einschränkungen für Juden an. Alle Juden in der Stadt und im Kreis mussten ab dem 14. Juli in der Stadt und ab dem 16. Juli im Kreis den gelben Davidstern tragen. Sie hatten nur noch auf den Strassen, nicht mehr auf den Bürgersteigen gehen, unterlagen der Ausgangssperre von 20 bis 6 Uhr, durften erst ab 11 Uhr einkaufen, und Handel mit Bauern war ihnen völlig untersagt. Sie durften keine nichtjüdischen Arbeitskräfte beschäftigen und in bestimmten Teilen der Memel nicht mehr baden. Es wurde verboten, ohne Genehmigung umzuziehen, Fremde, Russen oder Kommunisten aufzunehmen und staatliches Eigentum zu beschädigen. Sogar die Benutzung von Jiddisch am Telefon war unter Strafe gestellt.

Nichtjuden durften mit Juden keine Lebensmittel handeln, alle Juden der Stadt Alytus waren nach Aufforderung zu öffentlichen Arbeiten verpflichtet, Radios, Fahrräder und Motorräder mußten abgegeben werden. Mehr als zwei Juden durften sich nicht öffentlich treffen.¹⁸

Der deutsche Kommandant der Ortskommandatur II 352, Hauptmann von der Marwitz, bestätigte am 14. Juli 1941 diese "Sonderbestimmungen" für die Juden und ordnete die Registrierung aller Einwohner an. Er gab darüberhinaus nach der Vorgabe

¹⁵ LCVA, R 1436-1-29, Bl. 12-13, gedruckt in Masinès žudynės, Bd. 2, S. 39-41. In Alytus selbst gab es 50 Polizisten und 100 Partisanen. Vgl. Aufstellung der Partisanen im Kreis Alytus (o.D.; ca. Juli 1941), LCVA 1436-1-29, Bl. 14.

¹⁶ Befehl Bürgermeister Alytus v. 1.7.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 115.

¹⁷ Befehl Kreischef Alytus v. 9.7.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 8.

¹⁸ Befehl Kreischef Alytus v. 12.7.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 17.

der zuständigen Sicherungsdivision 403 vom 13. Juli 1941 die Rationierung der wichtigsten Lebensmittel bekannt. Die Beschaffung oblag den litauischen Bürgermeistern, und es handelte sich nicht um Festsätze, sondern um Höchstsätze, die nach Bedarf herabgesetzt werden konnten. Für die litauische Bevölkerung war schon wenig vorgesehen, für die jüdische Bevölkerung jedoch fast gar nichts. Ihr drohte der Hungertod, sollte sie allein auf diese Lebensmittel angewiesen sein. Wöchentlich waren vorgesehen für Litauer: 1.750 Gramm Brot , 200 Gramm Mehl , 150 Gramm Grütze, 400 Gramm Fleisch, 125 Gramm Fett und 125 Gramm Zucker; für Juden waren lediglich 875 Gramm Brot in der Woche sowie 100 Gramm Mehl und 75 Gramm Grütze eingeplant.¹⁹ Wie sollte man von einem einzigen kleinen Stück Brot am Tag leben?

Ab Mitte Juli 1941 wurde die Politik der Verfolgung in Alytus noch stärker systematisiert und genauer durch die deutsche und litauische Führung kontrolliert. Die radikale antisemitische Grundausrichtung erläuterte Kreispolizeiführer Audronis den Polizeipunktführern der litauischen Ordnungspolizei am 16. Juli 1941.²⁰ Deutsche und litauische Interessen seien identisch und da "das Judentum" gegen Deutschland sei, sei es auch der Feind der Litauer. Jeder sei ein "Volksverräter", der Juden helfe, ihnen Lebensmittel verkaufe oder überhaupt Verbindung zu ihnen halte. Die Polizeiführung sei für die strenge Erfüllung der vom Bürgermeister am 12. Juli 1941 erlassenen antijüdischen Anordnungen verantwortlich. Die von der deutschen Wehrmacht festgesetzten Lebensmittelrationen dürften von niemandem überschritten werden, von Litauern nicht und auch nicht von Juden. Deutsche und Litauer seien Bürger erster Klasse, Polen und Russen Bürger zweiter Klasse und die Juden seien "das letzte von allen Völkern". Daran, wie die Litauer diese Politik umsetzten, werde sich nach deutscher Prüfung zeigen, ob Litauen "der Unabhängigkeit wert" sei.

Die Hoffnung auf Unabhängigkeit war jedoch vergeblich. Am 5. August 1941 begann in dem Gebiet die Tätigkeit der deutschen Zivilverwaltung unter Führung des 34-jährigen Gebietskommissars (GBK) Wilna-Land, SS-Sturmbannführer Horst Wulff.²¹

¹⁹ Vgl. Befehle der Ortskommandantur für die Zivilbevölkerung und die zivilen Behörden v. 14.7.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 18, 33 und 126; Zur Sicherungsdivision 403: Besondere Anordnungen für die Versorgung Nr. 23 v. 13.7.1941, nach: Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Ernährungspolitik in Weißrußland 1941-1944*, Hamburg 1999, S. 267.

²⁰ LCVA, R 1436-1-29, Bl. 19 f., gedruckt in *Masinès žudynės*, Bd. 2, S. 62-65.

²¹ Öffentliche Bekanntmachung Nr. 2 Gebietskommissar (GBK) Wilna-Land mit Verweis auf Nr. 1 v. 5.8.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 90. Ab April 1942 gehörten Alytus und Umgebung dann zum GBK Kauen-Land unter dem 40-jährigen SA-Brigadeführer Arnold Lentzen, da das GBK Wilna-Land durch drei Kreise aus Weißrussland vergrößert wurde.

Schon tags darauf legte Wulff in einer Besprechung mit den litauischen Kreischefs seines Gebietskommissariats in Vilnius die Aufgaben fest.²² Als erstes forderte er eine genaue Aufstellung mit allen litauischen Mitarbeitern der zivilen und polizeilichen Verwaltung, und bis zum 13. August sollten sämtliche Juden statistisch erfasst sein. Ausserdem brauche er rasch Berichte über alle wesentlichen finanziellen und ökonomischen Fragen. Die Kreischefs seien die Vertreter des Gebietskommissars vor Ort, und Waffen dürften nur die Polizei sowie Personen mit ausdrücklicher Genehmigung tragen. Sehr schnell würden den Bezirken weitere Anweisungen zugeschickt.

Wenige Tage später erhielt GBK Wulff alle wesentlichen Informationen zum Kreis Alytus: über bisherige deutsche Anordnungen, die litauischen Behörden, die Ausrüstung der Polizei, die jüdische Bevölkerung und allgemeine Einwohnerzahlen sowie die Finanzlage, die landwirtschaftliche und industrielle Situation im Kreis.²³ Mit dem 14. August gingen in diesem Gebiet alle unabhängigen paramilitärischen Formationen in die Hilfspolizei über. Das hatte die neue litauische Führung in Kaunas - die Führung der litauischen Sicherheitspolizei und der Generalrat für Inneres - angeordnet.²⁴

Schon Ende Juli, Anfang August 1941 war in einigen Strassen der armen Viertel von Alytus ein provisorisches Ghetto für die etwa 1.300-1.500 Juden - darunter schon hunderte aus den Dörfern der Umgebung vertriebene - eingerichtet worden. Ein dreiköpfiger Judenrat hatte die Verantwortung für die innere Ordnung unter unsäglichen Bedingungen zu übernehmen.²⁵ Für das übrige Gebietskommissariat ergingen entsprechende Anordnungen erst gut drei Wochen später. Am 23. August 1941 wies Wulff alle Kreischefs an, Juden und Nichtjuden seien klar zu trennen, ein

²² Vermerk zum Treffen am 6.8.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 66-68. Zu diesem Zeitpunkt wurden in deutschen Dokumenten die Kreischefs noch Landräte genannt.

²³ Brieftagebuch GBK Wilna-Land v. 11.8.1941, LCVA, R 613-1-64 (Einträge zum 11. und 14.8.1941).

²⁴ Stadtkommandant Alytus an Kreischef Alytus v. 14.8.1941, LCVA, R 1436-1-12, Bl. 162.

²⁵ Dem Judenrat gehörten Rechtsanwalt Halperin, Rechtsanwalt Salansky und Kopl Nemunaitzky an, Levin, Pinkas, S. 142. Im Kreis Alytus mussten auch deutsche Juden, alle Juden aus von Deutschland besetzten Ländern sowie alle gemischten jüdisch-litauischen Ehepaare ins Ghetto. Der nichtjüdische Partner musste sich, um nicht den gleichen Verfolgungsmassnahmen zu unterliegen, scheiden lassen. Das betraf im ganzen 37 Personen im Kreis Alytus. Schreiben des kommissarischen Gebietsrates Kostas Kalendra an GBK Wilna-Land v. 13.8.1941, LCVA, R 643-3-4152, Bl. 130; Schreiben Kalendras v. 18.8.1941 nach Antwort des Gebietskommissars v. 16.8.1941, LCVA, R 685-5-4, Bl. 1 (im Bestand zur Stadt Vilnius R 691-1-20, Bl. 71 auf den 17.8.1941 datiert); Anweisung Kreischef Alytus v. 22.8.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 22.

Ghettogelände sei zu suchen sowie ein Beauftragter für die 'Judenfrage' einzusetzen und bis zum 5. September 1941 zu melden.²⁶ Kurz darauf erging die Anweisung des Gebietskommissariats an die Kreischefs und Bürgermeister zur raschen Erfassung und Bewachung sämtlichen jüdischen Besitzes, der komplett an den Staat falle.²⁷

Nach deutschen Quellen fanden in Alytus zwei grosse Massenerschiessungen statt, denen 2.229 Juden zum Opfer fielen. Am 13. August 1941 wurden 617 jüdische Männer und 100 jüdische Frauen erschossen, am 9. September 1941 ermordeten deutsche und litauische Einheiten 352 jüdische Kinder, 640 jüdische Frauen und weitere 287 jüdische Männer. In der Zeitspanne vom 13. August bis Ende August waren zudem 233 jüdische Männer in Alytus und Umgebung ausschließlich durch litauische Einheiten umgebracht worden.²⁸ Die ausserordentliche staatliche sowjetische Kommission hielt nach dem Krieg aufgrund von zwölf Zeugenaussagen zwei weitere Morddaten für Juden in Alytus fest, die von ausserhalb zur Mordstätte gebracht worden waren: den 20. August mit 130 Opfern, darunter 15 Frauen und den 12./13. September mit 600 Opfern.²⁹

Zum Ablauf der Morde liegen weitere Aussagen von Beteiligten vor, unter anderen vom Chef der litauischen Kriminalpolizei Alfonsas Nykštaitis und von einem der Partisanenführer, Jonas Borevičius.³⁰ Aus den Aussagen ergibt sich folgendes Bild: Der Leiter des mobilen Mordkommandos des deutschen Kommandeurs der Sicherheitspolizei (KdS) aus Kaunas, SS-Hauptsturmführer Joachim Hamann, - daher Hamann-Kommando genannt - ordnete vor Ort die Konzentrierung der Juden des ganzen Kreises an. Sowjetische Kriegsgefangene mussten Gruben graben. Die Erschiessungen wurden durchgeführt vom Hamann-Kommando, gemeinsam mit der litauischen Sicherheitspolizei in Alytus unter Zenkevičius und der Beteiligung von 20 Partisanen, was deren Führer Borevičius in eigenen Aussagen bestätigte. Das nächste Mal brachte Hamann einen litauischen Zug seines Kommandos unter Führung des Luftwaffenleutnants Bronius Norkus, der dann für die Ermordung der Juden im gesamten Kreis verantwortlich war - so die Äusserung Hamanns gegenüber

²⁶ Schreiben GBK Wulff an Kalendra v. 23.8.1941, LCVA, R 685-5-4, Bl. 4.

²⁷ Schreiben GBK Wulff an Kalendra v. 28.8.1941, LCVA, R 685-5-4, Bl. 9.

²⁸ Vgl. Gesamtaufstellung der im Bereiche des E.K.3 bis jetzt durchgeführten Exekutionen v. 10.9.1941, Bundesarchiv (BA), R 70 Sowjetunion 15, Bl. 78 f.; Gesamtaufstellung der im Bereiche des E.K.3 bis jetzt durchgeführten Exekutionen v. 1.12.1941, ebd., Bl. 81-84.

²⁹ Vgl. Akt v. 28.8.1944, GARF, 7021-94-3, Bl. 39.

³⁰ Vernehmungen Nykštaitis v. 29./30.6.1960, Masinës žudynės, Bd. 2, S. 70-73; Vernehmungen Borevičius v. 4.7.1960 und 21.4.1961, ebd., S. 67-70; vgl. die Darstellung zu Verbrechen gegen Juden in Vabalas, Krauja, S. 3-13; Anklageschrift gegen Mitglieder des 1. Schutzmannschaftsbataillons, Kaltina nužudytieji, Vilnius 1963, S. 19.

Zenkevičius. Der örtlichen Polizei kam die Aufgabe zu, die Juden zu zernieren, ihren Besitz zu rauben und die Wertsachen an Norkus zu übergeben. Bei den grossen Erschiessungen im Wald Vidziris waren jeweils vier deutsche Unteroffiziere aus Kaunas mit dabei und ermordeten mit litauischen Truppen unter Führung von Norkus oder dem Leutnant der Luftwaffe Juozas Obelenis die jüdischen Männer, Frauen und Kinder. In einer Aufstellung von Mitte September 1941 über die Einwohnerzahl von Alytus und -Kreis gab es unter den 123.560 Personen keine Juden mehr.³¹

Der Gebietskommissar liess dann über die verantwortlichen Kreischefs den Verkauf der jüdischen Häuser - auch durch Ratenzahlungen - zu, stellte den übrigen zu registrierenden Besitz einschließlich sämtlicher Kulturgüter unter Bewachung, eine Anordnung, die offensichtlich mehrmals notwendig erschien.³²

Kreischef Maliauskas schickte am 11. Dezember 1941 eine Aufstellung mit den "Kosten" der Ermordung der Juden an das GBK Wilna-Land - 1.782, 55 RM.³³ Dieser Betrag für die Errichtung des Ghettos, die Miete der Gebäude und die Verpflegung der Bewachungs- und Erschiessungskommandos wurde aus dem geraubten jüdischen Vermögen erstattet.

Hilfe für die verfolgten Juden hat es sehr wenig gegeben. Zwei jüdische Mädchen, Belkin und Chayah Kaplan, überlebten, weil sie von zwei Litauern versteckt und versorgt wurden. Eine weitere Litauerin wurde wegen ihrer tätigen Hilfe für Juden eingesperrt, und ein litauischer Bauer, der Juden geholfen hatte, hielt die Folter im Gefängnis nicht aus und wurde verrückt.³⁴

Aus dem Kreis Alytus liegen Dokumente vor, die belegen, dass ein Priester öffentlich für die Juden eingetreten ist. In Varëna hielt Priester Gylys am 14. September 1941 eine Predigt, in der er litauische Beamte als "Henker" bezeichnete. Laut Polizeibericht sagte er: "Unschuldige Menschen wurden von uniformierten Litauern geschlagen, alte Leute und schwangere Frauen wurden herumgestossen und der Wald von Varëna war mit unschuldig vergossenem Blut bedeckt. Sie litten sehr unter den Schurken. Noch bevor das Blut getrocknet war, wurde ihr Eigentum geplündert." Im Polizeibericht hiess es weiter, es sei klar gewesen, dass Gylys über die Erschießung der Juden von Varëna am

³¹ Aufstellung v. 15.9.1941 zur Nationalität der Einwohner von Alytus und Alytus-Kreis, LCVA, R 1436-1-29, Bl. 313.

³² Vgl. zwei Schreiben GBK Wulff an Kalendra v. 2. und 21.10.1941, LCVA, R 685-5-4, Bl. 14 f. und ebd., R 1548-1-1, Bl. 784-784R.

³³ Vgl. Schreiben Kreischef Alytus an GBK Wilna-Land v. 11.12.1941, LCVA, R 1436-1-29, Bl. 348. GBK Wilna-Land an Kalendra v. 14.11.1941 und Schreiben Kalendra an Kreischef Alytus v. 18.11.1941, ebd., Bl. 351/353.

³⁴ Vgl. Levin, Pinkas, S. 140-143.

10. September 1941 sprach. Gylys hatte sich am 9. September noch an den Polizeipunktführer gewandt, da er mit den eingesperrten Juden sprechen wollte. Obwohl es ihm verboten worden war, ging er zur Synagoge gegangen und sprach zu ihnen, sie sollten tapfer sein und sich doch in ihren letzten Stunden zu Christus bekehren. Dann musste er die Synagoge verlassen.³⁵

Auch in Alytus wurde im Sommer 1941 seitens der Litauer versucht, an die Strukturen des Sommers 1940 anzuknüpfen. Es gab darüberhinaus zunächst eine ganze Reihe von Sonderinstanzen zur Organisierung der Partisanengruppen. Wenige Wochen später kam es landesweit zur Einrichtung von reinen Mordkommandos unter deutscher Führung. Ein weiterer, wichtiger Unterschied zu den Organisationsformen vom Sommer 1940 bestand in der nun starken Präsenz von rechtsradikalen und antisemitischen Personen in Schlüsselstellungen der Verwaltung und des Exekutivapparates. Das Beispiel Alytus zeigt aber auch, dass zum Teil die für die Verbrechen entscheidenden Positionen nicht von Mitgliedern der rechtsradikalen LNP, sondern von Kreischef Maliauskas und dem Chef der litauischen Sicherheitspolizei Zenkevičius, eingenommen wurden.

Die Zurückdrängung zentraler politischer Vertretungen der Litauer durch die deutsche Zivilverwaltung Anfang August 1941 hatte in diesem Kreis dagegen keine allzu grosse Bedeutung.

In Alytus beruhte die Form der engen Kooperation mit der deutschen Besatzungsherrschaft wesentlich auf der Annahme, dass nur enge ideologische Nähe und bedingungslose Bereitschaft zur Zusammenarbeit einen Weg zur Wiedererrichtung des litauischen Staates ebnen würde. In den Ansprachen des Kreispolizeiführers Audronis vom Juli 1941 lässt sich die strikte rassistische Hierarchisierung unterschiedlicher Völker klar erkennen. Er kannte nur ein Ziel: die Juden möglichst schnell aus der litauischen Nation auszuschliessen. Nachdem der geforderte sofortige Mord nicht gestattet worden war, erließ die örtliche litauische Verwaltung in rascher Folge massive Einschränkungen allen jüdischen Lebens, die bis Ende Juli 1941 zur Ghettoisierung und völligen Ausraubung der Juden führten. Die sowjetische Politik der Sowjetisierung und Deportationen in den Jahren 1940/1941 macht zwar den antisowjetischen Hass plausibel, reicht aber nicht aus, um die sofortige Ermordung von Kommunisten und schon gar nicht, um die antijüdische Politik zu erklären. Dazu bedurfte es einer weiteren Senkung der Hemmschwellen zur Gewalt und zum Mord, die sich aus ideologischen Überzeugungen speiste.

³⁵ Polizeipunktführer Varėna an Kreispolizeichef Alytus v. 14.9.1941, LCVA, R 1476-1-30, Bl. 363, gedruckt in Masinès Žudynės, Bd. 2, S. 113 f.

Für die Vehemenz der antijüdischen Politik machte es keinen Unterschied, dass zum Zeitpunkt der Durchführung der grossen Massenmorde in Alytus auch der örtlichen Führung klar sein musste, dass die bereits installierte deutsche Zivilverwaltung einen unabhängigen staatlichen Weg erst einmal ausschloss. Diesem Fakt kommt hohe analytische Bedeutung zu, denn es handelt sich dabei um einen deutlichen Beleg für die genuin antisemitische Motivation der beteiligten Personen, die damit nicht nur als ein lediglich verschrobenes Mittel auf dem Weg zur Unabhängigkeit zu interpretieren ist. Diese Verfolgung bis hin zur Ermordung richtete sich eindeutig nicht gegen solche Juden, die vielleicht mit den Sowjets sympathisiert hatten, sondern gegen alle jüdischen Zivilisten, vor allem die noch lebenden Frauen, Kinder und alten Männer. Der Opferstatus war nun ganz offenbar nicht mehr an irgendwelche Handlungen gebunden, sondern richtete sich gegen bestimmte durch Herkunft definierte Personen in ihrer Gesamtheit. Der moderne rassistische Antisemitismus auf litauischer Seite gehört zu den Voraussetzungen, die die Verbrechen auf litauischem Territorium ermöglichten.

Das Beispiel Alytus macht auch klar, dass die entscheidende Initiative und Kontrolle des Prozesses bei den Deutschen lag. Aller antisemitischen Vehemenz und aller Gewaltbereitschaft auf Seiten litauischer Gruppen zum Trotz kontrollierten deutsche Verwaltung und Polizei den gesamten verbrecherischen Prozess. Sowohl das periodische Eingreifen der deutschen Ortskommandantur in der Zeit der Militärverwaltung, als auch die Federführung der deutschen Zivilverwaltung ab August 1941 sind dafür deutliche Indizien. Gänzlich klar wird das bei der Durchführung der Morde selbst, die von deutscher Sicherheitspolizei geleitet wurde. Die Verantwortung zumindest für die litauischen Führer in Alytus für die Zurverfügungstellung von Personal bleibt jedoch davon unberührt.

Die starke Involvierung der litauischen Gesellschaft auf mehreren Ebenen - der Politik, der Polizei und der Bevölkerung - ist in Alytus offensichtlich. Ebenso belegen die frühen Zeitpunkte einschneidender Entscheidungen wie zum Beispiel die rasche Ghettoisierung der örtlichen Juden, dass dort nicht unter Zwang gehandelt wurde, sondern relevante Minderheiten starke eigene, ideologisch gespeiste Interessen entwickelten und umsetzten.

Dieser erste grosse Massenmord in Alytus richtete sich gegen Einheimische, Bewohner desselben Städtchens. Täter und Opfer kannten sich. Die Zuschauer wussten genau, um wen es sich handelte, dem das Recht zu leben, entrissen wurde; wem die Häuser, Grundstücke, Möbel, Kleider und Geschäfte gehörten, die unter den litauischen Bewohnern des Städtchens nun neu verteilt wurden. Das unterscheidet diesen Massenmord von den zwei weiteren, den Opferzahlen nach noch grösseren Morden, die in Alytus geschahen.

Die Ermordung der sowjetischen Kriegsgefangenen in Alytus.

Die deutsche Wehrmacht, die deutsche Polizei und die deutschen Wirtschaftsbehörden waren für den Tod von mindestens 170.000 sowjetischen Kriegsgefangenen in Litauen verantwortlich. Viele tausend wurden erschossen. Die meisten von ihnen starben einen elenden Tod durch Hunger, Krankheit und Kälte in den grossen Lagern in Kaunas, Šiauliai, Vilnius, Naujoji Vilnia, Bezdony, Virbalis und Kalvarija, drei Lagern im Memelgebiet und eben in Alytus.

Zuerst wurde in Alytus das Durchgangslager 133 eingerichtet, bevor es im September 1941 durch das aus Fürstenberg kommende Stammlager 343 abgelöst wurde. Das Lager bestand aus sechs Kasernen und hölzernen Pferdeställen, mit hohem Stacheldraht umzäunt, ausserhalb des Zaunes lagen zwei Kasernen für Wachen und Verwaltung.³⁶ Mit dem Lagerausbau war im August 1941 begonnen worden, nachdem die ersten Gefangenen dort eingetroffen waren.³⁷ Es gelangten im Herbst 1941 etwa 30.000 Kriegsgefangene in das Lager, obwohl es eigentlich nur für 6.000 Gefangene vorgesehen war.³⁸ Kommandanten waren Major Rosencrantz und von August bis Mitte Oktober 1942 Major Erich Klein. Als Bewachung fungierten die 3. Kompanie des Landeschützenbataillons (LSB) 530 und litauische Wachmannschaften; zum 1. Januar 1942 die 2. Kompanie des LSB 319.³⁹ Die ersten Litauer für die Verwaltung des Lagers wurden spätestens am 22. August 1941 aus Vilnius dorthin abkommandiert.⁴⁰ Als Ende September 1941 die Ankunft von ca. 30.000 Kriegsgefangenen angekündigt wurde,

³⁶ Vgl. Aussage Wasilij Filonow v. 17.9.1975, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen in Ludwigsburg (ZStL), VI 319 AR-Z 28/71, Bd. 1, Bl. 89-94.

³⁷ Vgl. Bericht von Major Ivanov v. 1.9.1944 zum Todeslager Alytus, GARF 7021-94-3, Bl. 9-11. Auf dem Material der außerordentlichen Kommission beruht auch der Abschnitt in Vanabas, Kraujà, S. 13-16.

³⁸ Vgl. Aussage Kurt Bauer v. 8.7.1975, ZStL, VI 319 AR-Z 28/71, Bd. 1, Bl. 80; Aussage Alfred Grunow v. 11.10.1973, ebd., Bd. 1, Bl. 58. Unter den Gefangenen waren 4.000, die bei Borissow in Gefangenschaft gekommen waren. Vgl. Besprechung Kriegsgefangenen-Bezirkskommandant Weißbrußland, Oberst Marschall, mit dem Verbindungsoffizier des Kommandeurs der Kriegsgefangenen beim Wehrmachtbefehlshaber Ostland, Hauptmann Feucht, am 26.10.1941, Bundesarchiv Militärarchiv (BA-MA), RH 22/251.

³⁹ Vgl. Einstellungsverfügung ZStL Dortmund v. 26.9.1975, ZStL, VI 319 AR-Z 28/71, Bd. 1, Bl. 89 f.; Karte Kriegsgefangenenorganisation des Oberkommandos der Wehrmacht v. 1.1.1942, BA-MA, RW 6/249.

⁴⁰ Vgl. Befehl Nr. 6 des Ordnungsdienstes in Vilnius v. 22.8.1941, LCVA, R 660-2-3, Bl. 17.

kamen Mitte Oktober 1941 102 Polizisten vom 5. litauischen Hilfspolizei-Bataillon nach Alytus.⁴¹

Die Lebensverhältnisse im Kriegsgefangenenlager Alytus waren furchtbar, wie Überlebende und Personal der Lagerverwaltung übereinstimmend aussagten. Es gab keine Heizung, kaum Betten, keine Kleidung oder Schuhe, kaum ärztliche und medizinische Versorgung. Die Gefangenen schliefen auf dem nackten Boden bei bis zu 25 Grad Minustemperaturen, Läuse waren überall. Viele kamen schon völlig entkräftet an, diejenigen, die erschöpft aus den Waggons fielen, wurden sofort erschossen.⁴² Im Lager war Wasser kaum vorhanden, die Unterbringung war völlig unzureichend, Krankheiten wie Fleckfieber, Ruhr und Typhus wüteten, Hunger wurde als Mordwaffe eingesetzt. "Praktisch wurden sie durch Hunger vernichtet, da man ihnen fast nichts zu essen gab".⁴³ Sechs Gefangene mussten sich ein Brot teilen, etwa 150 Gramm pro Person, dazu eine "Gemüsesuppe" mit verfaultem Gemüse. Im Winter 1941/42 gab es aufgrund des Hungers, der Krankheiten und der Kälte mehrere hundert Opfer am Tag. "Die Gefangenen wurden einfach in das Lager gepfercht und sich selbst überlassen."⁴⁴ Beerdigungskommandos begruben die Opfer in Massengräbern.⁴⁵

Drastische Strafen wurden exekutiert, es sollen Gefangene dafür erschossen worden sein, dass sie in Müllabfällen nach Eßbarem suchten, dass ein Spatz gegessen wurde - für Vorfälle von Kannibalismus drohte in allen Lagern die Todesstrafe.⁴⁶ Politische Kommissare und Juden wurden herausgesucht und erschossen.⁴⁷ Bis zum Beginn des

⁴¹ Zur Belegung des Stammlagers (Stalag) 343 mit 30.000 Kriegsgefangenen vgl. Schreiben Feldkommandant (FK) Vilnius, Oberstleutnant Max Zehnpfennig, an SS- und Polizeistandortführer, SS-Obersturmbannführer Paul Krieg, v. 1.10.1941, LCVA, R 659-1-2, Bl. 30; zur Abkommandierung des 5. Hilfspolizei- Bataillons vgl. LCVA, R 1444-1-3, Bl. 297. Die Abstellung von weiteren 180 litauischen Polizisten verweigerte Krieg am 20.10.1941, nachdem Hauptmann Everth, der stellvertretende Lagerkommandant, am 14.10.1941 angefragt hatte, vgl. LCVA, R 659-1-2, Bl. 82 f.

⁴² Vgl. Aussage Wasilij Filonow v. 17.9.1975, ZStL, VI 319 AR-Z 28/71, Bd. 1, Bl. 89-94.

⁴³ Aussage Kostas Tamosinas, Dolmetscher des Abwehroffiziers v. 18.9.1975, ebd., Bd. 1, Bl. 20-22.

⁴⁴ Aussage Otto Friedrich v. 27.3.1973, ebd., Sondermappe. Friedrich war bis Dezember 1941 Schreiber im Landeschützenbataillon 530. Er meinte, es habe im Herbst 1941 etwa 60-80 Opfer pro Tag gegeben, im Winter bis zu 300 Tote pro Tag.

⁴⁵ Vgl. Aussage Jonas Scharokwasas v. 19.9.1975, ebd., Bd. 1, Bl. 23-25. Er war als Zivilarbeiter bis Frühjahr 1942 in einem Beerdigungskommando.

⁴⁶ Vgl. ebd. und Aussagen Fedor Kononenko v. 19.9.1975, Jonas Jazavičius v. 19.9.1975, ebd., Bd. 1, Bl. 26-30.

⁴⁷ Vgl. Aussage Otto Friedrich v. 27.3.1973, ebd., Sondermappe; Aussage Bruno Doebel v. 9.12.1970, ebd., Bd. 1, Bl. 13.

Tauwetters im Frühjahr 1942 war das Lager wegen Fleckfiebers abgeriegelt.⁴⁸ Zuverlässige Zahlen über die im Lager vorhandenen Gefangenen von Februar bis Oktober 1942 liegen von deutscher Seite vor⁴⁹:

1.2.1942	8.867	(1.407)
1.4.1942	7.565	(1.793)
1.5.1942	8.380	(5.011)
1.6.1942	8.484	(4.756)
1.8.1942	5.051	(4.217)
1.9.1942	4.622	(2.226)
1.10.1942	3.624	(1.422)

Bis April 1942 fällt die geringe Zahl an arbeitenden Gefangenen auf - knapp 16 Prozent im Februar, knapp 24 Prozent im April 1942 - ein Hinweis auf den schlechten Zustand der übrigen. 1942 wurden die Rotarmisten insgesamt aber besser versorgt, da sie als Arbeitskräfte nötig erschienen. Die Abnahme der Gefangenenzahl ab August 1942 hängt mit der Deportation Gefangener ins Reich zusammen. Im November 1942 wurde das Stalag 343 aufgelöst und das Lagergelände als "Reservelager Alytus, Stalag 336" bereitgehalten.⁵⁰ Es blieben allerdings arbeitende Kriegsgefangene in kleinen Gruppen - mit einigen Unterbrechungen - bei Arbeitskommandos in der Region bis zum Frühjahr 1944.⁵¹

Es gibt nur wenige zeitgenössische Dokumente zum Stalag 343, was die Schätzung der Opferzahlen erschwert. Eine gesicherte Zahl ist für Oktober 1941 überliefert: Es waren fast 28.000 Gefangene im Lager.⁵² Im Laufe des Oktober 1941 starben 1.000 Gefangene innerhalb von 20 Tagen den "Hungertod", das heisst im Durchschnitt 50 Tote pro Tag.⁵³ Die sowjetische außerordentliche Kommission fand nach dem Krieg in 136 Gräbern etwa 16.150 Leichen und schätzte die Gesamtzahl der Opfer auf 30.000 bis

⁴⁸ Vgl. Rundschreiben des Kreisarztes J. Kilis v. 10.12.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 152; Aussage Bruno Doebel v. 9.12.1970, ZStL, VI 319 AR-Z 28/71, Bd. 1, Bl. 13.

⁴⁹ BA-MA, RW 6/v. 450. In Klammern sind die Zahlen der zur Arbeit Eingesetzten angegeben.

⁵⁰ Kdr.d.Kriegsgef. b. WBO an Kriegsgef.Bez.Kdt. v. 6.10.1942, ZStL, 319 AR-Z 162/69, Bl. 26.

⁵¹ Vgl. Schreiben Kreispolizeichef Alytus an Kreischef Pečulis v. 21.1.1944, LCVA, R 1436-1-141, Bl. 97; Schreiben Kommandantur Durchgangslager 376 an Kreischef Alytus v. 9.3.1944, ebd., R 1436-1-180, Bl. 31.

⁵² Notiz aus Tätigkeitsbericht, Stalag 343, Ic, v. 1.11.1941, ZStL, VI 319 AR-Z 28/71, Bd. 1, Bl. 82.

⁵³ Auszug aus Brief des Ic, Stalag 343, an seinen Bruder v. 24.10.1941, ZStL, VI 319 AR-Z 28/71, Bl. 82.

40.000.⁵⁴ Der ehemalige Kriegsgefangene Aleksandr Klimkovič - er war im Lager vom 28. Oktober 1941 bis zum August 1942 - nannte abweichende Zahlen: Im Zeitraum August 1941 bis Februar 1942 seien vor allem an Hunger 14.500 Gefangene gestorben, an Seuchen 2.000 Gefangene, durch Erschießungen etwa 500 und im Zeitraum Februar 1942 bis August 1942 aus verschiedenen Gründen 1.000. Im nördlichen Teil des Lagers waren ca. weitere 2.500 Personen begraben, so dass seiner Meinung nach bis August 1942 20.000 Gefangene gestorben seien.⁵⁵ Es ist plausibel, die Mindestzahl der Opfer bei 20.000 anzusetzen.

Man weiss sehr wenig über die Bereiche, in denen es in und um Alytus zu engerem Kontakt zwischen den Gefangenen und der litauischen Bevölkerung kam. Dazu zählen im wesentlichen drei Bereiche: litauische Wachmannschaften im Lager; das Verhalten der Bevölkerung gegenüber noch oder schon wieder flüchtigen Gefangenen, das sich offensichtlich zwischen Meldung an deutsche oder litauische Polizei einerseits und Hilfe für die Bedürftigen andererseits bewegte⁵⁶; und drittens die Verhältnisse an den Orten, an denen die Gefangenen zur Zwangsarbeit eingesetzt waren. Deutscherseits war jegliche Hilfe für Kriegsgefangene mit drastischen Strafen bedroht. Schon der Kontakt zwischen Kriegsgefangenen und Zivilbevölkerung wurde mit Arrest sanktioniert und bis hin zur Todesstrafe verboten.⁵⁷ Im Unterschied zur antijüdischen Politik scheinen litauische Instanzen nicht direkt und auf Dauer in die Politik gegenüber den Kriegsgefangenen involviert gewesen zu sein. Einen substantiellen Einfluß auf die deutsche Politik gegenüber den Kriegsgefangenen hatten die Litauer daher nicht. Wie

⁵⁴ Akt v. 20.8.1944, GARF 7021-94-3, Bl. 2 und Bl. 7 sowie Akt v. 18.8.1944 zur Öffnung der Graeber, ebd., Bl. 8. Die Einzelaufstellung zu den Gräbern v. 29.7.1944 findet sich auch in Bibliothek der Akademie der Wissenschaften in Vilnius, Handschriftenabteilung, F 159-33, Bl. 45. Entsprechend die Angabe zur Anzahl der ermordeten Kriegsgefangenen in Masinès Žudynės, Bd. 2, S. 389: 35.000 Opfer für den Zeitraum Juli 1941 bis April 1943.

⁵⁵ Vgl. Bericht Klimkovič v. 28.8.1944, Bibliothek der Akademie der Wissenschaften in Vilnius, Handschriftenabteilung, F 159-33, Bl. 17.

⁵⁶ Vgl. die Verhaftung eines Litauers durch litauische Sicherheitspolizei Ende März 1942, weil er im Kreis Alytus einem flüchtigen sowjetischen Kriegsgefangenen geholfen hatte. LCVA, R 972-1-387, Bl. 22; Vgl. für weitere Beispiele im Kreis Alytus, Rakūnas, Kova, S. 125 f.

⁵⁷ Das Oberkommando der Wehrmacht hatte schon am 26.6.1941 den deutschen Instanzen befohlen, jeden Verkehr der Gefangenen mit Wachmannschaften oder Zivilbevölkerung zu unterbinden. Vgl. Befehl OKW v. 26.6.1941, BA-MA, WiID/72; Aufruf Reichskommissariat Ostland v. 15.11.1941 zur Denunziation von Kriegsgefangenen, O. Kaplanas (Hg.), Gitlerovskaja okupacija v Litve, Vilnius 1966, S. 143; Punkt 9 der Anweisung zur Begleitung von Arbeitskommandos der Kriegsgefangenen v. 1.3.1943, vgl. GARF, 7021-94-2, Bl. 221.

das Verhalten in den Bereichen, in denen es zu Kontakten kam, aussah, muss erst noch erforscht werden. Ähnliches gilt auch für den dritten Massenmord, der an den sowjetischen Zwangsevakuiereten begangen wurde.

Die Ermordung der sowjetischen Zwangsevakuiereten in Alytus

In das Ende 1942 aufgelöste Kriegsgefangenenlager in Alytus wurden im Frühjahr 1943 erneut Insassen eingesperrt - diesmal sowjetische Zivilisten, die aus weiter östlich gelegenen frontnahen Gebieten vom deutschen Heer zwangsevakuieret worden waren. Die ersten Transporte trafen Anfang Mai 1943 aus der Gegend um Orel, Wjasma und Kliman ein und am 5. Mai 1943 befanden sich fast 6.000 Zivilisten im Lager in Alytus.⁵⁸

Die Heeresgruppe Mitte hatte über einen Monat vorher, am 29. März 1943, dem Reichskommissariat Ostland (RKO) mitgeteilt, dass mindestens 60.000 Evakuierete aufzunehmen seien. Der Wehrmachtbefehlshaber schlug im Laufe des April mehrmals vor, diese Menschen alle in Südweissrussland dem Hungertod auszuliefern, aber die Zivilverwaltung optierte aus politisch-propagandistischen Gründen dagegen, die Zivilisten durch "einfache Aussetzung" "verkommen zu lassen" und versuchte nun, sie in den zivilverwalteten Gebieten unterzubringen.⁵⁹

Es blieb allerdings nicht bei einer einmaligen Evakuierung, sondern im Laufe der Jahre 1943/1944 kam es zu mehreren Wellen. Seit Herbst 1943 wurden die deutschen ARLZ-Maßnahmen (Auflockerung, Räumung, Lähmung, Zerstörung) planmässig und systematisch so durchgeführt, daß die Bevölkerung großer Gebiete hinter der Front abtransportiert wurde.⁶⁰ Im einzelnen wurden aus dem Raum Rshew-Wjasma 130.000

⁵⁸ Bericht Lagerkommandant in Alytus, Jacob, v. 13.6.1943, Latvijas Valsts Vēstures Arhivs (LVVA) , P 70-5-72, Bl. 290-314.

⁵⁹ Aktenvermerk RKO (Abt. II Dr. v. Lilienfeld) v. 16.4.1943 zu Besprechung am 12.4.1943 (Zitat), BA, R 90/356 (unpaginiert); vgl. Vermerk RKO (Abt. II Gentz), v. 10.4.1943, Sonderarchiv Moskau, 1358-4-17, Bl. 52 f.

⁶⁰ Vgl. die Anordnungen des Wirtschaftsstabes Ost (WiStab Ost): Das Merkblatt über Räumungs-, Lähmungs- u. Zerstörungsaufgaben für Wirtschaftsdienststellen v. 21.2.1943, das am 5.8.1943 durch eine Räumungsordnung ersetzt wurde. Vom 12.9.1943 stammten Durchführungsbestimmungen des WiStab Ost zu einem Erlaß Görings v. 7.9.1943 über Auflockerung und Maßnahmen zur Räumung und Zerstörung. Alle abgedruckt im Dokumentenanhang von Rolf-Dieter Müller, (Hg.), Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941-1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew, Boppard am Rhein, S. 553-580.

Menschen evakuiert, aus dem Orelbogen von Mitte Juli bis Mitte August 1943 220.500 und bei der sich überraschend schnell anschliessenden Räumung des sogenannten Panther-Walles bis zur Dnjepr-Düna-Linie 535.000 Menschen. Darunter befanden sich diejenigen Menschen aus Ordshonikidsegrad, Potschep und Brjansk, die vor allem nach Alytus gebracht wurden. Die Evakuierten der Monate Januar bis Mai 1944 sind nicht zentral festgehalten worden, und ihre Zahl ist unbekannt. Es handelte sich allein aus dem Gebiet der Heeresgruppe Nord um fast 240.000 Personen im ersten Vierteljahr 1944. Von ihnen verblieben 133.494 Personen im Reichskommissariat Ostland.⁶¹ Ziel dieser Politik war es, der Roten Armee möglichst vollständig zerstörte Gebiete zu überlassen, alles irgendwie noch Nutzbares zu rauben, gleichzeitig der Sowjetunion "die wehr- und arbeitsfähige Bevölkerung" zu entziehen und sie stattdessen für eigene Zwecke einzusetzen.⁶² Im gesamten Frontbereich betraf dies bis Ende 1943 über 1.6 Millionen Menschen, von denen 1.141.000 erfasst wurden, darunter 541.000 aus dem Bereich der Heeresgruppe Mitte und 225.394 von Heeresgruppe Nord.⁶³

Im RKO wurde im Juli 1943 klar, daß Zivilisten aus den Gebieten der Heeresgruppe Mitte und Nord aufgenommen werden sollten. Das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) teilte mit, dass mit 250.000 Personen zu rechnen sei, von denen etwa 150.000 im Gebiet des RKO verbleiben sollten, da sie nur sehr eingeschränkt in der Lage seien, zu arbeiten.⁶⁴

Ende Juli 1943 befanden sich in Alytus noch 2.250 Flüchtlinge, da über 2.700 Menschen im Laufe des Juli nach Lettland zur Arbeit in der dortigen Landwirtschaft gebracht und 1.042 Personen ins deutsche Reich zur Zwangsarbeit deportiert worden waren. Als "äusserste Grenze" der Belegungsfähigkeit des Lagers wurde die Zahl von 8.000 angegeben.⁶⁵ Aber bis zum 23. August trafen in zwölf Transporten 14.820 Zwangsevakuierete ein.⁶⁶ Da einige Transporte aus Alytus ins Reich gegangen waren, befanden sich zu diesem Zeitpunkt etwa 14.000 Personen im Lager. Als innerhalb weniger Tage zwei weitere Transporte mit insgesamt 548 Personen eintrafen, meldete das Generalkommissariat Litauen (GK) ans RKO, dass Alytus nun "restlos überfüllt"

⁶¹ Vgl. Gerlach, Morde, S. 500. Abschlußbericht WiStab Ost, S. 332 und 378.

⁶² Vgl. Abschlußbericht WiStab Ost, S. 327.

⁶³ Ebd., S. 329.

⁶⁴ Fernschreiben Chef OKW an Reichsführer SS, Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und Ostministerium v. 23.7.1943, Nürnberger Dokument NO 2860.

⁶⁵ Fernschreiben Generalkommissar (GK) Litauen an RKO v. 29.7.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 14; RKO, Abt. Gesundheit, Bericht v. 23.6.43 über Alytus, BA, R 90/352 unpaginiert; Bericht Lagerkommandant in Alytus, Jacob, v. 26.7.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 341-345.

⁶⁶ Vgl. Verzeichnis der bis 23.8.1943 gemeldeten Flüchtlingstransporte, LVVA, P 70-5-72, Bl. 431.

sei.⁶⁷ Die Zustände im Lager waren barbarisch. Es gab viel zu wenig Lebensmittel, keine medizinische Hilfe für die vielen Kranken, ein Teil der Insassen musste extrem hart arbeiten.⁶⁸ Nicht einmal genügend Trinkwasser war vorhanden, da das Wasser zum Trinken nicht mehr geeignet war wegen der "äußerst zahlreichen in der Nähe des Lagers begrabenen Gefangenen - respektive Judenleichen - [...]" (Zirka 20 000).⁶⁹

Auf dem Bahnhof von Alytus standen Ende August 1943 sechs Eisenbahnzüge mit hineingepferchten zwangsevakuerten Frauen und Kindern, die einfach nicht entladen wurden. Darunter befanden sich zwei Transporte, die ins Reich fahren sollten, aber von Bialystok mit über 4.500 Menschen schlicht wieder nach Alytus zurückgeschickt worden, denn man könne dort mit dem "Gesindel" nichts anfangen.⁷⁰ Diese Situation wurde selbst in Berichten der deutschen Sicherheitspolizei als katastrophal beschrieben: Transporte mit Familien blieben "oft tagelang, ohne mit dem nötigen Essen versorgt zu werden, auf den Bahnhöfen liegen."⁷¹

Insgesamt befanden sich in Litauen Mitte September 1943 20.500 Flüchtlinge.⁷² Im Laufe der zweiten Septemberhälfte müssen noch fast 5.000 dazu gekommen sein, denn der KdS Litauen ging in seinem Monatsbericht von 25.420 Flüchtlingen aus den Frontgebieten aus, 70 Prozent davon Frauen und Kinder, die meisten davon im Lager in Alytus.⁷³ Zum 7. September 1943 waren dort etwa 15.000 Personen, zum 8. September etwa 18.400. Einen Transport mit 1.570 Personen schickte man ins Reich, so dass zum 12. September 1943 etwa 16.830 und zum 20. September noch 16.562 Zwangsevakuerte in Alytus waren.⁷⁴

Es sei daran erinnert, dass als "äusserste Grenze" der Aufnahmefähigkeit des Lagers die Zahl von 8.000 Personen angegeben worden war. Es trafen jedoch insgesamt bis zum

⁶⁷ Vermerke RKO (Gentz) v. 24. und 28.8.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 95 f., Bl. 104.

⁶⁸ Vgl. Wiedergabe von Zeugenaussagen im Akt zum Lager in Alytus v. 20.8.1944, GARF 7021-94-3, Bl. 1-5.

⁶⁹ Reisebericht RKO (Abt. Gesundheit) v. 23.6.1943 zum 7.-11.6.1943, BA, R 90/352 (unpaginiert).

⁷⁰ Schreiben GK Litauen an RKO v. 1.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 130-130R; Vgl. Vermerke RKO, (Gentz), v. 27. und 28.8.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 101.

⁷¹ Kommandeur der Sicherheitspolizei (KdS) Litauen Lagebericht August 1943, LCVA, R 1399-1-61, Bl. 165.

⁷² Vgl. Vermerk RKO (Gentz) v. 16.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 207-209.

⁷³ Vgl. KdS Litauen Lagebericht für September 43, LCVA, R 1399-1-62, Bl. 46.

⁷⁴ Schreiben GK Litauen an RKO v. 7.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 175; Fernschreiben GK Litauen an RKO v. 13.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 193; vgl. RKO, Abt. Arbeit und Soziales (ASo), Zahlen v. 15.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 365; vgl. RKO, Abt. ASo, Zahlen v. 20.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 371.

21. September 1943 in Alytus 16 Transporte mit 20.791 Personen ein.⁷⁵ Von ihnen wurden nur 3.612 ins Reich deportiert und 259 in Litauen selbst eingesetzt.⁷⁶ Die übrigen galten entweder als weder im Reich noch im RKO zur Arbeit einsetzbar oder sollten in Quarantäne gehalten werden. Schon bei den Transporten herrschte ein derartiges Chaos, dass zum Beispiel in der Nacht vom 13. auf den 14. September 1943 ein Transport in Alytus mit 1.483 Personen auftauchte, bei dem es weder eine Bewachungsmannschaft noch Papiere gab.⁷⁷

Zum 1. Oktober 1943 sah die Situation so aus, dass in ganz Litauen sich 23.918 Flüchtlinge befanden, davon 5.203 auf dem Land verteilt und 18.761 in Lagern: 11.716 in Alytus, 3.472 in Šiauliai und 4.113 in Kaunas.⁷⁸ Zwischen dem 13. Oktober und 23. November trafen weitere 1.631 Personen in Litauen ein.⁷⁹

Hatte schon die Anzahl von 20.-25.000 Flüchtlingen zwischen August und November 1943 zu extrem schlechten Lebensbedingungen für diese Menschen geführt, verschlimmerte sich ihre Lage im Lauf der Wintermonate noch einmal in extremer Weise. Leider liegen bis jetzt für Alytus für diesen Zeitraum keine genauen Zahlen und nur wenige Dokumente vor. Das Material reicht jedoch aus, um die Entwicklung zu skizzieren.

Ende Oktober 1943 ordnete der Gebietskommissar Kauen-Land an, dass die litauischen Amtsbezirke die Evakuierten aufnehmen müssten und die Bauern verpflichtet seien, sie angemessen zu verpflegen. Die Kosten würden ihnen erstattet. Die Flüchtlinge mussten - laut Befehl des BdO Ostland - registriert werden.⁸⁰ Sie ersetzten teilweise im Kreis Alytus im Oktober 1943 abgezogene Kriegsgefangene als Arbeitskräfte.⁸¹ Im Januar

⁷⁵ Schreiben RKO an Heeresgruppe (HGr.) Mitte v. 15.9.1943 mit Nachtrag, LVVA, P 70-5-72, Bl. 357a.

⁷⁶ Vgl. RKO, Abt. ASo, Zahlen v. 20.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 371.

⁷⁷ Vgl. Vermerk RKO (Gentz) v. 14.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 477.

⁷⁸ Vermerk RKO v. 1.10.1943 (Zahlen der Abt. ASo), LVVA, P 70-5-72, Bl. 372.

⁷⁹ Vgl. Aufstellung RKO mit Zahlen 13.10.-23.11.1943, BA, R 90/356.

⁸⁰ GBK Kauen-Land Bekanntmachung v. 29.10.1943, LCVA, R 1436-1-141, Bl. 132. Der Kreischef Pečiulis von Alytus erliess eine entsprechende Bekanntmachung Nr. 12 am 4.12.1943, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 175. Bezug auf Befehl Befehlshaber der Ordnungspolizei Ostland v. 21.10.1943 und entsprechende Weisung des Generalrat für Inneres v. 26.10.1943 in Bekanntmachung Nr. 13 v. 4.12.1943 des Kreischefs Alytus, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 180.

⁸¹ Vgl. Schreiben Kreispolizeichef Alytus an Kreischef Alytus v. 21.1.1944, LCVA, R 1436-1-141, Bl. 97.

1944 gab es im Kreis Alytus 3.712 registrierte Zwangsevakuierete.⁸² Anfang April 1944 sollten 2.000 weitere Personen im Kreis verteilt werden, da am 6. April "größere Transporte von Flüchtlingen eintreffen."⁸³

Wie prekär die Lage war, wird indirekt deutlich in einer Bekanntmachung des Kreischefs von Alytus vom 22. November 1943. Er untersagte jeglichen nicht ausdrücklich genehmigten Kontakt zwischen der Bevölkerung und den Zwangsevakuiereten, da Typhusgefahr bestehe und sich schon Einheimische angesteckt hätten. Es wurde nicht nur verboten, sie ohne Genehmigung arbeiten zu lassen, sondern auch, sie nur kurz ins Haus zu lassen, mit ihnen Lebensmittel und anderes zu handeln, irgendetwas zu verschenken oder anzunehmen.⁸⁴

Im Laufe des Dezember 1943 und Januar 1944 schnellte die Zahl der Evakuiereten im RKO enorm nach oben. Waren es bis dahin zwischen 60.000 und 70.000 Zwangsevakuierete im RKO und knapp 25.000 in Litauen, sollte sich bis Ende Februar 1944 die Anzahl der nach Litauen Deportierten verachtfachen! Zum 1. Februar waren es 175.000 bis 180.000, im RKO insgesamt befanden sich zu diesem Zeitpunkt 225.423 Zwangsevakuierete. Bis zum 22. Februar wuchs die Zahl im RKO auf 262.673 Menschen, ein Zuwachs innerhalb von drei Wochen um 37.250. Allein in Litauen stieg somit die Zahl von 25.000 im November 1943 bis Ende Februar auf 203.000 Zwangsevakuierete: 125.000 aus dem Gebiet der Heeresgruppe Nord, 40.000 aus dem Gebiet der Heeresgruppe Mitte und 38.000 aus dem Gebiet Orel. Darüberhinaus wurde Reichskommissar Lohse und dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (RMO) mitgeteilt, es seien weitere 78.000 Evakuierete aus Abschnitten des sogenannten Panther-Walls - an der Front 20 km östlich von Dnjepr und westlicher Düna - auf dem Weg. Und zusätzlich nahm die Heeresgruppe Mitte die Gebiete um Vilnius sowie die Kreise Alytus und Lazdija als Raum "für Evakuierete in unbekannter Zahl in Anspruch".⁸⁵ RKO-Hauptabteilungsleiter Wilhelm Burmeister berichtete weiter, das Generalkommissariat Litauen habe "sich gezwungen gesehen, Transporte nichtreichseinsatzfähiger Familien ins Wilnaer Bandengebiet zu leiten und hier ohne

⁸² Vgl. Meldung Kreischef Alytus an Generalrat für Landwirtschaft v. 21.1.1944, LCVA, R 1436-1-141, Bl. 60.

⁸³ Vgl. Schreiben Kreischef Alytus an Lagerkommandant Alytus und Kreislandwirtschaftsführer Alytus v. 1.4.1944, LCVA, R 1436-1-141, Bl. 17. Vermerk Kreischef Alytus v. 31.3.1944, LCVA, R 1436-1-141, Bl. 23 (Zitat).

⁸⁴ Kreischef Alytus, Bekanntmachung Nr. 9 v. 22.11.1943, LCVA, R 1436-141, Bl. 123.

⁸⁵ Wehrwirtschaftsinspektion (WeWiIn) Ostland, Lageberichte Januar und Februar 1944, BA-MA, RW 30/14; Schreiben RKO, Burmeister, an Reichskommissar Lohse v. 29.2.1944, LVVA, P 70-5-72, Bl. 487 f.

Sorge für Unterkunft auszuladen". Was das bedeutete, lässt sich bisher nur aus der oben erwähnten, im April 1943 geführten Diskussion vermuten, ob man in Südweissrussland 60.000 Flüchtlinge durch "einfache Aussetzung" verkommen lasse und damit dem "sicheren Hungertod" ausliefere. Im GK Litauen wurde zumindest mit Absicht nichts für sie getan, sie wurden dem Tod durch Vernachlässigung preisgegeben.

Seitens des RKO sah man darin zwar die Sicherheitslage in diesem Gebiet weiter gefährdet, aber wenige Tage später teilte der Generalkommissar Litauen dem RKO mit, "er müsse weiterhin Evakuiertentransporte nach Abzug der Reichseinsatzfähigen ohne weitere Sorge um Unterkunft im östlichen Litauen irgendwo ausladen lassen", wenn das bisherige Verfahren der Arbeitskräftebeschaffung nicht geändert werde.⁸⁶

Mitte März 1944 ging das RKO davon aus, dass in Lettland etwa 140.000 Personen und in Litauen 210.000 Personen angekommen seien, von denen nur ungefähr 120.000 überhaupt registriert worden waren.⁸⁷

Was ist aus diesen Personen geworden? Die deutschen Arbeitsämter und Arbeitseinsatzstäbe des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA) selektierten in grossem Massstab nach drei Kategorien: "reichseinsatzfähig", "ostlandeinsatzfähig" und "nicht-einsatzfähig". Nach Vorgaben des GBA galten Familien, in denen mehr als die Hälfte der Kinder normal entwickelt und älter als zehn Jahre waren, als reichseinsatzfähig. Dazu zählten noch alle Jugendlichen, die älter als 14 Jahre waren, alle Waisen zwischen 12 und 14 Jahren und Männer, deren Familien als nicht reichseinsatzfähig galten. Mit anderen Worten: durch die Selektionen wurden die Familien auseinander gerissen und Jugendliche ab 12 Jahren, beziehungsweise 14 Jahren zur Zwangsarbeit verschleppt.⁸⁸ Unter den vom Oktober 1943 bis März 1944 nach Litauen und Lettland verschleppten 275.000 Personen befanden sich allein 39 Prozent Kinder bis 10 Jahre (über 107.000) und 20 Prozent Kinder zwischen dem 10. und dem 16. Lebensjahr (50.000). Ein Viertel bestand aus Männern und Frauen zwischen 16 und 55 Jahren, 17 Prozent waren älter als 55 Jahre.⁸⁹ Dementsprechend wurde nur eine Minderheit von ihnen zur Zwangsarbeit ins Reich geschickt. Im Laufe der ersten drei Monate 1944 waren unter den aus Litauen insgesamt zur Zwangsarbeit

⁸⁶ Schreiben RKO, Burmeister, an Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (RMO), Labs, v. 3.3.1944, LVVA, P 70-5-72, Bl. 485.

⁸⁷ Besprechungsvermerk v. 17.3.1944, RKO (Abt. Raum), BA, R 90/404.

⁸⁸ Schreiben RKO (Hauptabteilung (HA) Wirtschaft) an Generalkommissariate v. 3.3.1944, LVVA, P 70-5-67/2, Bl. 415-419.

⁸⁹ Vgl. Heeresgruppe Nord O.Qu./Eva, Abschlußbericht zur Evakuierung der Gebiete ostwärts Panther v. 13.3.1944, BA-MA, RH 19 III/660, Bl. 84-92R.

im Reich deportierten 19.672 Personen nur 15.554 Zwangsevakuierete.⁹⁰ Bis Ende Mai stieg die Zahl für das litauische Gebiet auf 45.510 Zwangsevakuierete, von 97.202 zur Zwangsarbeit Deportierten insgesamt.⁹¹

Nur knapp 22 Prozent wurden für das Reich als Arbeitskräfte eingesetzt, gut 78 Prozent mussten im RKO bleiben. Angesichts dieser Zahlen schlug die Heeresgruppe Nord vor, schon im Evakuierungsgebiet selbst mit "sachlicher Härte" zwischen drei Gruppen zu unterscheiden: "arbeitsstarken Familien", "arbeitschwachen Familien" und "reinen Konsumenten". Die Unterbringung der Gruppe der "reinen Konsumenten" verursache in den "Bergungsräumen" - also in Litauen und Lettland - folgende Probleme: "a) Verminderung der für die Versorgung der Wehrmacht erforderlichen Überschüsse des Gebietes b) Unterbringungsschwierigkeiten und schwerwiegende Verstimmung der ortsansässigen Bevölkerung c) Seuchengefahr d) Fürsorgelasten."⁹²

Wir finden in den Dokumenten somit bei mehreren deutschen Dienststellen das Kalkül, es handele sich bei einem Großteil der betroffenen Bevölkerungsgruppen um pure "Belastungen": Zuerst bei den Wehrmachtsbefehlshabern im April 1943, dann - wie gleich noch zu zeigen sein wird - im RKO Ende November/Anfang Dezember 1943, beim Generalkommissariat Litauen im Februar/März 1944 und bei den Evakuierungsstäben der Oberquartiermeisterabteilung der Heeresgruppe Nord im März 1944.

Teil dieses Kalküls waren immer wiederkehrende heftige Beschwerden verschiedener Dienststellen über die Schwierigkeit, die nichtarbeitenden Personen zu versorgen, wenn gleichzeitig die Lieferungen an die Wehrmacht aufrecht zu erhalten waren. Schon im Juli 1943 teilte die Abteilung Landwirtschaft des RKO mit, es gebe keine Vorräte an Brot und Kartoffeln, um die Deportierten zu versorgen. Man habe sowieso schon Schwierigkeiten, den Anschluss an die neue Ernte zu finden.⁹³ Ein Beamter des RKO notierte nach einer Besprechung im September 1943, dass sie zu sämtlichen Fragen der Fürsorge, des Wohnraums und der allgemeinen Unterbringung "vollkommen ergebnislos" verlaufen sei, innerhalb weniger Wochen werde ein Chaos entstehen.⁹⁴ Zu diesem Zeitpunkt befanden sich erst etwa 60.000 Zwangsevakuierete im Baltikum. Generalkommissar von Renteln in Litauen lehnte jegliche Verantwortung für die Folgen

⁹⁰ Vgl. RKO (HA Wirtschaft) Dreimonatsbericht v. 30.4.1944, BA-MA, RW 31/114, Bl. 18 f.

⁹¹ WeWiIn Ostland, Lagebericht Juni 1944, BA-MA, RW 30/14.

⁹² Vgl. Heeresgruppe Nord O.Qu./Eva, Abschlußbericht zur Evakuierung der Gebiete ostwärts Panther v. 13.3.1944, BA-MA, RH 19III/660, Bl. 87 f.

⁹³ Vermerk RKO, Abt. Finanzen, v. 28.7.1943 zur Besprechung am 27.7.1943, LVVA, P 70-5-86, Bl. 19.

⁹⁴ Vermerk RKO, Abt. II (Cartheuser), v. 10.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 176.

ab, die durch völlige Überfüllung und Versagen bei Verpflegung und Bewachung entstünden.⁹⁵ Ende September 1943 wandte sich das RKO an das Reichsernährungsministerium und rechnete vor, dass bei den erwarteten weiteren hohen Zahlen an Zwangsevakuierten von der Wehrmachtsumlage an Lebensmitteln bei Fleisch 40 Prozent, bei Brotgetreide 55 Prozent, bei Fett 24 Prozent, bei Kartoffeln sogar 70 Prozent verbraucht würden. Eine Kontrolle niedrigerer Rationen sei völlig ausgeschlossen.⁹⁶ Der einzige dokumentierte Vorschlag, diese Fragen nicht auf Kosten der Zwangsevakuierten zu lösen, der an die Landwirtschaftsabteilungen der Generalkommissariate ging, lautete, die Umlage bei Getreide um 20 Prozent zu erhöhen und den Schwarzmarkt für Fleisch völlig auszuschalten - beides völlig utopische Ideen.⁹⁷ Ende November erhielt der KdS Litauen Meldungen darüber, dass der "Nahrungsmangel [...] wieder zu Aufständen führen" werde.⁹⁸

Eigentlich waren die Fürsorgeabteilungen der deutschen Zivilverwaltung für die "nicht-einsatzfähigen" Zwangsevakuierten zuständig. Ende November 1943 wurde ein Vermerk des Leiters der Fürsorgeabteilung im RKO, Wilhelm Walter, an den Leiter der Ernährungsabteilung im RKO, Ernst Engel, zur Kenntnis gebracht. Darin hiess es, auf einer Besprechung mit Hugo Degenhard, dem Leiter der Fürsorgeabteilung im RMO, habe das GK Minsk mitgeteilt, es seien 400.000 Flüchtlinge auf dem Treck durch Weißrussland, die meisten davon auf dem Weg nach Litauen.⁹⁹ Das RMO habe daraufhin das vorgeschriebene Verfahren verlangt, nämlich die Zwangsevakuierten in Auffanglagern zu überprüfen und schnell in Arbeit zu vermitteln. Walter vom RKO teilte daraufhin Degenhard vom RMO mit, "in welcher Weise die Bearbeitung der gesamten Aktion im Ostland erfolgt. Diese Maßnahme der Auflockerung war dort nicht bekannt." Mir scheint, in dieser vermeintlich harmlosen Formulierung liegt das Eingeständnis verborgen, dass es gerade Praxis war, die Zwangsevakuierten sterben zu lassen. Denn "welche Weise" war sonst gemeint, wenn nicht das eigentlich vorgesehene Verfahren zum arbeitseinsatzmässigen Umgang mit den Zwangsevakuierten angewandt wurde? Das wird erhärtet durch eine weitere Bemerkung im selben Dokument: Zuerst habe es den Anschein gehabt, es handle sich vielleicht um Volksdeutsche. Dann hätte die Fürsorgeabteilung "von sich aus in erster Linie eingreifen müssen." Offensichtlich unternahm die eigentlich zuständige Abteilung aber nichts, denn es handelte sich nicht

⁹⁵ Fernschreiben GK Litauen an RKO persönlich v. 14.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 205.

⁹⁶ Schreiben RKO an Reichsernährungsministerium v. 24.9.1943, BA-MA, RW 31/955, Bl. 2-4.

⁹⁷ RKO an Generalkommissare v. 29.9.1943, LVVA, P 69-1a-10, Bl. 46.

⁹⁸ Lagebericht Ansiedlungsstab v. 27.11.1943 an KdS Litauen, BA, R 49, Anhang X/65.

⁹⁹ Vermerk RKO, Abt. I Fürsorge, v. 30.11.1943, Abschrift für RKO, Abt. III Ernährung, LVVA, P 70-5-10, Bl. 216.

um Volksdeutsche, sondern 'nur' um sowjetische Zivilisten. Knapp zwei Wochen später notierte der Leiter der Ernährungsabteilung, Engel, handschriftlich unter diesem Vermerk, aufgrund einer Besprechung am 8. Dezember 1943 werde dem Oberkommando des Heeres mitgeteilt, es sei unmöglich, die Zwangsevakuierten aufzunehmen. "Ernährungsmäßig (die Verpflegung der Front würde gefährdet werden) und sicherheitsmäßig (SD.) muß von einer Aufnahme abgesehen werden. Es wurde vorgeschlagen, in diesem Falle die Flüchtlinge in W.[eiß]-Ruthenien zu belassen." Also exakt die Pläne, die im April 1943 vom Wehrmachtbefehlshaber zum Hungertod für 60.000 Personen in Weissruthenien vorgeschlagen und von der Zivilverwaltung abgelehnt worden waren, wurden nun von der Zivilverwaltung selbst für 400.000 Personen erneut in Vorschlag gebracht! Sie sollten in möglichst abgelegenen Gebieten umkommen.

Dem Vorschlag wurde nicht gefolgt, denn in den folgenden Monaten bis Ende Februar 1944 verachtfachte sich die Zahl der Zwangsevakuierten innerhalb Litauens. Wie oben schon angeführt, ist belegt, dass 45.510 Zwangsevakuierete aus Litauen ins Reich gebracht wurden und nach dem Krieg zwischen 1944 und 1946 nach sowjetischen Zahlen mindestens 68.600 der Zwangsevakuierten aus Litauen in ihre Heimat zurückkehrten.¹⁰⁰ Sie waren in ganz Litauen auf die Bauernhöfe und Staatsgüter verteilt worden. Es bleiben von den mindestens 210.000 nach Litauen Deportierten aber 95.890 Menschen übrig, deren Schicksal unklar ist.

Mir erscheint es nach den bis jetzt vorliegenden Dokumenten mehr als wahrscheinlich zu sein, dass zehntausende von ihnen - die den Deutschen "unnützlich" erschienen - umkamen oder ermordet wurden. Die von der sowjetischen ausserordentlichen Kommission angegebene Zahl von 60.-70.000 umgebrachten Zwangsevakuierten im Wald Vidzgiris bei Alytus greift meines Erachtens zu hoch.¹⁰¹ Legt man den Erfahrungswert beim Umgang mit Zahlen in den Schlußberichten der Kommission zugrunde, dann müsste man die Zahl etwa halbieren, um sich einer realistischen Opferzahl zu nähern. Das bedeutet, in Alytus kamen vielleicht 30.-35.000 der Zwangsevakuierten um.

Diese Zahl hat spekulativen Charakter, es fehlt bisher an weiteren Dokumenten, um sie genau zu belegen. Die hier vorgetragenen Zusammenhänge und Zahlen weisen jedoch deutlich daraufhin, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit im Winter 1943/44 und

¹⁰⁰ De facto verliessen laut Nastazija Kairiūkštytė noch mehr Zwangsevakuierete Litauen, da Zahlen der Reevakuierten unter der Verantwortung der Roten Armee zum Teil fehlen. Vgl. Nastazija Kairiūkštytė, Vokiečių atvežti Rusai Lietuvoje II Pasaulinio Karo ir pirmasiais pokario metais. In: Lietuvos Istorijos metraštis, 1992, S. 145-159, hier S. 155.

¹⁰¹ Akt zum Lager in Alytus v. 20.8.1944, GARF 7021-94-3, Bl. 1-5.

Frühjahr 1944 zu einem bisher völlig unterschätzten Massenmord an den Zwangsevakuieren kam.¹⁰²

Schluss

In den Massengräbern von Alytus sind über 50.000 Opfer verscharrt, wenn die in diesem Beitrag in aller Kürze dargelegten Überlegungen und Schätzungen in etwa richtig sind. Die deutsche Besatzungspolitik kostete hier über 2.500 kommunistische und jüdische Opfer, mindestens 20.000 sowjetische Kriegsgefangene und über 30.000 sowjetische Zwangsevakuierete aus dem Orelbogen, Brjansk, Ordshonikidsegrad sowie dem Gebiet südlich von Leningrad. Die erste Opfergruppe setzte sich aus Einheimischen zusammen. Die grosse jüdische Minderheit des Ortes und des Kreises Alytus sowie viele Repräsentanten des verhassten sowjetischen Regimes wurden innerhalb weniger Monate gejagt und ermordet. In diese Morde war die nichtjüdische lokale Bevölkerung involviert, manche Gruppen unter ihnen sehr aktiv, andere verhielten sich neutral, profitierten aber vom Eigentum der Ermordeten. Diese Morde geschahen nicht inmitten eines grausamen Kriegsgeschehens, sondern waren systematischer Natur. Angebliche Feinde des litauischen Volkes sollten vernichtet werden, allen Juden wurde das Recht zu leben abgesprochen. Die deutsche und litauische Verwaltung grenzte die Juden aus, isolierte sie völlig, beraubte sie sämtlicher Habe und setzte sie der Verelendung aus. Den letzten Schritt vollzog dann die Polizei. Kinder, Frauen und Männer jeglichen Alters starben durch deutsche Anweisungen, die von deutschen und litauischen Polizei- und Partisaneneinheiten durchgeführt wurden. Verschwindend wenige stellten sich diesem Geschehen entgegen. Im Fall von Alytus sind rassistische, antisemitische Legitimationen seitens der lokalen litauischen Polizeiführung dokumentiert. Ein radikaler, völkisch verstandener Nationalismus bildete den Rahmen, in dem Antisemitismus und Antibolschewismus miteinander verschmolzen. Derart ideologisch aufgeladen, erschien es offensichtlich legitim, gegen die jüdischen Nachbarn brutal vorzugehen und sie schließlich zu ermorden. Warum eine entschlossene Minderheit innerhalb der litauischen lokalen Führung und einige Dutzend

¹⁰² Diese Annahme wird auch dadurch gestützt, daß Christian Gerlach in seiner Untersuchung zur deutschen Besatzungspolitik in Weißrußland auf dieselbe deutsche Mordpolitik gestoßen ist. Auch er kam trotz der schlechten Quellenlage zu dem Ergebnis, dass die Deutschen gegenüber den als arbeitseinsatzunfähig eingestuften Personen unter den Zwangsevakuieren eine Politik des Massenmordes durchführten. Im einzelnen kann er das zeigen für das Lager Lesna bei Baranoviče mit ca. 6.000 Toten sowie das Lager Osaritschi im März 1944, wo 8-9.000 der Evakuieren innerhalb kürzester Zeit starben. Gerlach, Morde, S. 1092-1099.

junger Männer als litauische Partisanen fast ungehindert diese Politik umsetzen konnten, scheint mir die Frage zu sein, die sich an die nichtjüdische Bevölkerung stellt. Dass die deutsche Politik genau dieses verlangte und auch für die Ingangsetzung und Steuerung verantwortlich war, ist dabei eine notwendige Voraussetzung. Ohne die deutsche Besatzung wäre es nicht zum Massenmord an den Juden gekommen. Dass dieser mörderische Prozess dadurch in seinem Ablauf nicht hinreichend erklärt werden kann, ist ein zentrales Problem.

Die litauische Involvierung in die beiden anderen Massenmorde war wohl wesentlich geringer. Hier gab es keine längere gemeinsame Geschichte, die Opfer wurden vor allem in Lagern gehalten. Über die wesentlichen Kontaktpunkte zwischen Kriegsgefangenen und Zwangsevakuierten mit der einheimischen Bevölkerung vor allem an den vielen Arbeitsstätten, weiss man noch sehr wenig. Ob litauische Mitglieder der Schutzmannschaften nicht nur an der Bewachung, sondern auch an der Ermordung dieser Gruppen beteiligt waren, ist ungeklärt.

Die Hauptverantwortung für alle drei Massenmorde fällt auf die deutsche Besatzungsverwaltung. Beim Vergleich der drei Prozesse, die zu diesen Morden führten, fällt auf, dass es jeweils ähnliche Konstellationen waren, die schließlich den Schritt von Einzelmorden zu Massenmorden ermöglichten. Die deutsche rassistische Politik der Ausgrenzung, Isolierung und Deportierung von zehntausenden Personen führte zu einer grossen Häufung selbstgeschaffener Sachzwänge, die innerhalb relativ kurzer Zeit die Ermordung der jeweiligen Gruppen als vermeintlich einzig gangbaren Ausweg erscheinen liessen. Von herausragender Bedeutung waren jeweils rassistische Grundhaltungen. Sie waren es, die bei den Schwierigkeiten, diese Gruppen zu ernähren und sie 'sicherheitspolitisch zu neutralisieren', andere Möglichkeiten des Umgangs immer wieder ausschlossen. Am oben dargelegten Verhalten der deutschen Zivilverwaltung im Falle der sowjetischen Zwangsevakuierten lässt sich gut erkennen, dass es auf Zeitpunkte - und damit auf konkrete Konstellationen vor allem des jeweiligen Kriegsgeschehens - ankam, ob es zum Massenmord kam oder nicht. Im April 1943 war die Zivilverwaltung noch gegen die Umsetzung von Mordabsichten, im November/Dezember 1943 forderte sie diese selbst in noch grösserem Massstab - ermöglicht dadurch, dass es sich um 'rassisch' unerwünschte Menschen handelte. In dieser Verbindung von rassistischer Grundhaltung und Nützlichkeitskalkül liegt wohl einer der entscheidenden Antriebe für eine Politik, die schließlich nicht nur nicht davor zurückschreckte, Massenmorde zu begehen, sondern sie zu einer Notwendigkeit erklärte.

WHAT IS GERMANY FOR LITHUANIA?

Vaidievtis Geralavičius

Germany and Lithuania. No other nation could claim, and prove it in writing, that it has known Lithuania for almost a thousand years. In a way, Lithuania, the name of Lithuania, originates namely from the relationship between our two nations – German and Lithuanian. Let's recall the Quedlinburg Annals or Chronicles (*Annales Quedlinburgenses*), the journey of a monk, St. Bruno (Boniface) of Querfurt, which ended so tragically for him in 1008. It terminated in Lithuania, and already a year later his plight was recorded by the Quedlinburg chronicler, and that was the first time when written evidence was presented to the world about the existence of Lithuania.

Germany was again the first in 1918, when on 23 March it *de jure* recognised the independent Republic of Lithuania. The forthcoming commemoration of the millennium anniversary of the first mention of Lithuania's name – and of the Lithuanian-German relationship as well – offers a worthy occasion and stimulus to take a closer look at the one hundredth fraction of the relationship between our two countries. One hundredth, certainly, in respect of time. The decade which started on 23 August 1991, when the Federal Republic of Germany recognised the restored independent Lithuania and on the 28th of the same August, when diplomatic relations were established between our countries. This millennium context – of wars and friendship, hostility and good will – without any doubt renders this review of mutual relations between our countries somehow intricate: we have known each other for so long, and for so long we also were immediate neighbours, we are not indifferent to each other, thus this millennium experience inevitably creates an emotional background even for a detached academic contemplation, as well as, quite probably, for a cold reasoning of a politician. This time, I am writing neither as an academician nor a politician, but simply as a concerned and involved observer – a close observer too – of the relations between our countries, while the article itself ought to be perceived as an invitation and encouragement to others – researchers, politicians, students and diplomats – to take a closer look into these relations or, if you want, to award them the attention they deserve.

Thus, what is Germany-Lithuania? I will happily leave it for the German Ambassador Dr. D. von Berg to reflect on what for Germany is Lithuania. Partner? Advocate? Teacher? Rival? All in one, certainly. Of most importance is, which of these aspects prevail in the relationship.

So, what is Germany for Lithuania in the middle of 2001? What can we be happy about, and what still needs plenty of effort before we could say that we are contented? Let's put it more precisely. What is the role of Germany in the context of the Lithuanian strategic foreign policy aspirations and assignments, and how successfully do we take advantage of this role? In other words, what is the role of Germany in the context of Lithuania's integration into the European Union and North Atlantic Treaty Organisation? What is Germany in the aspect of the realisation of the Lithuanian economic interests? Let's start namely with the latter. And it is not accidental: Germany is the major trading partner of our country. In 2000, for example, the Lithuanian export to Germany amounted to 1.172 billion German marks. Lithuania exports more only to our neighbour Latvia. In the same year, the value of import from Germany was 1.790 billion German marks. We import more only from Russia. Besides, the consequences of the economic crisis in the latter also had some favourable aspects for Lithuania: it served as a strong, or to be more precise, compelling impulse to even more expeditiously and extensively orient our economy Westwards and, first of all, towards Germany in particular. Even though in 1999, the development of Lithuanian-German trade was notably more languid in comparison, say, with 1998, nevertheless, the dynamics of the year 2000 in this respect was especially positive: the trade turnover in 2000 increased by nineteen percent and comprised nearly 3 billion marks. And the rise is still continuing. This growth is even more impressive if viewed in the perspective of trade relations between our countries within a longer period of time. Thus, in the period between 1993 and 2000, the Lithuanian-German trade turnover surged by 360 percent.

In Lithuania there successfully work such major and world-famous German companies as Eternit AG, Schindler Lift AG, Düssman AG, Berlin Chemie AG and Siemens AG, operate two German banks "Norddeutsche Landesbank" and "Vereins- und Westbank". According to the statistics from the beginning of the year, there were 1159 firms with German capital registered in Lithuania, where 792 of them are joint ventures. In truth, the majority of them attributable to the category of small or medium-sized enterprises. And these numbers are increasing literally every day.

However, the increase is not as speedy and extensive as we would wish, and undoubtedly not as extensive as it would befit one of the three dominant economic powers of the world and would conform to the potential of Germany as the major European economic power. Let's just have a look. At present, German firms and private persons have already invested in Lithuania about 430 million German marks. Obviously, in this event it would be necessary to say **only** 430 million, even though, say, in the period between 1996 and 2000, the German investments doubled. Nevertheless, the greatest economic power in Europe is significantly surpassed in this respect by Denmark, Sweden and the United States of America. The comparative weight of German investments comprises 7.5 percent, while that of Sweden and Denmark – considerably smaller economies – taken together exceeds 35 percent. Why is it so? It cannot be said that there exist some formal obstacles to hinder a dynamic flow of foreign capital, German capital included, into Lithuania. On the contrary, within this context, such important bilateral agreements were signed as those for the promotion and reciprocal protection of investments, for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital, as well smaller agreements – which nonetheless could be termed as of considerable importance for economic ties – on the transportation of passengers and cargoes by road transport, on financial cooperation, and, finally, on the abolition of visa requirements. In addition to that, development of German business in Lithuania is promoted by the Federal Government itself, which has created in this respect a special framework of assistance tools, where the most prominent are two of them: guarantees on capital investment (guarantees have already been provided for 30 million German marks, and decision, hopefully favourable, is pending in respect of four more applications); the German Society for Investment and Development (Deutsche Investitions und Entwicklungsgesellschaft) has already decided to finance 44 million-mark projects.

Maybe then it's more likely that we ourselves have not yet learned how to more actively channel the flow of investments into our direction? Quite probable, still it would be far more useful here if the partners presented their considerations in this respect. It should be added, though, that the forthcoming privatisation of the major power enterprises and the continuing privatisation of banks will possibly enable to improve this, frankly speaking, modest position of Germany in the investment context. And the approaching Lithuanian membership in the European Union is likely

to make Lithuania far more attractive for the German business and, in the first place, for investors.

It is necessary to mention here another aspect of the German involvement in Lithuania, not only in the economic field but within an even more extensive framework, and probably the one of still greater significance, namely in the area of consultancy and expertise assistance within the TRANSFORM programme financed by the Federal Government. It is, of course, money as well: in the period between 1993 and 2000, the Federal Government allocated 55 million German marks within the framework of this programme in Lithuania. But it is also far more than just money: knowledge and expertise to advance the establishment of a more efficient administration system in the country, thus laying the foundations and creating conditions for earning money in the future. It could be agreeable if the considerable cuts in the funding of the programme this year might be interpreted as hinting that the Federal Government already views Lithuania as successfully doing quite well itself, nevertheless, it is at the same time regrettable, as we still have much to learn and will need to for a long time yet to come. One of the areas where such training and learning is especially intensive is the military cooperation between our countries. The Federal Ministry of Defense renders considerable assistance in material aspect as well: we have received the so-called surplus ammunition, which nevertheless is of good quality. For example, the Lithuanian contribution to the Baltic Naval Squadron is two minesweepers, both provided by Germany. There should also be mentioned armoured cars, machine-guns, light planes, air defence systems, etc. Nevertheless, I still think that most important in this area is the opportunity to study at the centres of military training in Germany provided by the Federal Government to at least 30 Lithuanians every year, likewise the work of the experts themselves in Lithuania rendering assistance in establishing the armed forces and the defence system of our country, as well as the favourable attitude of Germany towards the aspirations of Lithuania to fully join in the activity of the North-East Corps: participation namely in multinational unions of this kind provide for the development of the culture of cooperation, which, I believe, is essential in the Lithuanian advance towards NATO.

And last but not least is Ignalina. The German contribution to the international fund for the closure and decommissioning of the Ignalina Nuclear Power Plant is 7 million marks. At present, when the Government of Germany and energy companies that exploit nuclear power plants in that country have agreed in principle to do away

with those nuclear power plants, the prospects for our cooperation in this area could be further expanded. Germans in Ignalina will now be able to simultaneously instruct and learn themselves how to decommission a power plant. And one more issue ought to be mentioned in discussing the economic links between the countries: the federal structure of Germany. It could be said that only five Lands of the Federal Republic of Germany – North Rhine-Westphalia, Lower Saxony, Mecklenburg- West Pomerania, Schleswig-Holstein and Thuringia – maintain a good relationship. The remaining eleven federal entities, as it is common to call them, present as yet undiscovered, or at least extremely poorly utilized, potential. It is a reproach addressed to both sides.

Politics. It is perfectly obvious that Germany is a country of extreme importance for Lithuania. It has been so during the last millennium, and there is nothing to suggest that anything might change there within a foreseeable future. The importance we attribute to Germany is best proved by the travel destinations of our top officials. It is an illuminating, though far from formalistic criterion. How many countries are there that are visited by the President of the country several times within the same year? Just several, and the German Federal Republic is invariably one of those. Not to mention the visits of the Prime Minister and the Foreign Minister. While the multifaceted consultations of officials of lower rank with their German colleagues have already turned into an everyday occurrence.

There are no particular hindrances to obstruct the political relations between the countries in their direct sense. With the countries having been so closely and for so long related, there certainly sometimes emerge specifically more sensitive issues. The most salient of such issues now is the payment of compensations to those Lithuanian citizens who had the misfortune to be deported to work for the Third Reich. Nevertheless, with both parties exhibiting good will, a solution may always be found.

At the present time, Germany is significant for us in our pursuit of the country's two strategic goals – membership in the EU and NATO. The word of Germany, as one of the key members of both organisations, is decisive, maybe not absolutely, though at least to a very great extent. What kind of Germany do we see from the angle of this aspired integration? In respect of our expectations, or if you want, requests, the German attitudes towards the enlargement of the European Union and NATO are quite different. Now, in the aftermath of Nice and the latest

Gothenburg Summits we cannot complain about any aspects of the German attitude towards the expansion of the European Union in general, or the Lithuanian accession in particular. Germany states that it does not make any difference between the countries which received the invitation to start accession negotiation in Luxembourg and those invited in Helsinki. On the other hand, it could hardly make any distinction anyway, when Lithuania and Slovakia, both of which started the negotiations later, have already gained on Poland and overtaken it – thus only metaphorically a first group candidate. Chancellor Schroder has also put his signature on the Nice Summit Declaration, which expresses belief that candidates from the current EU aspirant countries will be able to participate in the 2004 elections to the European Parliament. Thus, again there is a date which fully conforms to the agenda that Lithuanian has established for itself. Nevertheless, there are some aspects in the position of Germany in respect of the EU expansion that raise some doubts on our part too. Namely, “to introduce a certain transitional period with limiting free movement of workers for seven years starting with the accession of the first candidate countries” or “during the transitional period, we should also limit the movement of services in certain spheres, in the field of construction and crafts, in particular”. I have quoted the Federal Chancellor’s words pronounced by him at the very end of the year 2000. We are certainly well aware of the problem related with excessive workforce in Germany, though we find such misgivings (as well as the resulting protectionist programmes of corresponding scope and content) as greatly exaggerated. At least as far as this problem could be related with the alleged invasion of workforce from Lithuania to Germany. Another issue, we cannot help worrying about, is the repeatedly emphasized German attitude that membership in the European Union, especially for Lithuania, as well as for the other two Baltic countries, is in itself a mighty and even somehow adequate guarantee of security. Sometimes it is also added – economic security, while in other cases this is omitted. “The door to NATO has been opened. Everything else will depend not only upon the wish of a country, but likewise on its suitability to accede, as well as whether this would enhance security”. These are the words not long ago said by the Federal Chancellor. Regretfully, it is not clear what is meant by “whether this would enhance security”, though it is hardly difficult to discern a Russian context. Thus, we find the attitude of Germany towards the Lithuanian (as well as Latvian and Estonian) membership in the Alliance quite ambiguous: yes, the door to NATO is ajar, nevertheless the invitation to enter will be issued in some time, and it is far from clear how

long it will be necessary to wait for this “some time”... But why not right now? No convincing answer, which could be called, say, moral, is given because there can hardly be any. Maybe once again we ought to be punished that we were occupied sixty years ago in accordance with the implementation of the Ribbentrop-Molotov pact?!

Thus, what are these Lithuanian-German relations like? Within the context of the millennium relationship, the relations between our two countries during the last decade have been exemplary – they have never been better. Though, there is no doubt either that such relations ought also to be given greater scope, extent and content. It is necessary to have more of Germany in Lithuania and more of Lithuania in Germany. How can this be achieved? I believe that both this article and this, hopefully, evolving discussion will spur a substantial debate on this issue.

Translated by *Violeta Stankūnienė*

Der Ostseeraum im Wandel. EU-Erweiterung, Nördliche Dimension und Zusammenarbeit mit Russland – die Prioritäten der deutschen

Präsidenschaft im Ostseerat

Hans-Jürgen Heimsoeth

Vorsitzender des Ausschusses Hoher Beamter des Ostseerats

auf der

Konferenz zur Entwicklung im Ostseeraum anlässlich der Europawoche 2001 in Rostock,
veranstaltet durch das Ostseeinstitut an der Universität Rostock.

Über den Wandel im Ostseeraum zu sprechen, erscheint nirgendwo naheliegender als hier in Rostock. Dieser Stadt sieht man an, wie sich das Gesicht des Ostseeraums in den vergangenen Jahren spürbar positiv verändert hat. Das Stadtbild des traditionsreichen Handelsort Rostock macht wie andere klingenden Namen an den Küsten der Ostsee sowohl die große Geschichte dieser Region anschaulich als auch den unübersehbaren Entwicklungssprung der letzten zehn Jahre.

Seit dem Umbruch von 1989/1990 erlebt die Region einen bemerkenswerten Wandel. Der Aufbau demokratischer Strukturen und eine tiefgreifende wirtschaftliche Transformation bestimmen die Entwicklung in unseren östlichen Nachbarländern. Die kulturellen Gemeinsamkeiten und historischen Wurzeln rund um dieses europäische Binnenmeer werden wieder entdeckt und gepflegt. Der Ostseeraum ist heute politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich eine der dynamischen Regionen Europas. Dabei - dies ist meine feste Überzeugung - stehen wir erst am Anfang dieses Wandels. Dies gilt sowohl für die reale Entwicklung als für die Perzeption, mit der der Rest Europas dem Nordosten des Kontinents begegnet.

Deutschland ist der Ostseeregion politisch, wirtschaftlich und kulturell seit Jahrhunderten verbunden. Institutionell kommt dies heute – neben der wachsenden Zahl bilateraler Kontakte - durch sein Engagement im Ostseerat, dem alle Ostseeanrainer gemeinsam mit Norwegen, Island und der Europäischen Kommission, angehören – zum Ausdruck. 1992 von Hans-Dietrich Genscher und Uffe Ellemann Jensen ins Leben gerufen, sollte er als Brücke zwischen Ost und West in der Region dienen. Zahlreiche politische Vorgaben, die er sich im Gründungsdokument und späteren Aktionsplänen gesetzt hat, haben wir in den vergangenen Jahren erreicht. Wenn man sich die Anspannung der Jahre 1991/ 1992 vor Augen hält, die zugespitzte politische Lage nach der Unabhängigkeitserklärung der baltischen Staaten, die Gefahr eines Vakuums in der Region, die große Ungewissheit über die Zukunft Russlands nach dem Zerfall der Sowjetunion, die schwierigen, zum Teil fehlenden Kontakte zwischen der Russischen Föderation und seinen neuen Nachbarn sowie die Disparität der Verhältnisse der einzelnen Staaten, dann wird klar, wie groß die Fortschritte der letzten zehn Jahre sind. Stabilität und Sicherheit haben in hohem Maße im Ostseeraum Fuß fassen können. Politische und militärische Risiken sind heute gering. Die Fragen, denen wir uns heute zuwenden können, sind die Sicherheitsrisiken von morgen, "soft-security issues".

Der Ostseerat ist dabei ein politisches Unternehmen mit einer leichten Struktur geblieben, mit jährlichen Treffen der Außenminister, einem Ausschuss Hoher Beamter, Arbeitsgruppen und einem ständigen Sekretariat in Stockholm. In größeren Abständen treffen sich die Regierungschefs, mit wachsender Frequenz auch die Fachminister: dies alles ist Ausdruck einer wachsenden Integration der Region. Für die genannten Herausforderungen unserer Zeit wie organisierte Kriminalität oder auch ansteckende Krankheiten wie AIDS und Tuberkulose sind Task Forces gegründet worden.

Seit Juli vergangenen Jahres hat Deutschland die Präsidentschaft im Ostseerat. Dies war Anlass für das Auswärtige Amt sich über die politische Gestaltung der Entwicklungspotentiale in der Region Gedanken zu machen und Prioritäten zu setzen. Die deutsche Präsidentschaft hat es sich zum Ziel gemacht, die Bedeutung der Ostseekooperation auch in Berlin stärker zu verankern. Dies wurde bei einer großen Wirtschaftskonferenz Mitte März mit mehr als 400 Teilnehmern augenfällig, die wir bewusst in Berlin veranstaltet haben, um nach innen, aber auch gegenüber unseren Partnerländern in der Region die Bedeutung des Ostseeraums auch für die Hauptstadt zu verdeutlichen. Außenminister Fischer hat dort auf seiner Rede auf die dynamische Entwicklung der Region hingewiesen. Weitere Veranstaltungen zur Wissensregion Ostsee und kulturellen Zusammenarbeit in der Region "Ars Baltica" fanden auch in Berlin statt.

Die Ostseekooperation ist jedoch nicht nur ein Unterfangen des Bundes, sondern bietet auch Raum für eine Politik der Bundesländer, nicht im Sinne einer Nebenaußenpolitik, aber mit einer wichtigen Rolle bei der Stärkung des grenzüberschreitenden "region-building". Die subnationalen Prozesse gewinnen in ganz Europa an Bedeutung, die Zusammenarbeit von Regionen und Gemeinden im Ostseeraum sind dabei ein gelungenes Beispiel. Repräsentanten der Bundesländer, zum Beispiel in den baltischen Staaten, sind zu gesuchten Ansprechpartnern von Wirtschaft und Kultur geworden. Die "inter-regionale" Kooperation hat sich darüber hinaus als gut funktionierendes, praktisches Instrument bei der Lösung spezifischer wirtschaftlicher, sozialer und umweltpolitischer Probleme erwiesen. Viele Projekte und Strukturen, die in den vergangenen Jahren auf lokaler und regionaler Ebene entstanden sind, haben ihren Anteil bei der Vorbereitung unserer Nachbarn auf den Beitritt in die EU gehabt. Nicht zuletzt sind es diese Kontakte, die bei

dem bevorstehenden EU-Beitritt uns und die Beitrittskandidaten nicht als Fremde, sondern als Partner gegenüber treten lassen.

Die EU-Erweiterung ist die entscheidende vor uns liegende Wegmarke für mehr Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung in der Region. Die Erweiterung der europäischen Union ist nicht nur eine historische Aufgabe, sie beinhaltet auch, dass Polen und die baltischen Länder ihre Marktwirtschaften systematisch weiterentwickeln und damit dem Wachstum der gesamten Region zusätzlich Auftrieb verleihen. Natürlich machen die geforderten Anpassungen im Vorfeld des Beitritts große Anstrengungen der Kandidatenländer erforderlich. Sie sind jedoch kein Selbstzweck, sondern notwendig, damit die Ziele von mehr Wohlstand und immaterieller Sicherheit erreicht werden können. Die Beitrittsländer können auf das Geleistete stolz sein. Das betrifft den erfolgreichen Transformationsprozess und die Übernahme des EU-Acquis. Wozu die Staaten der EU Jahrzehnte Zeit hatten, bewältigen die Beitrittskandidaten mit einem beeindruckenden Tempo in sehr viel kürzerer Zeit.

Die Verhandlungen mit vier Beitrittskandidaten unter den Ostseeanrainern sind auf gutem Wege. Mit Estland und Polen sind bereits Verhandlungen in allen Verhandlungskapiteln eröffnet worden. Die schwedische EU-Präsidentschaft wird ihr erklärtes Ziel, alle noch verbleibenden Kapitel mit Lettland und Litauen zu eröffnen, vermutlich erreichen. Die weiter fortgeschrittenen Länder der sogenannten "Helsinki-Gruppe" haben die Chance genutzt, durch intensive Beitrittsvorbereitungen de facto aufzuschließen (Beispiel: 1. Gruppe: Polen und Tschechien: 15 abgeschlossene Kapitel; Litauen und Malta aus der 2. Gruppe: 13 Kapitel abgeschlossen). Jetzt beginnen ernsthafte Diskussionen auch über einige schwierige Kapitel wie etwa Landwirtschaft oder Justiz und Inneres. Dies bedeutet, die Phase der substantiellen Verhandlungen hat längst begonnen. Das ist nicht zuletzt das

Verdienst der "Wegskizze", die im vergangenen November von der Kommission vorgelegt und später auf dem Europäischen Rat in Nizza bestätigt worden ist. Es ist ein gutes Zeichen, dass dieser Fahrplan bis jetzt eingehalten wird und dass damit die Beitrittsländer die Planungssicherheit erhalten, die sie für ihre Beitrittsvorbereitungen brauchen.

Der Ostseeraum, ja ganz Nordosteuropa, gewinnt in der Europäischen Union künftig auch dadurch deutlich an Gewicht, dass die EU das Konzept einer "Nördlichen Dimension" entwickelt hat. Damit ist dieser Teil Europas fest im Bewusstsein aller EU-Mitgliedsstaaten verankert. Die Nördliche Dimension ist bislang jedoch vor allem ein Politikkonzept. Die deutsche Ostseeratspräsidentschaft hatte es sich daher zum Ziel gesetzt, den Ostseerat für eine konkrete Umsetzung zu mobilisieren. Als Ergebnis dieser Initiative hat der Ostseerat zur Ministerkonferenz zur Nördlichen Dimension am 9. April in Luxemburg einen Prioritäten- und Projektplan vorgelegt. In dem Plan werden besonders herausgehobene Projekte von Bedeutung für die gesamte Ostseeregion, einschließlich ihrer Projektträger und Finanzierungsquellen genannt. Zu dem Plan haben zahlreiche im Ostseeraum aktive Organisationen beigetragen.

Besonders erfreulich war es zu sehen, dass die deutsche Initiative dazu geführt hat, dass Polen, Russland und Litauen anfangen, sich als regionale Partner bei der Entwicklung von regionalen und grenzüberschreitenden Projekten zur Lösung ihrer Probleme zu begreifen. Entscheidend ist es nun, zu greifbaren Fortschritten in der Umsetzung des Aktionsplans zu kommen. Die Arbeitsgruppen und Task Forces des Ostseerats werden aktiv dazu beitragen. Bereits heute sind sie ständige Gesprächspartner der EU, wenn es um die Definierung regionaler Projekte geht. Dabei findet keine Doppelarbeit statt, da sich der Ostseerat nur um regionale Projekte kümmert. Durch Einbeziehung aller Partner in der Region, nicht nur der EU-Beitrittskandidaten, sondern auch Russlands, Norwegens und Islands bringen sie

neben ihrer Expertise auch den Vorteil mit sich, EU-grenzüberschreitend zu wirken. Außer der raschen Umsetzung wird es darauf ankommen, die Nördliche Dimension zu einem ständigen und integrierten Teil der EU-Politik werden zu lassen. Auch nach der EU-Erweiterung wird sie ihre Bedeutung wahren, nicht zuletzt um die Nachbarschaftspolitik mit Russland zu untermauern und zu fördern.

Ein Problem der Nördlichen Dimension liegt darin, dass sie auf der Basis der vorhandenen Finanzierungsinstrumente der EU arbeitet. Das Auswärtige Amt hat sich daher auch im Hinblick auf unsere Ostseeratspräsidentschaft an die Kommissare Barnier, Patten und Verheugen gewandt und in Abstimmung mit den nördlichen Bundesländern Vorschläge für ein effizienteres Zusammenwirken der Gemeinschaftsinstrumente gemacht. Die Kommission sieht in den Überlegungen "interessante Anstöße", wie Phare-CBC-Mittel – in Verzahnung mit Interreg programmiert und eingesetzt werden können. Durch die Ausarbeitung eines gemeinsamen Programmierungsdokuments könnte eine erfolgreiche und echte Zusammenarbeit im Ostseeraum verbessert werden. Auf der erwähnten Ministerkonferenz zur Nördlichen Dimension am 9. April hat die Kommission einen Leitfaden für die Koordinierung von TACIS mit anderen Finanzierungsinstrumenten vorgestellt. Dabei erscheint eine gemeinsame Programmierung nicht möglich zu sein, wohl aber kann Parallelförderung als realistische Möglichkeit für eine Kofinanzierung von Projekten vorgesehen werden. Dem Interreg-Sekretariat, für dessen Erhalt in Rostock sich das Auswärtige Amt mit Nachdruck eingesetzt hat, wird bei der Programmarbeit wichtige Aufgaben zukommen.

Der Ostseeraum ist für das Zusammenwachsen auf unserem Kontinent auch deswegen von besonderer Bedeutung, da hier Russland stärker als sonst irgendwo an seinen Grenzen mit dem Westen Europas verwoben und historisch verwachsen ist. Es ist kein Zufall, dass die

große Ostseestadt St. Petersburg als Russlands Fenster nach Westen bezeichnet wird. Mit Finnland und den Baltischen Staaten verbindet Russland eine jahrhundertelange, wenn auch nicht immer einfache Geschichte. Von dem Beitritt der baltischen Staaten und Polens zur EU wird für die Zusammenarbeit mit Russland ein wichtiger Impuls ausgehen. Russland wird dann fünf unmittelbare EU-Nachbarn haben und eine große Chance für seinen erleichterten Zugang zum EU-Binnenmarkt. Eine namhafte russische Minderheit wird zudem dann in der EU leben. Auch das russische Gebiet Kaliningrad, das in geographischer Nähe zu uns liegt, stellt besondere Herausforderungen an die EU im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung. Die unmittelbare grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Russland wird sich mit den östlichen Nachbarstaaten abspielen. Dort wird unmittelbar zu spüren sein, wie sich Russland entwickelt und auch, wie sich die Beziehungen Europas zu Russland entwickeln.

Die EU hat für Russland auch in Handelsfragen eine herausgehobene Bedeutung. Heute bereits werden über 40 % der russischen Exporte mit der Union abgewickelt. Dieser Anteil wird – nicht nur wegen der Osterweiterung – in den kommenden Jahren auf über 50 % steigen. Über die Hälfte aller russischen Seetransporte gehen über die Ostsee. 60 % aller Investitionen in Russland stammen aus EU-Mitgliedsländern. Die EU und Russland sind durch gemeinsame Interessen an der Nutzung des russischen Erdgases miteinander verbunden. Die Russische Föderation ist heute in einem viel höheren Maße ein Ostseeanrainer und durch die Interessen eines Ostseeanrainers bestimmt, als es die Sowjetunion je war. Doch diese gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen sind auch die besten Garanten für eine friedliche und wohlstandsmehrende Weiterentwicklung.

Ohne die Einbeziehung Russlands in die positive wirtschaftliche Entwicklung der Region laufen auf Europa Gefahren zu. Schon jetzt beobachten wir ein sich vertiefendes

Wohlstandsgefälle an den Grenzen zu Russland, dies gilt für das EU-Mitgliedsland Finnland, aber auch für die vier Beitrittskandidaten. Der Zugang zum EU-Binnenmarkt wird von Russland nur genutzt werden können, wenn seine Wirtschafts- und Produktionsweise hohen Qualitätsmaßstäben genügt.

Der Ostseerat hat es von Anfang an als zentrale Aufgabe angesehen, das Entstehen neuer Gräben zu verhindern. Deswegen auch haben die Wirtschafts- und Handelsminister im Februar 2000 einen detaillierten Plan aufgestellt, um Hindernisse für die wirtschaftliche Zusammenarbeit abzubauen. Dazu zählt auch das Ziel, die Abfertigungszeiten für den Güterverkehr an den Grenzen auf höchstens zwei Stunden zu senken. Nur wenn dies gelingt, machen die umfassenden Pläne zum Ausbau der Verkehrswege in der Region Sinn.

Es ist zu hoffen, dass Russland erkennt, dass erwünschte Investitionen nicht durch Konferenzen oder Investitionsförderungsseminare, sondern nur durch eine Verbesserung des wirtschaftlichen und rechtlichen Regelwerks mobilisiert werden können. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang auch der WTO-Beitritt Russlands. Die russische Ostseeratspräsidentschaft kann die Chancen, die sich aus der wirtschaftlichen Dynamik der Region ergeben, ergreifen. Sie kann dazu beitragen, dass an der Weiterentwicklung von Normen und Standards gearbeitet wird, damit kein normatives Gefälle die Angleichung der Wirtschaftsentwicklung weiter verhindert.

Der Ostseerat hat der besonderen Situation von Kaliningrad im vergangenen Jahr Rechnung getragen. Er unterstützt die Einbindung dieser zukünftigen EU-Enklave in die regionale Kooperation, in dem er dort im September 2000 eine Euro-Fakultät an der Staatlichen Universität eingerichtet hat. In der juristischen und Wirtschaftsfakultät

unterstützt die Euro-Fakultät die Modernisierung von Lehrinhalten und Lehrmethoden, um den Nachwuchskräften der Region den geistigen Zugang zur Dynamik des Ostseeraums zu erleichtern.

Auch die EU ist gefragt. Die EU-Kommission hat ein gutes Papier verfasst, das einige Schritte für ein weiteres Vorgehen vorsieht. Die Regierung in Moskau ist jetzt gefragt, im Gespräch mit der EU-Kommission darauf zu reagieren. Doch auch der multilaterale Rahmen des Ostseerats kann weiter genutzt werden. Hier sitzen nicht nur Russland, sondern auch die unmittelbaren Nachbarn wie Litauen und Polen mit am Tisch.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch drei weitere Schwerpunkte unserer Ostseeratspräsidentschaft erwähnen, die zum modellhaften Charakter der Ostseeregion im europäischen Rahmen beitragen sollen.

Die Entwicklung des Ostseeraums kann nur gelingen, wenn wir die Zivilgesellschaft noch stärker einbeziehen. In zahlreichen Ländern der Region spielen die Vertreter der Zivilgesellschaft eine große Rolle. Wir sehen es als entscheidend an, diesen "bottom-up approach" in der gesamten Region weiter zu kräftigen. Es ist zu wünschen, dass auch die Netzwerke von Nichtregierungsvertretern ihren Beitrag dazu leisten, dass die Region zusammenwächst. Auf dem ersten Forum für Nichtregierungsorganisationen in der Geschichte des Ostseerats am 28./29. Mai 2001 in Lübeck wollen wir den NGOs der Region eine Plattform bieten, um ihre Ziele für die Region zu erarbeiten. Dies soll vor allem in den Bereichen Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung, demokratische Partizipation und Jugendaustausch Platz finden. Zu diesem Forum haben sich Nichtregierungsorganisationen aus allen Ostseeanrainerstaaten einschließlich Russland angemeldet.

Einen Schwerpunkt sehen wir auch im Umweltschutz und der nachhaltigen Entwicklung. In der ganzen Welt gibt es kaum andere Regionen, die sich den Beschlüssen der Konferenz von Rio über Umwelt und Entwicklung so ernsthaft gewidmet haben wie der Ostseeraum. Eine eigene regionale Agenda wurde verabschiedet, um in einer systematischen Zusammenarbeit zu einer nachhaltigen Entwicklung zu kommen. Wir konnten in den vergangenen Monaten eine Einigkeit über die Anbindung des Baltic 21 Sekretariats erzielen, die diese Zusammenarbeit voranbringen soll. Und es sind Schritte zur verbesserten Koordinierung mit HELCOM eingeleitet worden. Bereits 1974 haben die Staaten der Region die Helsinki Konvention zum Gewässerschutz, heute unter dem Namen HELCOM bekannt, geschlossen. Die Ostsee bleibt, dies hat das jüngste Unglück der Baltic Carrier gezeigt, ein ökologisch gefährdetes Gewässer. Das Auswärtige Amt hatte daher bereits vor drei Monaten, auch auf Anraten Mecklenburg-Vorpommerns eine Initiative ergriffen, um die Belastungen durch den Schiffsverkehr auf die Tagungsordnung des Ostseerats zu bringen. Sie sieht unter anderem vor, Maßnahmen zur Katastrophenprävention durch satellitengestützte Überwachungssysteme voranzubringen, die internationalen Bemühungen im Rahmen der IMO zur Einführung der Einhüllentanker zu stützen und Short Sea Shipping als umweltfreundliche Alternative zum Landtransport zu fördern. Ob eine Lotsenpflicht durchgesetzt werden wird, wird noch diskutiert. Gemeinsam mit den Anstrengungen im Rahmen der Konvention von Helsinki sollen weitere Belastungsschwerpunkte und Gefahren beseitigt werden. Wir hoffen bis zum politischen Abschluss unserer Ostseeratspräsidentschaft auf der Ministerkonferenz in Hamburg am 7. Juni 2001 Fortschritte verzeichnen zu können. Auf einer Tagung der Transport- und Umweltminister im HELCOM – Rahmen im September in Kopenhagen werden die Umweltgefährdungen durch Schiffstransport dann genauer behandelt werden.

Der Ostseeraum verfügt mit seinen zahlreichen, qualitativ hochstehenden Universitäten und seinem hohen Bildungsstandard über ein gutes Zukunftspotential, um zu einer wissensgestützten Gesellschaft besonderer Prägung zu werden. Vor zwei Tagen hat Außenminister Fischer hier in Rostock auf dem Bürgerforum darauf hingewiesen, daß in der Zusammenarbeit im Ostseeraum vor allem im Wissensbereich viel Musik drin ist. Vier Ostseeländer – Deutschland ist nicht darunter – zählen zudem zu den fünf absoluten Spitzenreitern, was die Nutzung moderner Informationstechnologie anbelangt. Auf einer internationalen Expertentagung von Hochschulprofessoren, Kennern der IT-Materie und Fachleuten des Technologietransfers wurde in Berlin darüber diskutiert, welche Initiativen sinnvoll sind, um die Entwicklung in dieser Hinsicht zu beschleunigen. Es bestand Einigkeit über die guten Voraussetzungen und über die Notwendigkeit im regionalen Sinn mehr strategisch zu planen. Der Ostseeraum braucht ein "brand", ein internationales Markenzeichen, als hervorragender Raum höherer Bildung. In Zeiten knapper Kassen wird die Schaffung einer neuen Ostseeuniversität nicht kurzfristig möglich sein, warum sollte es aber nicht gelingen, eine qualitativ hervorragende Ostsee-Sommer-Universität für Graduierte ins Leben zu rufen, die die noch existierenden Probleme – Mobilität von Studenten und Lehrern, Entwicklung gemeinsamer Curricula, Anerkennung von Abschlüssen – durch konkrete Zusammenarbeit weiterbringt. In der Frage der Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien ist vom Ostseerat in Partnerschaft mit der Europäischen Kommission ein Aktionsplan für eine neue Dimension der Region vorgesehen. Dabei soll der Zugang zu Informationstechnologien, konkreter aber auch zu Forschungsnetzwerken und virtuellen Lehrprojekten vorangebracht werden.

Das Wasser der Ostsee ist nach Jahrzehnten unnatürlicher Trennlinien wieder zum verbindenden Element zwischen den Ländern und Städten geworden. Der Ostseeraum erhebt wieder als natürliche Arena gemeinsamer Entwicklung und Kooperation. Wir haben

ein Interesse, an dieser Entwicklung einen führenden Anteil zu haben und dazu beizutragen, dass die Region im Wettbewerb der europäischen Subregionen einen führenden Platz einnimmt. Indem Mecklenburg-Vorpommern, indem Hansestädte wie Rostock sich in diesem regionalen Bezugfeld aktiv betätigen, tragen sie zu einem wichtigen europäischen Prozess bei und schaffen sich ein Profil, das in der Zukunft an Gewicht gewinnt.

Der Umgang mit dem „Holocaust“ in der Bundesrepublik Deutschland

Ulrich Herbert

Nach dem Kriege fehlten sowohl im bürgerlichen Publikum als auch bei den universitären Historikern beinahe alle Voraussetzungen, um sich mit der Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen als einem für einen deutschen Akademiker angemessenen Gegenstand auseinanderzusetzen. Dafür sind verschiedene Gründe maßgebend, für die der Begriff „Verdrängung“ eine unzureichende Zusammenfassung darstellt. Zum einen, das ist das Naheliegende, waren so viele gerade unter den akademisch Ausgebildeten in Deutschland in direkter oder indirekter Weise mit dem NS-Regime verbunden gewesen, daß sie ein starkes Interesse daran hatten, daß die Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-Diktatur und in ganz besonderer Weise mit der Massenvernichtungspolitik gegenüber den Juden möglichst zurückgedrängt wurde.

Zum zweiten sind, wie Martin Broszat treffend formuliert hat, „für die an erhabene Geschichtsideen gewöhnte Sprache und Reflexion des Historismus ... Massenexekutionen und Gaskammern ein ‚Stilbruch‘ der Geschichte, über den man schnell hinwegzukommen versucht.“ Auch dies gilt für die Geschichtswissenschaftler ebenso wie für die Leser ihrer Bücher und ist ein bis heute zu konstatierendes Phänomen.

Drittens aber standen selbst für Gutmeinende die Nachkriegsberichte über die Judenvernichtung lange unter dem Verdacht der alliierten oder gar der jüdischen (für viele war das dasselbe) Propaganda. Denn nachdem die Propagandaschlachten des Ersten Weltkrieges und die alliierten Berichte über die Hunnen, die belgischen Kindern die Hände abschlugen, noch gut in Erinnerung waren, fielen nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Berichte sowie die ersten, vorwiegend von Juden verfaßten Bücher über die Massenmorde im Osten unter diesen Vorbehalt - oder wurden nach dem Muster „Krieg ist immer schrecklich“ relativiert. Dabei die eigenen Wahrnehmungen, die während des Krieges Einzelheiten des Geschehens in geringer oder in großer Zahl erfaßt haben, als Zufälle oder einzelne Beobachtungen stehenzulassen und nicht in den Zusammenhang des allmählich vor und nach Kriegsende Gehörten oder Gelesenen einzubinden, das bezeichnet exakt den Vorgang der Verdrängung. Sich hingegen mit einem solchen Gegenstand wissenschaftlich zu beschäftigen, der so offensichtlich im Zwielficht von Propaganda und Gerücht, Kolportage und Denunziation und überdies in Bezug auf die Quellen unter alliierter Kuratel zu stehen schien,

war selbst solchen Zeitgenossen suspekt, die dem Nationalsozialismus keine Sympathien entgegenbrachten oder gebracht hatten; und von dieser Art gab es unter den westdeutschen Universitätslehrern der Nachkriegsjahre nicht sehr viele. Schließlich viertens: Derjenige aber, der in den Nachkriegsjahren in Westdeutschland lebte, der von den Judenvernichtungen gehört hatte und sich über den Charakter des NS-Regimes im Klaren war, neigte in der Regel durchaus nicht dazu, darüber intensive Lektüre zu betreiben, sondern sich vielmehr aktiv und öffentlich dafür einzusetzen, daß, wie die bald entstandene Standardfloskel lautete, „sich derartiges nie wiederhole“. So können wir beobachten, daß auch die Gegner und Verfolgten des NS-Regimes in den 50er Jahren nur wenig Interesse zeigten, sich - jedenfalls öffentlich - mit der Geschichte der NS-Diktatur und ihren Verbrechen genau und unerbittlich auseinanderzusetzen. Wer sich also mit dem Verhältnis der westdeutschen Gesellschaft und ihrer Historiker zum "Holocaust" beschäftigt, tut gut daran, solche Ausgangsbedingungen, unterschiedliche Motivationen und Interessen zu berücksichtigen, die hierbei mit ausschlaggebend waren. Eine ausschließlich moralisch-bewertende Sichtweise hingegen sagt vermutlich mehr über den von dem Betrachter gern angestrebten Platz innerhalb dieses Prozesses als über den Prozeß selbst aus.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Ermordung der europäischen Juden hat in Westdeutschland (übrigens auch in der DDR, auf die ich hier nur am Rande eingehe) spät eingesetzt. Sie konzentrierte sich zunächst vor allem auf solche Aspekte, die insbesondere im Zusammenhang mit der nach dem Kriege aufgekommenen „Kollektivschuldthese“ standen: auf den konservativen Widerstand, um die Existenz des „anderen Deutschlands“ nachzuweisen, und auf die SS, die gleichsam aus der deutschen Gesellschaft herausinterpretiert und als Residualkategorie des Abnormen für die Massenverbrechen allein verantwortlich gemacht wurde. Zugleich half die Betonung der Allmacht von SS und Sicherheitspolizei auch den ausgebliebenen Widerstand aus dem Volke erklären und wirkte so wie ein Schutzschild gegen alle erhobenen oder befürchteten Vorwürfe gegen die Deutschen. Darüber hinaus wurden die Deutschen in diesen Jahren vor allem als Opfer der Entwicklung gezeichnet - als Opfer der Bombenangriffe und der Vertreibung; aber auch als Opfer einer Diktatur, die über die Deutschen wie über Feindesland gekommen sei.

In der ersten Phase des hier zu skizzierenden Prozesses, der vom Kriegsende bis etwa 1957 reicht, dominierten, was westdeutsche Historiker betrifft, einzelne Quelleneditionen sowie

kurze Aufsätze und Essays über die Judenvernichtung. In der öffentlichen Wahrnehmung aber verbanden sich damit eher die Bilder von der Befreiung der Konzentrationslager Bergen-Belsen, Buchenwald oder Dachau - und nicht Massenerschießungen in Riga oder Massenvergasungen in Auschwitz. Dadurch aber war der Vorgang des Massenmords als ein geheimes Geschehen in abgesperrten Sonderzonen „im Osten“, zu denen kein Zeuge Zugang besaß, konstituiert.

Die zweite Phase reicht etwa von 1958 bis 1972. An ihrem Beginn standen zwei Entwicklungen. Zum einen gewann die Frage nach den nationalsozialistischen Massenverbrechen und dem Verhältnis der westdeutschen Gesellschaft dazu durch die sogenannten Kölner Synagogenschändungen¹, den Ulmer Einsatzgruppenprozeß², den Jerusalemer Prozeß gegen Eichmann und den Frankfurter Auschwitz-Prozeß in kurzer Zeit eine erhebliche Brisanz. Innerhalb weniger Jahre wurden nun die nationalsozialistischen Massenverbrechen zu einem wichtigen, seit Anfang der 60er Jahre sogar zu einem der wichtigsten innenpolitischen Themen in der Bundesrepublik; befördert durch ausführliche und genaue Berichterstattung über die genannten Prozesse in der Presse und auflagenstarken Büchern, aber auch durch immer neue Skandale über die Verstrickung von führenden westdeutschen Politikern in das NS-Regime, die nicht zuletzt durch die Braunbücher aus der DDR in Gang gebracht worden waren. Zum zweiten war mittlerweile eine neue Generation herangewachsen, deren Fragen nach der Geschichte des Nationalsozialismus, vor allem nach der nationalsozialistischen Massenvernichtungspolitik drängender wurden, und die nicht mehr eingebunden war in das Verschwiegenheitskomplott der älteren Generation. Zugleich trat aber auch eine neue Generation von Historikern auf den Plan, die am Institut für Zeitgeschichte in München wie anderswo intensiv über das NS-Regime und seine Verbrechen geforscht hatten, die nun vor den Gerichten als Gutachter auftraten und Anfang der 60er Jahre ihre Ergebnisse in Buchform vorlegten. Einen ersten Höhepunkt fand diese Entwicklung mit den Gutachten für den Auschwitz-Prozeß, die unter dem Titel „Anatomie des SS-Staates“ erschienen. Die darin enthaltenen Studien von Krausnick über die nationalsozialistische Judenverfolgung und -vernichtung, von Broszat über das KZ-System, von Buchheim über SS und Polizei sowie

¹ Anm. d. Red.: In der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember 1959 wurde die Kölner Synagoge geschändet, was zu einer Welle rassistischer Aktionen (auch im Ausland) führte: bis zum 28. Januar 1960 wurden allein in der Bundesrepublik 470 antisemitische bzw. neonazistische Vorkommnisse gezählt.

² Anm. d. Red.: An den Massenerschießungen von Juden im Grenzgebiet zwischen Litauen und dem Deutschen Reich beteiligte sich das aus Tilsiter Gestapo- und SD-Angehörigen gebildete Einsatzkommando Tilsit. Auch Polizisten der Memeler Polizei leisteten ‚Amtshilfe‘. Der Prozeß gegen einige der Täter in Ulm war 1958 der erste seiner Art und erregte großes Aufsehen. Jetzt endlich wurde eine zentrale juristische Erfassungsstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg eingerichtet, und deutsche Staatsanwälte fahndeten nach den Mördern.

Jacobsen über den Kommissar-Befehl analysierten Motivation, Struktur und Vorgehensweise der NS-Regimeführung ebenso nüchtern wie eindrücklich. Diese Studien haben den Kenntnisstand über die NS-Vernichtungspolitik über Jahrzehnte markiert und bestimmt, und es brauchte lange, bis dieses wissenschaftliche Niveau wieder erreicht wurde.

1969 erschien mit Karl Dietrich Brachers Buch „Die deutsche Diktatur“ die erste wissenschaftliche Gesamtdarstellung des NS-Regimes. Es war in den vorausgegangenen Jahren vor allem das Verdienst Brachers gewesen, daß die Konzentration der westdeutschen Zeitgeschichte auf die Abwehr tatsächlicher oder vermeintlicher Kollektivschuldvorwürfe aufgebrochen und eine kritische, auf rasch wachsende Aktenbestände gestützte Erforschung der Struktur und Politik des Regimes in Gang kam. Daß dabei die Spätphase der Weimarer Republik und die Frühphase des NS-Regimes zunächst im Vordergrund standen, war naheliegend und entsprach auch den Aufklärungsbedürfnissen der westdeutschen Gesellschaft. Die nationalsozialistische Politik gegen die Juden wurde in Brachers Darstellung durchaus ausführlich behandelt; bei der Analyse der Entwicklung nach den Pogromen des November 1938 reduzierte sich die bis dahin so plastische und anspruchsvolle Darstellung auf das Referieren eines wie automatisch ablaufenden Prozesses. Die Massenvernichtungspolitik der Kriegsjahre wird eher konstatiert als untersucht; der Mord an den Juden beansprucht nur 15 von 600 Seiten (in der Ausgabe von 1979). Diese Marginalisierung des Massenmords, die sich in nahezu allen deutschsprachigen Gesamtdarstellungen des „Dritten Reiches“ bis in die späten 80er Jahre findet, widerspiegelt zum einen die Konzentration der Forschung wie der öffentlichen Debatte auf die Frage nach den Ursachen für die „Machtergreifung“, der gegenüber Krieg und Genozid lange Jahre zurückstanden. Andererseits schlug sich darin aber auch der vergleichsweise geringe Grad von differenzierten Kenntnissen über Entstehung und Ablauf des Massenmords nieder, denn der „Holocaust“ hat bis Mitte der 80er Jahre nie zu den Forschungsschwerpunkten der deutschen Zeitgeschichte gehört - obwohl am Ende dieser Entwicklungsphase mit Adams „Judenpolitik“ ein gewichtiges und innovatives Werk stand, das erste eines westdeutschen Autors, in dem der politische Entscheidungsprozeß zum Mord an den Juden so detailliert untersucht und die bis dahin allgemein geteilte Auffassung, der Judenmord sei langfristige Kalkül und klarer Befehlsgebung Hitlers gefolgt, in Frage gestellt wurde.

Es ist kein Wunder, daß die besten der Arbeiten aus diesen Jahren bis heute immer wieder aufgelegt werden; denn in der darauf folgenden Phase bis Anfang der 80er Jahre ist nurmehr wenig erschienen, was in bezug auf Informiertheit und analytisches Niveau dem gleichkam. Auf der anderen Seite waren aber auch die Defizite dieser Forschungsphase bald

unübersehbar. Denn die Suche der Staatsanwälte nach eindeutigen Taten und Tätern, nach Befehlen und ihrer Ausführung, nach individuell bemeßbarer Schuld und Verantwortung führte auch bei vielen der mit ihnen kooperierenden Historikern zu einer Konzentration auf die oftmals nur mühsam rekonstruierbaren Entscheidungsprozesse und Widersprüche innerhalb der politischen Regimeführung. Dabei blieben wichtige Bereiche unterbelichtet - zum einen die Perspektive der Opfer, und zwar vor allem derjenigen Opfer, die nicht aus Deutschland stammten: der Juden aus allen von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern, der Bevölkerung Osteuropas sowie der Gruppen, die weder in der Öffentlichkeit noch in der Wissenschaft bis dato als Opfer überhaupt erkannt und anerkannt worden waren, so etwa die „Zigeuner“ oder die sowjetischen Kriegsgefangenen. Dadurch aber kam auch der politische und ideologische Zusammenhang zwischen der Verfolgung und Ermordung der verschiedenen Gruppen von Opfern des NS-Regimes nicht in den Blick.

Zweitens verblieb die Forschung zu dem Geschehen selbst in sicherer Distanz. Die tausende von einzelnen Mordaktionen, Massakern, Erschießungen, Vergasungen, die überall in den Städten und Dörfern Osteuropas von deutschen Einheiten und Behörden betrieben wurden, kamen als Ereignisse mit je einzelnen Vorgeschichten, benennbaren Tätern und Opfern nicht vor. Auf diese Weise jedoch gewannen die Massenmorde den Charakter eines einheitlichen und zentral gelenkten, zugleich aber auch abstrakten, herkömmlicher Vernunft und Erfahrung nicht zugänglichen Vorgangs.

Und schließlich war, drittens, auffällig, daß selbst in grundlegenden Studien zur deutschen Besatzungspolitik in Europa das Schicksal der Juden kaum am Rande dargestellt wurde - so als handele es sich um einen eigenständigen, mit der deutschen Besatzungspolitik gar nicht in direkter Verbindung stehenden Prozeß. Dadurch aber geriet die Bedeutung der zivilen und militärischen Besatzungsadministrationen bei der Ingangsetzung und Durchführung der „Endlösung der Judenfrage“ ebenso aus dem Blick wie die Rolle der Industrie, der Wehrmacht insgesamt, der Wissenschaft - mit der Folge, daß nach den Zusammenhängen zwischen der deutschen Besatzungsverwaltung in West- und Osteuropa, den vielfältigen Konzepten zur „Neuordnung“ Europas, den dabei verfolgten unterschiedlichen Zielsetzungen und der Vernichtungspolitik gegenüber den Juden über Jahrzehnte hinweg nicht gefragt wurde.

Hier lagen also die großen Defizite am Ende dieser zweiten Phase, die einer intensiven Erforschung harreten. Aber es kam zunächst anders.

Denn in dem Jahrzehnt zwischen den frühen 70er und den frühen 80er Jahren ging das Interesse der Historiker wie der Öffentlichkeit an der empirischen Erforschung der nationalsozialistischen Massenverbrechen stark zurück. Berücksichtigt man, daß zwischen dem Abschluß eines Manuskripts und seiner Veröffentlichung in Buchform in der Regel ein, zwei Jahre oder mehr liegen, so kann man feststellen, daß in der *dritten Phase* zwischen etwa 1969/70 und Anfang der 80er Jahre in der empirischen Erforschung des Nationalsozialismus im allgemeinen, derjenigen der Judenvernichtung im besonderen eine breite und unübersehbare Lücke klafft. An größeren Monographien zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik sind in diesen Jahren lediglich Hans G. Adlers Untersuchung über die Deportation der deutschen Juden (1974), Falk Pingels „Häftlinge unter SS-Herrschaft“ und Christian Streits große Studie über den Tod von Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand (1978) erschienen.

Die konkrete Auseinandersetzung mit der Geschichte des NS-Regimes und seinen Massenverbrechen war seit dem Einsetzen der Studentenrevolte von einer stark politisierten „Faschismusdebatte“ abgelöst worden, deren Ausgangspunkt zunächst die sehr persönlich geführte Auseinandersetzung der jungen Generation mit der Vergangenheit ihrer Eltern und dann die Debatte über die Belastungen der bundesrepublikanischen Gesellschaft durch die Kontinuität der Eliten insgesamt gewesen war. Aber schon bald geriet die rekonstruierbare Wirklichkeit der NS-Vergangenheit in den Hintergrund zugunsten eines immer abstrakteren und synthetischeren Begriffs vom „Faschismus“, als dessen hervorstechende Kennzeichen nicht länger der Genozid an den Juden und überhaupt die Massenverbrechen des NS-Regimes angesehen wurden, sondern etwa - in der verbreiteten Trivialform der These - das Bündnis von Monopolindustrie und Diktatur zur Ausschaltung der deutschen Arbeiterbewegung.

Diese Auffassung korrespondierte eng mit der die Historiographie der DDR beherrschenden Auffassung, wonach auch die rassistische Terror- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten allein auf die Eroberungs- und Herrschaftspläne des deutschen Imperialismus, letztlich des deutschen Großkapitals, zurückzuführen sei, so daß etwa der Antisemitismus nur noch als Manipulationsinstrument gegenüber der deutschen Bevölkerung angesehen und die Vernichtung der europäischen Juden gewissermaßen als Randphänomen, als bloße „Erscheinungsform“ des deutschen Imperialismus wahrgenommen wurde.

Aber auch die seriöse wissenschaftliche Kontroverse dieser Jahre um die Frage, ob das NS-Regime als *faschistisches* oder als *totalitäres* Regime anzusehen sei, erwies sich im Ganzen

als wenig fruchtbar, weil sie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht durch empirische, komparative Studien abgedeckt wurde, sondern auf der Ebene der Systemtheorie verblieb.

Der Versuch, mithilfe des Begriffs des „Faschismus“ die rechtsradikalen, plebiszitär gestützten Regimes der Zwischenkriegszeit komparativ zu erfassen, war ja zunächst durchaus sinnvoll, um überhaupt eine Vergleichsebene herzustellen. Auf lange Sicht aber hatte gerade das für die Beschäftigung mit Deutschland fatale Folgen. Denn der Faschismusbegriff deckte vielleicht und mit etwas Mühe wichtige Elemente der nationalsozialistischen Bewegung vor 1933 und der NS-Diktatur bis 1938/39 ab. Die deutsche Besatzungspolitik in Europa, die Politik der „völkischen Flurbereinigung“ in fast ganz Europa und insbesondere der millionenfache Massenmord an den Juden, an den Bewohnern der besetzten Gebiete in Polen, der UdSSR und Südosteuropas aber waren mit einem Begriff, der für die Verhältnisse im Italien unter Mussolini geprägt worden war und auf die Unterdrückung der einheimischen Opposition und die Wiedererrichtung der Herrschaft der traditionellen Eliten mithilfe massenhafter Gewalt und populistischer Inszenierungen abhob, nicht zu leisten. So stand auch die Linke - nicht nur in Deutschland - den Phänomenen der nationalsozialistischen Massenmorde begrifflich hilflos gegenüber und konnte hierzu kein analytisches, sondern lediglich ein moralisch-empörungsorientiertes Verhältnis gewinnen.

Insgesamt kann man - jedenfalls was die öffentliche Perzeption angeht - die 70er und frühen 80er Jahre durchaus als eine Phase der zweiten Verdrängung bezeichnen. Täter und Tatorte, Helfershelfer und Nutznießer, vor allem aber die Opfer selbst wurden anonymisiert. Die Debatte um die Interpretation des Nationalsozialismus wurde im politischen Rechts-Links-Schema erneut zum Schlachtfeld des Kalten Krieges und zum Objekt eines mehr und mehr posenhaften Entlarvungsgestus. Die mittlerweile zahlreichen, zum Teil hervorragenden wissenschaftlichen Studien, die in den USA, in Israel und Polen über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik erschienen waren, fanden in der Bundesrepublik weder Verlage noch Publikum. Raul Hilbergs grundlegende Untersuchung „Die Vernichtung der europäischen Juden“ erschien erst im Jahre 1982 endlich in deutscher Sprache - mehr als 20 Jahre nach der Erstveröffentlichung in den USA. Nun war mit Hilbergs Buch sowie mit der ersten wissenschaftlichen Studie über die Einsatzgruppen in der Sowjetunion das Informationspotential der westdeutschen Öffentlichkeit wie der Geschichtswissenschaft vervielfacht worden und der Holocaust wurde vor allem seit den 80er Jahren immer mehr zum Gegenstand öffentlicher Debatten, etwa über die deutsche Identität - aber doch nur als

Metapher. Nicht die Kenntnisse über den Genozid nahmen zu, sondern nur die Zahl derer, die darüber redeten. In der deutschen Wissenschaft blieb die Beschäftigung mit dem Holocaust das Metier weniger Spezialisten. Im Vergleich zu anderen Ländern, den USA, Israel und Polen vor allem, war der deutsche Beitrag zur empirischen Erforschung der Judenverfolgung und -vernichtung in Europa insgesamt gering.

Gleichwohl - seit den frühen 80er Jahren setzten doch auch neue Entwicklungen ein, insbesondere in der Forschung selbst und nicht zuletzt in Absetzung von der eben geschilderten Entwicklung. Zum einen verlagerten sich die wissenschaftlichen Debatten über „Faschismus oder Totalitarismus“ und „Hitlerismus oder Polykratie“, die sich in erster Linie auf die innere Struktur des Regimes, die Rolle der traditionellen Eliten und die Prozesse der Entscheidungsfindung innerhalb der Regimeführung und nicht zuletzt auf die Außenpolitik des Regimes konzentriert hatten, nun auch auf die Diskussion über den Entscheidungsprozeß bei der Ingangsetzung der „Endlösung“. Schon in den 70er Jahren waren starke Zweifel daran aufgetaucht - vor allem in den Arbeiten von Adam, Broszat, Mommsen, die man von nun an „Strukturalisten“ zu nennen begann -, ob eine Reduktion des Entscheidungsprozesses bei der Ingangsetzung der Judenvernichtung auf die Weltanschauung, den Willen und den Befehl Hitlers der historischen Wirklichkeit entsprachen, wie dies traditionellerweise jene Historiker getan hatten, die nun mit dem Titel „Intentionalisten“ versehen wurden. Hier entstand nun eine Debatte, die für die historische Wissenschaft und das öffentlich wahrgenommene Bild des Judenmords bald nachhaltige Bedeutung gewann. Die Strukturalisten arbeiteten nämlich heraus, daß mit der Politik der Judenvernichtung zahlreiche Ressorts und außerstaatliche Interessengruppen befaßt gewesen seien und die einseitige Heraushebung Hitlers nicht nur falsch sei, sondern auch zur Entlastung der übrigen daran direkt oder indirekt beteiligten Personenkreise beitrage. Die Ingangsetzung des Genozids sei dagegen nicht auf einen einmaligen, einheitlichen Anstoß und wohl auch nicht auf einen „Führerbefehl“ zurückzuführen, sondern habe sich im Verlaufe eines dynamischen Prozesses in den Jahren 1941/42 allmählich herausgebildet - ein Prozeß der „kumulativen Radikalisierung“. Durch diese Thesen bewirkten die Strukturalisten einen anderen, schärferen und zugleich weiteren Blick auf die nationalsozialistische Massenvernichtungspolitik, ihre Ursachen und ihre Auswirkungen.

Allerdings blieben auch sie von dogmatischen Verengungen nicht frei. Die Bedeutung rassistischer und gerade antisemitischer Ideologien für das Denken und Handeln großer Bevölkerungsgruppen wie für die spezifisch nationalsozialistischen Weltanschauungseliten blieben ihnen fremd. Der Prozeß der Ingangsetzung des Massenmords wirkte in dieser

Sichtweise wie ein Automatismus ohne beteiligte Menschen, ohne Täter vor allem. Bemerkenswert ist zudem, daß diese Thesen nicht zu einer Intensivierung der Forschung führten, sondern lediglich zu einem Krieg der Interpretationen auf der gleichen, dünnen empirischen Grundlage.

Dieses unübersehbare Defizit war jedoch nicht, wie zuweilen vermutet, auf die mangelhafte Quellenbasis zurückzuführen. Zwar waren die meisten Archive der Ostblockstaaten westlichen Historikern bis 1990/91 verschlossen, aber die zugänglichen Archivbestände im Westen und vor allem die Unterlagen der westdeutschen Ermittlungs- und Strafverfahren gegen NS-Täter waren derart voluminös, daß sie eine intensive Forschungstätigkeit ermöglicht hätten; und Veröffentlichungen wie die von Wolfgang Scheffler und Adalbert Rückerl sowie die Publikation von - zum Teil außerordentlich umfangreichen und differenzierten - Gerichtsurteilen boten hierzu wichtige Hinweise. Vielmehr kam bei der sich rasch verbreiternden Debatte zwischen „Intentionalisten“ und „Strukturalisten“ auch die Auffassung zum Ausdruck, daß man über das Mordgeschehen selbst hinreichend informiert sei, während das eigentliche Problem in dessen politischer Einordnung und säkularer Interpretation bestehe. In dieser Überzeugung, die ja eine verbreitete Ansicht in der Öffentlichkeit widerspiegelte und bis heute fortwirkt, kann man in der Tat die fortgesetzte Weigerung erkennen, sich ungeschützt und direkt mit dem Geschehen selbst auseinanderzusetzen. Die Konzentration auf die Interpretation des Völkermords, auf die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen hat insoweit stark entlastende Wirkungen, ein Vorgang, der 1986/87 bei dem - wissenschaftlich ganz unergiebigem - Historikerstreit deutlich in den Vordergrund trat.

Aus der Kritik an den steril gewordenen Debatten über Intentionalismus und Strukturalismus aber entwickelten sich bereits seit Mitte der 80er Jahre neue Fragen und Ansätze, insbesondere eine Hinwendung zum Konkreten, Empirischen, aus der schließlich auch Entwicklungen wie die Alltags- und Mentalitätsgeschichte der NS-Diktatur erwachsen. Im Zusammenhang mit der Erforschung der nationalsozialistischen Judenpolitik lag deren Bedeutung in einer Art von Rekonkretisierung der Geschichte des NS-Regimes; vor allem, weil hier versucht wurde, die Opfer der nationalsozialistischen Terror- und Vernichtungspolitik selbst in den Mittelpunkt zu stellen, und zwar in zunehmendem Maße *alle* Opfer. Dies fand in einer wachsenden Zahl von Studien über „Zigeuner“, Behinderte, „Asoziale“, Homosexuelle, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und andere verfolgte Gruppen seinen Ausdruck. Dadurch wurde es nun allmählich auch möglich, die rassistische Politik des Regimes als Einheit zu begreifen und ihre Traditionen in der deutschen Geschichte

freizulegen. Die rassenhygienisch motivierte Verfolgung der verschiedenen Opfergruppen in Deutschland und das Vorgehen gegen die Angehörigen der slawischen Völker und vor allem gegen die Juden wurden nun langsam auch konzeptionell als miteinander in Zusammenhang stehend erkannt und untersucht.

Dabei war es kennzeichnend, daß die wichtigen neuen Impulse nicht aus dem Kreise derer kamen, die bis dahin die Diskussion um die Interpretation des Holocaust angeführt hatten. Es bedurfte offenbar des distanzierten Blicks von außen, um zu erkennen, daß die Debatte in eine Sackgasse geraten war. Hierbei standen vor allem vier Ansätze im Vordergrund. Zum einen die bereits angesprochenen, aus der Alltags- und Mentalitätsgeschichte herrührenden Impulse; zweitens die zunehmende Wahrnehmung der internationalen Forschung, die nicht zuletzt vor allem durch das vom Institut für Zeitgeschichte initiierte Projekt zur Erforschung der Gesamtzahl der ermordeten Juden befördert wurde; drittens die von der Gruppe um den Berliner Historiker Wolfgang Scheffler forcierten Bemühungen um die intensive Nutzung der Unterlagen der deutschen Justizbehörden für die Erforschung des Holocaust. Auf diese Weise wurde die Eingrenzung der Wahrnehmung auf die Berliner Zentrale durchbrochen, und eine Vielzahl von Tätern, Tatorten, Tathergängen und Opfern kam in den Blick.

Der vierte Impuls ging aus von der Publikationsreihe „Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik“ und ihrem Mentor, dem Berliner Historiker Götz Aly. Ursprünglich hatte sich das Interesse Alys und der Mitherausgeber der Reihe vor allem auf die „Euthanasie“-Politik des Regimes und die Rolle von Ärzten, Krankenanstalten und „Bevölkerungsexperten“ in diesem Zusammenhang gerichtet. Dadurch gerieten jene vermeintlich unpolitischen wissenschaftlichen Institutionen der Politikberatung ins Blickfeld, die nun in verschiedenen Politikbereichen genauer untersucht wurden. Auf diese Weise wurde die Reduktion nationalsozialistischer Rasse- und Bevölkerungspolitik auf Partei- und SS-Institutionen sukzessive zerstört, und die Bedeutung der traditionellen Eliten in Verwaltung, Wissenschaft und Industrie in diesem Zusammenhang trat stärker ins Bewußtsein. In dem 1991 erschienenen Buch „Vordenker der Vernichtung“ versuchten Susanne Heim und Götz Aly, diesen Ansatz auch auf die Ingangsetzung des Massenmords an den Juden zu übertragen. Bei ihren Nachforschungen kamen vielfältige Schriften und Konzepte aus Universitäten und Instituten zum Vorschein, in welchen die Entwicklungs- und Modernisierungsdefizite der Staaten Mittel- und Osteuropas auf die zu hohe Bevölkerungszahl jener Regionen zurückgeführt und eine Reduzierung der Bevölkerungszahl zur Voraussetzung einer nachhaltigen, unter deutscher Großraumherrschaft durchzuführenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in diesen Ländern erklärt wurde. Nicht wenige dieser Experten finden

sich nach Kriegsbeginn in den Stäben der deutschen Besatzungsverwaltungen in Osteuropa wieder. Hier, so folgerten Aly und Heim, liege der rationale Ansatzpunkt der nationalsozialistischen Judenpolitik in Osteuropa, vor allem in Polen, seit 1939/40, und formulierten daraus die These von der „Ökonomie der Endlösung“, die auf ein lebhaftes Echo, darunter auch auf viel Kritik stieß.

Daß es solche Konzepte und wissenschaftliche Ausarbeitungen überhaupt gab, war das eigentlich Sensationelle dieses Buches; auch wenn man Heims und Alys Schlußfolgerungen, wonach hier der eigentliche Antrieb für die Ingangsetzung des Genozids liege, nicht folgen mochte. Offen blieb jedoch die Einordnung dieser wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Konzepte in die Analyse des Gesamtvorganges der Ingangsetzung der „Endlösung“. Ohne die Berücksichtigung solcher Konzepte, durch die die Ausrichtung größerer Teile offenbar gerade der jüngeren deutschen Sozialwissenschaftler an der Zielsetzung einer kontinentalimperialistischen Expansionspolitik Deutschlands in Mittel- und Osteuropa offenbar wurde, ist dieser Gesamtvorgang nicht entschlüsselbar - das muß man gegen manche Kritik doch festhalten. Aber es blieb unklar, in welcher Weise sich diese vermeintlich außerideologischen Konzepte mit den politischen Einstellungen der Nationalsozialisten und der deutschen Rechten insgesamt verbanden. War der Antisemitismus nur eine *Massensuggestion*, hinter der sich in Kreisen der wissenschaftlichen Eliten nüchternes Kalkül und kühle Berechnungen verbargen? Wurde der verbreitete Judenhaß der Nationalsozialisten nur genutzt, um bevölkerungspolitische Zielsetzungen gegenüber einer ohnehin entrechteten Gruppe leicht durchsetzen zu können, wie die Autoren vermuteten?

In seinem im Jahre 1995 erschienenen Buch „Endlösung. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden“ hat Aly seine Thesen jedoch stark modifiziert. Hatte er bis dahin einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen bevölkerungs- und wirtschaftspolitischen Planungen und der „Umsetzung“ in die Realität des Massenmords postuliert, so kehrte er dieses Verhältnis nunmehr um: Voraussetzung für die Ingangsetzung der Vernichtungsmaschinerie seien nicht die Planungen, sondern das vielfache und unausgesetzte Scheitern der verschiedenen Konzeptionen und Pläne gewesen. Als Ausgangspunkt nimmt Aly hierbei die beim Hitler-Stalin-Pakt vereinbarten „Umsiedlungen“ der sogenannten „Volksdeutschen“ aus Ost- und Südosteuropa. Als die ersten Zehntausende Menschen dieser Gruppe im deutschen Machtbereich angekommen seien, sei eine folgenschwere Kettenreaktion in Gang gekommen: Um für die Umsiedler Platz zu schaffen, seien Polen und vor allem Juden in großer Zahl aus dem Warthegau und anderen Regionen ausgesiedelt worden, ohne daß für diese Menschen irgendwelche Vorkehrungen getroffen worden seien.

Nun setzte ein Prozeß immer weiterreichender Deportationspläne ein, zusammengehalten durch die Utopie der „völkischen Flurbereinigung“ Mitteleuropas. Im Zentrum dieser „Verschiebungs“- und Deportationspläne standen die Juden, die man ganz aus dem deutschen Einflußbereich hinausdrängen wollte - in die östlichen Regionen des Generalgouvernements, nach Madagaskar, ans Eismeer in Nordrußland. Da kein Machträger des NS-Regimes sich bereit fand, die Juden auf Dauer in „seinem“ Bereich aufzunehmen, entwickelte sich hierbei ein System von Zwischenlösungen und Kompromissen, die schon wegen der dabei entstehenden und allenthalben beklagten „unhaltbaren Zustände“ auf eine endgültige, eine „Endlösung“ drängte; bis schließlich als Konsequenz des Scheiterns der verschiedenen Deportationspläne mit der Ermordung der überflüssig gewordenen und nicht anzusiedelnden Juden begonnen wurde. Es waren, wie Aly herausarbeitet, im wesentlichen die gleichen Männer, die für die Umsiedlung und Ansiedlung der Deutschen aus der Sowjetunion zuständig waren und anschließend die Deportation und Ermordung der Juden organisierten - Adolf Eichmann zum Beispiel und viele andere Referenten des RSHA.

Alys Analyse stellt einen wichtigen Fortschritt insofern dar, als sie die bis dahin bloß behauptete These von der allmählichen Radikalisierung der Judenpolitik im Zuge des Scheiterns verschiedener Alternativprojekte auf eine empirische Basis gestellt hat. Die Inangsetzung der Ermordung der Juden wird hier in den Kontext der deutschen Bestrebungen gestellt, in Mittel- und Osteuropa eine „völkische Flurbereinigung“ in Angriff zu nehmen, die unmittelbar nach Kriegsbeginn in Polen einsetzte und perspektivisch die Neuordnung Osteuropas bis hin zum Ural umfassen sollte - mit der „Verschiebung“ von Millionen Menschen, wie dies in den verschiedenen Fassungen des „Generalplan Ost“ konzipiert wurde, den Himmler in seiner neuen Eigenschaft als „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ ausarbeiten ließ.

Eine Reihe von Fragen blieb allerdings offen. Die Radikalisierung der Judenpolitik war danach also nicht mehr Ausdruck langfristiger Konzeptionen, sondern vielmehr das Ergebnis des Scheiterns immer neuer und weiter ausgreifender Pläne zur Deportation der Juden - eines Prozesses, der sukzessive und in Sprüngen verlief und zu jeweils situativ getroffenen Entscheidungen veranlaßte. Zudem bezogen sich solche Pläne, wie sie dann im „Generalplan Ost“ kumulierten, nie allein auf die Juden, sondern ebenso auf die Polen, die Russen oder auch die gesamte Bevölkerung in den östlich von Deutschland gelegenen Ländern. Aber, so muß man doch hervorheben, allein gegenüber den Juden verwandelte sich das Scheitern der Deportationspläne in die Praxis des Genozids - also gegenüber eben jener Gruppe, die in der politischen Ideologie des Nationalsozialismus als schärfster Feind gebrandmarkt worden war

und die seit dem Machtantritt der Nationalsozialisten in Deutschland innerhalb weniger Jahre massiv verfolgt und entrechtet wurde. Welche Rolle also spielte hierbei der Antisemitismus? In welcher Weise waren situativ entstandene - tatsächliche oder vermeintliche - Zwangslagen mit längerfristigen Einstellungen und Zielsetzungen verbunden? In welchem Verhältnis standen ideologische Faktoren wie Rassismus und Judenhaß zu zweckbezogenen, „rationalen“ Motiven wie wirtschaftlicher Modernisierung oder Nahrungsmittelknappheit? Wie verbanden sich individuelle und situative Motive der Täter und Verantwortlichen mit einer allgemeinen, gegen die Juden gerichteten Dynamik der Gewalt?

Diese Fragen bündelnd kann man zwei Hauptlinien der Ingangsetzung des Genozids herausheben: Auf der einen Seite solche Zielsetzungen oder Konzepte, die bei der Durchsetzung weitreichender kontinentalimperialistischer Zielsetzungen das Schicksal der autochthonen Bevölkerungen als *quantité négligable* ansahen, sich an einem moralentleerten Utilitarismus orientierten und sich in denkbar vielfältigen Formen situativer Zwänge jeweils aktualisierten. Auf der anderen Seite der rassistische Antisemitismus, der die Vertreibung, oder, um mit Goldhagen zu sprechen, die Eliminierung, schließlich auch die Ermordung eines Teils oder aller Juden in den Vordergrund stellte. Beides allerdings steht in spezifischen, miteinander verwandten Traditionsbezügen - der Politik Deutschlands und der anderen Großmächte in den Kolonien, insbesondere Afrikas, und der langen Tradition der Planungen für ein deutsches quasi koloniales Hinterland in Ost- und Südosteuropa einerseits, der Tradition des modernen Antisemitismus andererseits. Beide Entwicklungen begannen sich seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts zu entfalten und erreichten seit der Jahrhundertwende und dann wiederum im Ersten Weltkrieg erste Höhepunkte.

Insgesamt zeichnet sich ab, daß vor allem drei neue Ansätze die Forschung wie die öffentliche Diskussion in der Gegenwart und vermutlich auch in Zukunft besonders herausfordern: Dabei sind an erster Stelle jene Ansätze hervorzuheben, die den politischen und ideologischen Zusammenhang zwischen den einzelnen Verfolgungs- und Ausrottungsmaßnahmen der Nationalsozialisten betonen und dabei herausarbeiten, daß der nationalsozialistische Rassismus nicht als ideologische Phantasterei einiger Fanatiker zu betrachten ist, sondern als Konzeption, die rassenhygienische und rassenanthropologische Ansätze zusammenführte und als wissenschaftlich fundiert und modern von denen begriffen wurde, die es in der Wissenschaft, den staatlichen Behörden, nicht zuletzt aber bei der jungen Führerelite von Sicherheitspolizei und der SS, vertraten und umsetzten. Es zeichnet sich ab, daß daraus eine

intensive Debatte über den Stellenwert und den Charakter der nationalsozialistischen „Weltanschauung“ für die Machthaber des Regimes, die Funktionseliten wie für die deutsche Bevölkerung selbst erwachsen wird; wobei die Herausforderung wohl darin besteht, dies auf der Grundlage der mittlerweile gewonnenen Erkenntnisse über Struktur und Prozeßhaftigkeit der Ingangsetzung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zu tun.

Der zweite, auch auf längere Sicht wichtige neuere Ansatz ist die Ausweitung des Blicks auf alle von Deutschland besetzten oder von ihm abhängigen Länder. Wer sich nebeneinander mit der Geschichte der Verfolgung und Vernichtung der Juden aus Polen, der Sowjetunion, Jugoslawien, Griechenland, Frankreich und Holland auseinandersetzt, wird einerseits in der Lage sein, die Unterschiedlichkeit der Ausgangsbedingungen, der Reaktionen der einheimischen Bevölkerungen, der Vorgehensweise der Deutschen usw. zu erkennen. Zugleich werden aber deutlich gewisse Muster erkennbar, insbesondere in Bezug auf die Entschlossenheit der deutschen Behörden und vor allem der Sicherheitspolizei, in jedem Fall und unter allen Umständen, selbst unter Hintansetzung anderer wichtiger politischer oder militärischer Ziele, die Juden eines Landes zu ergreifen, zu deportieren und umzubringen. Vor allem die deutsche Geschichtswissenschaft muß hier ihren Gesichtskreis erweitern und nicht nur die Entwicklung in Deutschland oder die Handlungsweise der deutschen Führung, sondern die Entwicklung im gesamten deutschen Machtbereich während des Krieges als ihre ureigene Aufgabe verstehen.

Ein dritter Bereich schließlich, in dem in Zukunft auch in Deutschland verstärkt geforscht werden wird, wird die vergleichende Diktaturforschung sein. Dies stößt bei vielen auf Widerwillen und Skepsis, weil sie befürchten, dies könne zur Verharmlosung und Relativierung der nationalsozialistischen Massenvernichtungspolitik führen. Dies ist gewiß nachvollziehbar, aber nicht überzeugend. Denn zum einen ist die Tatsache, daß sich in den 30er und 40er Jahren dieses Jahrhunderts in zwei europäischen Großmächten Diktaturen etablierten, in deren Verlauf Millionen von Menschen auf staatliche Anordnung hin umgebracht wurden, schon als solche so bemerkenswert, daß jeder Versuch, eine vergleichende Analyse beider Systeme und ihrer Politik des Massenmords aus den genannten Befürchtungen heraus zu verhindern, nicht nur wissenschaftlich unhaltbar, sondern ja auch ganz vergeblich wäre. Zum anderen kann man nur Verschiedenes vergleichen; ein Vergleich ist keine Gleichsetzung, sondern die exakte Bestimmung von Unterschieden und Ähnlichkeiten. Die These hingegen, daß die nationalsozialistische Judenverfolgung eine Art von putativer Notwehr des deutschen Bürgertums angesichts der Greuel der

Oktoberrevolution gewesen sei (Nolte), entsprang nicht dem Vergleich, sondern motivierte das eine durch das andere - und wurde einhellig zurückgewiesen.

Es haben sich aber beim öffentlichen Umgang mit dieser Thematik auch problematische Tendenzen gezeigt. Die Debatten über NS-Regime und Holocaust waren in Deutschland vor allem seit den 80er Jahren häufig durch politische Ereignisse angestoßen oder ausgelöst worden. So rückte die Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes im Mai 1985 die Vielzahl der Opfer der nationalsozialistischen Terror- und Verfolgungspolitik ins Bewußtsein der Deutschen; die in der gleichen Zeit stattfindende Debatte um den Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan in Bitburg und Bergen-Belsen hatte vor allem in den USA eine breite Mobilisierung gegen diese als Rehabilitierung der Täter wahrgenommene politische Geste Reagans zur Folge und führte zur stärkeren Politisierung des historischen Bewußtseins der jungen amerikanischen Juden, was sich unmittelbar auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik niederschlug, deren Umgang mit der NS-Vergangenheit nun wieder unter viel stärkerer, zum Teil argwöhnischer Beobachtung aus den USA und anderen Ländern stand, als dies jahrelang der Fall gewesen war. In den späten 80er Jahren entwickelte sich daraus in der Bundesrepublik eine heftige Auseinandersetzung zwischen bekannten Soziologen, Historikern und Publizisten um eben diese Frage des Umgangs mit der NS-Zeit und insbesondere dem Mord an den Juden („Historikerstreit“), der zu scharfen politischen Frontbildungen führte. Nach der deutschen Wiedervereinigung wurde zudem deutlich, daß in der DDR diese intensive Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zugunsten eines eher staats- und parteioffiziellen Antifaschismus die Bevölkerung viel weniger berührt und interessiert hatte. Die an Intensität noch zunehmende Auseinandersetzung mit der NS-Zeit blieb auch in den Folgejahren im wesentlichen ein Phänomen im westdeutschen Teil der Bundesrepublik. Mit der Forderung nach Entschädigung der osteuropäischen und jüdischen Zwangsarbeiter, die jahrzehntelang von deutschen Unternehmen ebenso wie von Seiten des Staates verweigert worden war, wurde in den 90er Jahren eines der düstersten Kapitel dieser Jahre zum Gegenstand langanhaltender Debatten. Und mit der Hamburger Ausstellung „Die Verbrechen der Wehrmacht“, die auf massive Proteste vorwiegend rechtsgerichteter Organisationen und Veteranenverbände stieß, wurde eines der letzten großen Tabus, nämlich die Verwicklung der Wehrmacht in die deutsche Mordpolitik im Osten, aufgebrochen.

Diese öffentlichen Diskussionen waren zudem begleitet von umfangreichen wissenschaftlichen Forschungen, die seit den 80er Jahren unsere Kenntnisse und Einsichten in Umfang und Art der deutschen Verbrechen während der Kriegsjahre erheblich erweitert haben. Selten zuvor standen wissenschaftliche Arbeiten von Historikern so im Zentrum des Interesses einer breiten

Bevölkerungsgruppe. Fernsehdokumentationen über die NS-Zeit, wenngleich von sehr unterschiedlicher Qualität, gehören bis heute zu den Sendungen mit den höchsten Einschaltquoten; und manche Bücher über die NS-Zeit – vor allem Memoiren, aber auch wissenschaftliche Bücher mit populärem oder sensationellem Einschlag wie diejenigen von Goldhagen und Finkelstein – stehen monatelang auf den Bestsellerlisten.

Die Dauer und Intensität dieser Debatten mag übertrieben, ja nachgerade manisch erscheinen. Viele Hinweise zeigen auch, daß sich hierbei mittlerweile gewisse Stilisierungen und Verflachungen ergeben haben, die der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit zum Teil einen etwas schalen Geschmack verleihen. Im Ganzen aber sind dies Marginalien; wichtiger ist, daß sich in diesem langen, schmerzhaften und in der Regel doch ernsthaften Prozeß einer öffentlichen Dauerdebatte um die Ursachen und Folgen des „Dritten Reiches“ allmählich eine ausgeprägte Sensibilität in der Öffentlichkeit Westdeutschlands in Bezug auf die NS-Vergangenheit und aktuelle Erscheinungsformen von Nationalismus und Rassismus entwickelt und das politische wie individuelle Selbstverständnis der Deutschen stark geprägt hat; und zwar in zunehmendem Maße unabhängig von der parteipolitischen Option der einzelnen. Nicht also die „Bewältigung“ der Vergangenheit, die ja einen abschließbaren Vorgang suggeriert, sondern die scharfe, auf Personen wie auf Strukturen und Institutionen hin geführte und eminent politische Debatte über die Schuld an den Verbrechen der NS-Zeit, in der die deutsche Gesellschaft sich und ihre Vorgeschichte selbst zum Gegenstand gemacht hat, hat dazu geführt, daß sich ein antinationalsozialistischer und, ins Positive gewendet, demokratischer Konsensus jedenfalls in großen Teilen der deutschen Bevölkerung und in ihren Eliten herausbilden konnte. Dieser Konsensus ist nicht ungefährdet, aber er ist stabil; und dies gerade deshalb, weil er nicht aus akklamativen Gesinnungsbekundungen resultiert ist, sondern aus einer langen, zum Teil aggressiven, vor allem aber öffentlichen Debatte, die das Handeln der Eliten während der NS-Zeit ebenso einbezog wie das Verhalten der Einzelnen.

Deutschland und Litauen: Politische Beziehungen 1990 - 2000

Wolfgang Ischinger

- I. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen haben zwischen 1990 und 2000 einen großen Sprung nach vorne gemacht. Dies liegt vor allem an der Entwicklung, die Litauen beim Umbau des Staates in eine Demokratie und freie Marktwirtschaft sowie auf seinem Weg in die Europäische Union und die euro-atlantischen Strukturen genommen hat. Deutschland hat diesen Weg stets nachdrücklich unterstützt. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern haben sich in allen Bereichen überaus positiv entwickelt. Das Netzwerk der Verbindungen auf Bund-, Länder- und kommunaler Ebene ebenso wie zwischen privaten Initiativen und Bürgern unserer beider Länder ist inzwischen stark ausgebaut worden.

In unterschiedlichen Funktionen im deutschen Auswärtigen Dienst habe ich in diesem Zeitraum - zunächst als Leiter des Planungsstabs, dann als Politischer Direktor und von 1998 bis 2001 als Staatssekretär - die politischen Beziehungen Deutschlands zu Litauen ein Stück weit mitgestalten können. Dabei schätze ich mich glücklich, dass mich mit dem früheren Vize-Außenminister und jetzigen Botschafter der Republik Litauen in Washington, Vygaudas Ušackas, inzwischen auch eine persönliche Freundschaft verbindet, die wir in Washington künftig pflegen und vertiefen wollen.

Die vergangenen zehn Jahre deutsch-litauischer Beziehungen können nicht ohne einen Blick auf den historischen Hintergrund verstanden werden. Deutschland und Litauen verbindet eine Jahrhunderte alte, fruchtbare, wenn auch nicht immer einfache Geschichte, in der die positiven Elemente überwiegen. Beispiele hierfür gibt es viele: Allen Litauern ist das frühere Königsberg als der Ort bekannt, an dem der erste Katechismus in litauischer Sprache gedruckt wurde. Der große Maler und Musiker Čiurlionis hat lange Zeit in Leipzig gewirkt. Seine Jahre in Deutschland und die Auseinandersetzung mit der deutschen Philosophie prägten das Denken des bedeutenden litauischen Philosophen Vydūnas. Er stammte ebenso wie die deutschen Dichter Sudermann und Bobrowski aus dem Memelland. Thomas Mann verbrachte auf der Kurischen Nehrung bei Nida seine Sommerferien. Maler wie Corinth und Schmitt-Rottluff

wirkten hier. Das jüdische Leben im "Jerusalem des Ostens" strahlte auch nach Deutschland aus, Albert Einstein war zum Beispiel im Vorstand des Jüdischen Wissenschaftlichen Instituts von Vilnius. Der Pakt zwischen Hitler und Stalin hat dann dem litauischen Volk ein schweres Schicksal auferlegt und der jüdischen Bevölkerung Litauens unermessliches Leid zugefügt.

Europa verdankt es auch dem Freiheitswillen der Litauer, dass es am Ende eines Jahrhunderts mit zwei furchtbaren Kriegen eine neue Chance hat, Frieden und Freiheit auf dem ganzen Kontinent zu erreichen. Der historische Umbruch Europas brachte den Deutschen den Fall der Berliner Mauer im November 1989 und die Wiedervereinigung im Oktober 1990. Die baltischen Staaten erkämpften sich gleichzeitig durch die "singende Revolution" erneut die Unabhängigkeit. Der Weg dorthin war für Litauen lang und schmerzvoll. Wir erinnern uns noch gut an die Entstehung der Sajūdis-Bewegung und die bewegenden Bilder von der "Baltischen Kette" aus einer Million Menschen von Tallinn über Riga nach Vilnius im August 1989. Nach dem Sieg der Sajūdis bei den Wahlen in Litauen im Februar 1990 und mit der Erklärung der Wiederherstellung der Unabhängigkeit im März 1990 übernahm Litauen die Führung der baltischen Staaten im Kampf um die Unabhängigkeit und zahlte in der Folge den teuersten Preis für ihre Wiederherstellung: Die Wirtschaftsblockade durch die damalige Sowjetunion sowie die Opfer bei der Erstürmung des Fernsehturms, des Televisionsgebäudes und beim Kampf um das Parlamentsgebäude in Vilnius bleiben unvergessen.

Die Bundesregierung begleitete die litauische Unabhängigkeitsbewegung mit großer Sympathie. Mit dem Scheitern des Moskauer Putsches gegen Präsident Gorbatschow im August 1991 eröffnete sich der Weg für die Anerkennung der baltischen Staaten. Auf Initiative des damaligen deutschen Außenministers Genscher und seines dänischen Amtskollegen Ellemann-Jensen erfolgte am 27. August 1991 die Anerkennung der baltischen Staaten durch die EU-Mitgliedsstaaten. Bereits einen Tag später, am 28. August 1991, unterschrieben die Außenminister Deutschlands, Estlands, Lettlands und Litauens - im Beisein des Bundeskanzlers - die Dokumente über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Eine Woche danach überreichte der erste deutsche Botschafter in Vilnius sein

Beglaubigungsschreiben. Wieder eine Woche später besuchte eine erste deutsche Regierungsdelegation die drei baltischen Staaten, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten. Auf ihrer letzten Station wurde diese Delegation vom Bundesaußenminister eingeholt, der den baltischen Staaten vom 9. - 11. September 1991 einen Blitzbesuch abstattete. Dabei sprach sich Außenminister Genscher für eine Assoziierung der baltischen Staaten mit der Europäischen Gemeinschaft aus, und zwar ausdrücklich mit der Perspektive der Vollmitgliedschaft. Bald darauf initiierte er zusammen mit seinem dänischen Kollegen Ellemann-Jensen den Ostseerat, der im März 1992 gegründet wurde und als Katalysator einer flächendeckenden Zusammenarbeit in der Region - einschließlich der russischen Gebiete von St. Petersburg und Kaliningrad/Königsberg - dient.

Das deutsch-litauische Verhältnis hat sich seit der Wiederaufnahme der Beziehungen rasch weiterentwickelt. Die Grundlage der deutsch-litauischen Beziehungen bildet die Gemeinsame Erklärung vom April 1993. Probleme in den bilateralen Beziehungen gibt es nicht. Die Dichte der Begegnungen auf allen Ebenen ist heute eng, die Anzahl der hochrangigen Begegnungen eindrucksvoll. Bundespräsident von Weizsäcker besuchte Litauen im Oktober 1993. Parlamentspräsident Landsbergis wurde 1992 und Präsident Brazauskas 1994 und 1996 in Bonn empfangen. Der vertrauensvolle Dialog bewährte sich auch bei zahlreichen Gesprächen von Bundesaußenminister Kinkel mit Außenminister Saudargas oder Außenminister Gylys oder bei seinem Besuch in Litauen 1995. Ein erstes deutsch-baltisches Außenministertreffen fand im März 1993 in Bonn statt. Seit dem deutsch-baltischen Außenministertreffen am 28. August 1996 aus Anlaß des 5. Jahrestages der Wiederaufnahme der Beziehungen finden jährliche Konsultationen in dem sogenannten "3+1"-Rahmen statt. Mitte Februar 1999 besuchte Staatsminister Verheugen die drei baltischen Hauptstädte und unterzeichnete die jeweiligen Abkommen über visumsfreien Reiseverkehr im Schengen-Raum, die am 1. März 1999 in Kraft traten. Damit konnte dieser auch bilateral bedeutsame Diskussionspunkt nach jahrelangen Bemühungen erfolgreich gelöst werden. Einen Höhepunkt in den bilateralen Beziehungen stellte der Staatsbesuch von Bundespräsident Herzog in Litauen im Mai 1999 dar. Ein Jahr später - im Juni 2000 - setzte der erste Besuch eines deutschen Bundeskanzlers in Litauen ein

Zeichen, dass wir die Partnerschaft mit Litauen ernst nehmen und ausbauen wollen. Der Besuch verdeutlichte, dass vor allem in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erhebliches Potenzial steckt. Am 25. Januar 2001 empfing Bundesaußenminister Fischer in Berlin den litauischen Außenminister Valionis zu Gesprächen in Berlin und im Mai 2001 fand auf Einladung von Bundestagspräsident Thierse der Deutschlandbesuch von Parlamentspräsident Paulauskas statt. Eine ganze Reihe von Besuchen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene nach Litauen sowie Besuche von litauischen Politikern in Deutschland zu den verschiedensten Anlässen unterstreichen eindrucksvoll die Verbundenheit Deutschlands und Litauens. Daneben bestehen einige deutsch-litauische Städtepartnerschaften, von denen ich stellvertretend die Partnerschaft zwischen Erfurt und Vilnius und zwischen Lübeck und Klaipėda nennen möchte.

Auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Litauen entwickeln sich erfreulich. Der Handel zwischen unseren beiden Ländern hat sich seit 1993 mehr als verdreifacht. Der litauischen Regierung gebührt Anerkennung für die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen. Das Doppelbesteuerungsabkommen, das seit 1995 in Kraft ist, und der seit 1997 bestehende Investitionsfördervertrag haben die Investitionsbedingungen gerade für deutsche Firmen weiter verbessert. Zwar wurde die litauische Wirtschaft von den Auswirkungen der Finanzkrise in Russland stärker getroffen als die baltischen Nachbarn, jedoch entwickelten sich die Handelsbeziehungen bereits 1999 und 2000 schon wieder so gut, dass Deutschland heute zu den größten Handelspartnern Litauens zählt. Trotz der insgesamt guten Entwicklung des Handels und der Investitionen deutscher Unternehmen in Litauen in Höhe von 300 Millionen DM bis zum Jahr 2000 besteht nach wie vor ein großes Entwicklungspotenzial. Die deutsche Regierung weiß sehr wohl, dass Litauen sich noch mehr Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen wünscht, und tut daher ihr Mögliches, um das Engagement der deutschen Wirtschaft in Litauen und in der Ostseeregion zu verstärken. Dieses Anliegen war auch einer der Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft im Ostseerat, die im Juni 2001 zu Ende ging. Ich bin überzeugt, dass die deutsche Wirtschaft die Chancen, die die Perspektive der EU-Erweiterung bietet, in Litauen aktiv nutzen wird.

Hinsichtlich der kulturellen Beziehungen sind wir glücklich darüber, dass das Goethe-Institut seit April 1998 in Litauen vertreten ist. Auf die grosse Nachfrage nach Deutschunterricht reagieren wir mit der Entsendung von Fachberatern für die deutsche Sprache sowie Gastlehrern aus Deutschland. Auch die Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft (Deutscher Akademischer Austauschdienst, Alexander-von-Humboldt-Stiftung) entwickelt sich positiv. Erfreulich ist, dass wir mit entsprechenden Ressortabkommen über eine Grundlage verfügen, auf denen sich ein deutsch-litauischer Jugendaustausch vollziehen und vertiefen kann.

- III.** Hauptziel unserer Politik gegenüber Litauen und den anderen baltischen Staaten war und bleibt es, einen Beitrag zur Sicherung der Unabhängigkeit und zum Aufbau demokratisch-rechtsstaatlicher sowie marktwirtschaftlicher Strukturen zu leisten und sie an die europäischen und euro-atlantischen Institutionen heranzuführen.

Deutschland war und ist an den Entwicklungen im Ostseeraum unmittelbar interessiert. Das Ziel der deutschen Außenpolitik für den Ostseeraum ist klar: es geht um die Festigung von Stabilität, Sicherheit und Prosperität durch Zusammenarbeit. Dies beinhaltet insbesondere den möglichst raschen EU-Beitritt Litauens und der anderen baltischen Staaten sowie die Fortführung des Öffnungsprozesses des Nordatlantischen Bündnisses. Der Ostseeraum mit seinen ca. 100 Millionen Menschen besitzt großes politisches, wirtschaftliches und kulturelles Entwicklungspotenzial. Hier wird europäische Zukunft gestaltet.

Der Abschluss des Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union am 18. Juli 1994 und der Unterzeichnung des Europaabkommens am 12. Juni 1995, das am 1. Februar 1998 in Kraft trat, bilden wichtige Grundsteine der Beziehungen zwischen der EU und Litauen. Es waren aber vor allem die Leistungen der Litauer und der litauischen Politik, die dazu führten, dass Litauen beim Europäischen Rat in Helsinki die Einladung zu formellen Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union erhielt, die am 15. Februar 2000 aufgenommen wurden. Auf dem Europäischen Rat von Göteborg im Juni 2001 wurde zusätzlich klargestellt, dass die ersten Beitrittsländer bereits an den Wahlen zum Europaparlament im Jahr 2004 teilnehmen werden.

Ich denke, dass Litauen das Ziel des Abschlusses der Verhandlungen bis zum Ende des Jahres 2002 erreichen kann.

1998 habe ich in einem Beitrag für die Zeitschrift "Internationale Politik", den ich ganz bewusst unter die Überschrift "Nicht gegen Russland" stellte, deutlich gemacht, dass in meinen Augen nur ein Politikansatz Erfolg haben wird, der die Antwort auf die Grundfrage der Sicherheit im Ostseeraum nicht nur, aber vor allem in der Nutzung der Zusammenarbeitspotenziale der bestehenden Institutionen (Europäische Union, Europarat, WEU, NATO, OSZE, Ostseerat) bzw. in deren weiterem Ausbau (z.B. "Nördliche Dimension") sucht.

Diese Vorstellung findet ihren Ausdruck in den sorgfältig formulierten Sätzen, mit denen der Bundeskanzler sich im Juni 2000 auf seiner ersten Besuchsreise in die baltischen Staaten zur NATO-Mitgliedschaft der baltischen Staaten geäußert hat: "Garant eines friedlichen Zusammenlebens im Ostseeraum ist eine kooperative Sicherheitsarchitektur, die die Antagonismen der Vergangenheit wirklich überwindet. Diese Architektur muss alle Anrainerstaaten einbeziehen. Dies gilt auch für Russland." Und weiter "... die Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO ist Ausdruck des Rechts aller Staaten, die Wege selbst zu wählen, auf denen sie ihre Sicherheit gewährleisten wollen. Unser vorrangiges Ziel bleibt die Erhöhung der Sicherheit und Stabilität in Mittel- und Osteuropa insgesamt. Wir wollen keine neuen Gräben, sondern eine europäische Ordnung, die sicherheitspolitische Grau- und Trennzonen vermeidet. Für uns war es daher ein wichtiger Schritt, dass der NATO-Gipfel im April 1999 in Washington den Beitrittswunsch Estlands und der übrigen Beitrittskandidaten begrüßt hat."

Wir stehen zu den Beschlüssen von Washington und arbeiten intensiv an der Fortsetzung der Politik der "Offenen Tür". NATO- und EU-Erweiterung werden ein geeintes, sicheres Europa schaffen. Der Beitritt neuer Staaten zur NATO muss sich an den folgenden Elementen orientieren: Er muss Stabilität produzieren - wie es durch die Aufnahme der letzten drei Mitglieder der Fall war. Er muss die NATO stärken, damit sie ihre Aufgaben auch in Zukunft

so wirksam wahrnehmen kann wie bisher, und der Sicherheit in ganz Europa dienen. Wir haben in Washington bekräftigt, dass die neuen Mitglieder nicht die letzten sein werden. Deshalb wollen wir den Prozess der NATO-Öffnung bei unserem Treffen in Prag fortführen und die Verpflichtung von Washington erfüllen: "Die neuen Mitglieder werden nicht die letzten sein". Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist auch, dass sich künftige neue Mitglieder auf die Anforderungen einer Mitgliedschaft im Bündnis gut vorbereiten. Politisch bedeutet das u.a., dass die baltischen Staaten ein möglichst kooperatives Verhältnis zu Rußland anstreben sollten. Dabei wollen wir Deutschen im Gespräch mit Moskau mithelfen. Deutschland leistet seinen Beitrag zur Vorbereitung der Aspiranten aber auch im militärischen Bereich - bilateral ebenso wie im multilateralen Rahmen des Aktionsplans für die NATO-Mitgliedschaft (Membership Action Plan).

Seit 1992 leistet Deutschland umfangreiche materielle Unterstützungsmassnahmen und Ausbildungshilfe für die litauischen Streitkräfte. Seit 1994 gibt es ein Abkommen über die militärpolitische Zusammenarbeit unserer beiden Länder. Diese Leistungen werden in einem losen Gremium (BALTSEA) koordiniert. Die Aufstellung eines baltischen Bataillons für friedensbewahrende Maßnahmen unter dänischer Gesamtleitung (BALTBAT), eines Flugsicherungssystems unter norwegischer Federführung (BALTNET) und der Aufbau eines baltischen Marineverbands (BALTRON), bei dem Deutschland die Funktion der Lead Nation übernommen hat, gehören hierzu ebenso wie die Einrichtung einer baltischen Verteidigungsakademie (BALTDEFACOL), an der auch deutsche Offiziere studieren.

- IV.** Die deutsche Politik, einen substanziellen Beitrag zum Aufbau demokratisch-rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Institutionen zu leisten, findet vor allem in dem umfangreichen finanziellen Engagement Deutschlands in Litauen wie auch in den anderen baltischen Staaten ihren Ausdruck. Die bilaterale Unterstützung für Litauen vollzieht sich beispielsweise im Rahmen des "Transformprogramms" der Bundesregierung beim Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa. Im Zeitraum 1994 bis 2000 wurden für Litauen rd. 45 Mio. DM (2000: ca. 4,36 Mio. DM) zur Verfügung gestellt. Beratungsschwerpunkte dieses

Programms sind Regierungs- und Rechtsberatung mit Prioritätensetzung auf die EU-Beitrittsvorbereitungen, Förderung des Unternehmenssektors auch im Bildungs- und Forschungsbereich u.a. durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen oder Beratung im Agrarsektor. Die Maßnahmen sollen grundsätzlich zur Stärkung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen beitragen, um gegenseitige Märkte und Beschäftigungspotenziale zu sichern. Die Beitrittsvorbereitungen Litauens werden von Seiten der Europäischen Union finanziell durch die Programme PHARE, ISPA und SAPARD unterstützt, wobei ISPA und SAPARD erst seit 2000 gelten. Das Programm PHARE dient dem Verwaltungsaufbau und der Investitionsförderung, ISPA unterstützt Strukturprojekte und SAPARD die Umgestaltung und Modernisierung der Landwirtschaft. Für die erste Phase der Schließung von Block 1 des Kernkraftwerks Ignalina leistet die Bundesregierung einen bilateralen Beitrag von 7 Mio. DM, verteilt auf sieben Jahre. Darüber hinaus ist Deutschland über den Beitrag der EU-Kommission auch mittelbar an den Schließungskosten beteiligt.

Deutschland hat sich auch in anderen Bereichen engagiert, beispielsweise durch Unterstützung beim Aufbau des litauischen Auswärtigen Dienstes. Von 1992 bis 1998 erhielt Litauen jährlich 3 Mio. DM an finanzieller Hilfe für den Aufbau der Polizei und Sicherheitskräfte sowie materielle Hilfe (Abgabe von NVA-Material) beim Aufbau des Grenzschutzes. Litauen wurde darüber hinaus in die Aktivitäten der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit einbezogen. Im Bereich Beratung und Ausbildung in den baltischen Staaten sind neben der Bundesregierung auch zahlreiche Bundesländer - insbesondere Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen aktiv. Die deutschen politischen Stiftungen leisten wichtige Beiträge zur politischen Entwicklung in den baltischen Staaten.

- V. Litauen ist mit seiner guten Verkehrsinfrastruktur, seiner günstigen geographischen Lage und seinen gutnachbarschaftlichen Beziehungen in der Region eine wichtige Drehscheibe zwischen Westeuropa und den Märkten in Mittel- und Osteuropa. Die heutigen deutsch-litauischen Beziehungen, eingebettet in die Mitgliedschaftsperspektiven der Europäischen Union und der

Allianz, haben Modellcharakter in einem zusammenwachsenden Europa. Litauen trägt schon heute wesentlich dazu bei, dass die Ostseeregion insgesamt ein Raum der Zusammenarbeit und der Prosperität geworden ist, den ein dynamisches Entwicklungspotenzial auszeichnet. Für das nächste Jahrzehnt der deutsch-litauischen Beziehungen ist die Ampel deshalb dauerhaft auf "grün" geschaltet.

GERMANY AND LITHUANIA, 1917–1939

The modern times bear witness to the fact that the fate of Central and Eastern European nations was defined by two factors: internal, i.e. the will of those nations, or their determination about statehood; and external – the geopolitical field surrounding those nations.

The interrelation of these factors took extremely varied forms of expression within separate periods of the epoch. Nevertheless, at least from the second half of the 19th century, the nationalism of the small nations in that region urged the empires to look for new ways of ensuring smooth functioning of a legitimistic system. As one of these it turned to be the national principle evoked to protect the ethnographic specifics of dependent communities. Thus, the recognition of the ethnic nation status resulted in the diminishing of tension between nationalism and legitimism. The former acquired the right to open (legitimate) expression while the latter felt secure about its legal monopoly, as ethnicity, in the view of the law of that time, did not provoke state recession. On the basis of this circumstance, the heads of empires were able, depending on concrete circumstances, either to encourage humanisation of regimes or pave the way for the imperialistic aspirations of the regimes or, as it was demonstrated by the course of the First World War, to support both of these tendencies.

Concentrating on the specific Lithuanian case, it is necessary to emphasise that the initiative of statehood evolved from Lithuanians themselves. Their political potential was sufficient to seriously model various future prospects for Lithuania: from ethnographic autonomy of Lithuania and independence to unitary or confederate independence of the Grand Duchy of Lithuania. This cannot be left unnoticed, while it should not be overestimated either. The problem was created by the historical-legal relations with Poland and their consequences for Lithuania.

The real situation was such that a revival of those relations no longer guaranteed sovereignty for Lithuania. Thus Lithuanians were obliged to turn to the route of Russian-German speculations in quest of a compensation possibility for the Lithuanian-Polish relationship. On the other hand, it should be noted that it is just a general characteristic of the Lithuanian political trend. Separate groups – the right

(Nationalists, Christian Democrats) and the left (Social-Democrats and Democrats) – held their own views. The principal difference between these groups was that the right, in their programme based on the relationship between imperial legitimism and the national principle, did not leave any place for the historical and legal unitary tradition. While the left by their programme of abstract democratism softened the relationship with this tradition. It was within this particular environment that the Lithuanian political world “met” the First World War.

Despite the hostilities of war, German and Russian diplomats and politicians repeatedly tried to revive the Berlin-Petrograd axis. This was complemented with Germany and Russia trying to play the Polish card in 1914-1917. When the Panslavistic doctrine applied by Russia in respect to Poland was counterbalanced by Germany with the idea of Polish restitution, this created a theoretical possibility for separatist peace between the empires of the Hohenzollerns and the Romanovs. Its implementation depended on the situation at the frontlines, balance of political powers in the governing layers, and relations with the allies. Consequently, this created various direct implications on Lithuania.

In the autumn of 1915, Germany occupied the Northwest Provinces of Russia and formed a separate occupational *Oberost* region, which in essence corresponded to the boundaries of the Grand Duchy of Lithuania of 1795. A “liberal” national policy pursued within that territory was paralleled with the efforts to turn the region into an instrument of provocation against Russia, which enabled Germans to speculate with the rights of the ravaged Polish-Lithuanian state and at the same time disguise annexation plans.

That period revealed not only susceptibility of the Lithuanian politics to external factors but also a lack of immunity towards external influence. By means of projects-proclamations Lithuanians raised the issue of succession to the rights of the former Lithuanian State. Though these were independent actions, they objectively conformed to the interests of Germany and sometimes even openly appealed to them.

The further development of the Lithuanian position was also connected with the transformations of the German politics in Lithuania. When Russia failed to respond to the probe for separatist negotiations in the spring of 1916, in Germany this triggered disagreement over the methods applicable in the occupied territories. The pro-Polish Warsaw-Vilnius formula of Berlin was opposed to by the High Military Command in the East, which by means of territorial changes and ethnic purification

policy tried to reinforce the weight of Lithuanians and Belarussians in the *Oberost* region by eliminating the Polish element supported by Warsaw (Berlin). Thus, in the Lithuanian politics of that time there was a noticeable converge with Belarussian activists, with whom regular relations were maintained until 1917, as well as appearance of projects for independent or autonomous Lithuania within its ethnographic territories.

It should be noted that collisions in the German governing layers encouraged political struggle for dominance in Lithuania, as well as increased the Lithuanian-Polish antagonism.

In the period between the autumn of 1916 and spring of 1917, Germany again tried to make Russia sit down at the table of negotiation. The attempts were reinforced with a declaration of a non-limited Polish Kingdom, as well as new speculations with the Lithuanian-Curonian statehood. To support the latter case, a project for the restitution of the State of Lithuania, prepared by the Lithuanians in Switzerland, was employed. Neither the tsar nor the provisional governments responded to the German efforts. Nevertheless, their pressure left a significant mark in the politics of Russia, as well as in the political activity of the Lithuanians in Russia. The provisional governments did not include Lithuanians into the process of constitutional decentralisation of the state.

The Russian deafness triggered annexationist tendencies in Germany in regard to the *Oberost*. International events in the spring of 1917 forced Berlin to choose the tactics of incorporation based on the national principle and aimed at implementing a partial annexation of Lithuania and the Curonian lands. In the framework of its execution, a Council was formed in Vilnius that represented the ethnic Lithuanian nation. By questioning the prospects of statehood for a nation of such status, Germans hoped to influence the self-determination of Lithuanians and force them to accede to Germany. Nevertheless, the Council succeeded in successfully taking advantage of the dissent at the German ruling top, as well the changes in the international environment, and managed to quite definitely launch a formula of independent Lithuania with Vilnius (16 February 1918 Act), to legitimise the issue of Lithuanian statehood (inter alia, by acquiring an act of recognition from Germans on 23 March 1918), and, from April 1918, to commence a diplomatic struggle over the powers of state authority.

The activity of the Council paved the way for the search of concrete forms of Lithuanian sovereignty: a constitution of a monarchic state was prepared; an agreement with the Polish Regent Council was signed; efforts were made to find contacts with the Polish part of the society. These moves ought to be regarded as prerequisites for Lithuanian civil consolidation. On the other hand, it is necessary to note that the abovementioned acts of the Council were inspired also by the German imperial authorities and the Reichstag, who in the first half of 1918 were pursuing the so-called stabilisation programme in the Eastern Europe. When in August Germans started implementing the concept of conflict, the Council failed to maintain the necessary balance between the political worlds of the Lithuanians and Lithuania.

When the First World War was over, the relations between Germany and Lithuania were continued to be shaped by geopolitical factors, though there occurred cardinal change in the balance of powers. Already in 1918, Germany realised that it would no longer be able to exercise unconstrained control over Lithuania and permitted the Council to form a government and start preparing for the takeover of power in the country. At the same time Lithuanians were made to understand that Germany would not guarantee the frontiers of the future Lithuania, which suggested that Lithuanians would be left on their own to face the prospects of Polish and Russian (Soviet) expansion. The 11 November 1918 Compiègne Armistice Agreement abrogated the 1918 Peace Treaty of Brest-Litovsk according to which Russia had given up its Baltic Provinces, including Lithuania. As it is known, namely in the context of the Brest-Litovsk peace, Kaiser Wilhelm II signed an act for the recognition of Lithuania. Thus, the Compiègne Armistice as if also invalidated all the legitimisation of the Lithuanian statehood previously accomplished by Germany. The fate of Lithuanians seemed to resemble that of people clinging to a raft in stormy seas.

Though, indeed, that was also the time when new ideas started spreading – ideas of popular self-determination, the League of Nations, and collective security – however, the reality in the Eastern Baltic region was such that those ideas meant little against force.

Meanwhile, a new specific balance of powers was starting to take shape around Lithuania, which enabled the State of Lithuania to survive, albeit with quite a considerable inclination from the civil society and quite uncertain international prospects.

The Western Allies – the Entente and the United States of America – being the winners of the war and masters of the new order on the international arena, seemed inclined to support the newly established national states, including Lithuania, between the former Russian and German empires. On the other hand, the Allies respected the legitimate rights of their former partner – Russia. And the so-called legitimate Russia treated the Baltic region as its indivisible property. However, the situation became complicated as Russia was at that time engulfed by the Bolshevik anarchy.

Within this situation, the Western Allies chose to act in the Eastern Baltic region not so much ourselves, but through intermediaries, i.e. indirectly. Namely then the role of an intermediary was assigned to Germany. Its military forces were commissioned by the Western Allies to stop the advance of the Red Army, as the Allies believed that these forces, after they had accomplished their mission, could be without much difficulty returned to Germany.

It is necessary to note, though, that the reborn Poland was nurturing very strong claims in respect of Lithuania. Warsaw was underpinning its pretensions with historic rights, the prevailing Polish-speaking population in Vilnius region, and, finally, not of the least importance were the sentiments of the Polish leader Jozef Pilsudski for his native land. Nevertheless, this foreign policy direction of Poland was obstructed because the West recognised the rights of Russia to Lithuania. Though, notwithstanding the efforts of the civilised world, a legitimate Russia was never reborn.

Germany took advantage of the situation in a very peculiar way. At the very end of 1918, it gave the Lithuanian government a 100-million-mark credit, and a gradual formation of the Lithuanian army, as well as that the Lithuanian State itself, was made possible under the auspices of the German army. Though, Germany needed Lithuania not for some idealistic obligations, but rather as a bridge for expansion in the Eastern Baltic region and as a tool against Poland.

The German army – after long discussions in Berlin – did not risk liberating Vilnius from the Bolsheviks, leaving this mission to Poland, while itself made a move to the north-east, towards the historic Livonian lands. It could be said that these circumstances left a fatal mark on the entire subsequent development of events in the region. The links between the German army and the so-called Baltic Germans effectuated the strive to expand the German influence in Russia via the Eastern Baltic region, which provoked countervailing response not only on the part of Latvian and

Estonian nations but likewise from the Western Allies. In the outcome, the German troops, defeated in 1919 and returned to the East Prussia, became the breeding ground for the future Nazi revisionism directed against the entire Versailles peace system. Prerequisites were created for Polish expansion within the former territories of the Grand Duchy of Lithuania, with Vilnius included, which instigated fatal dissention between Lithuanians and Poles and produced another source for revisionism in the East. Thus, the famous Berlin-Moscow axis started evolving, with the Lithuanian Kaunas turning into its main point of transit.

For a while, the order of Versailles had a taming effect on the German military expansion, which, however, transformed into a development of economic and political power. By fanning the conflict between Lithuanians and Poles over Vilnius, Germany was undermining the barrier in the Eastern Baltic region designed by France, and also, by economically attracting Lithuania, Latvia and Estonia, Germany upset the plans of Great Britain to build via the Eastern Baltic region a trading route to Russia and divert the latter from the revisionist orientation. In January 1923, Germany managed to deal a significant blow to the Western Allies' posture in the Eastern Baltic region by managing to instigate Lithuanians to occupy Klaipėda region which was under the sovereignty of the Allies. Even though Lithuania, having accomplished the military offensive, seemed to lose courage and allowed the Allies to formally reclaim their rights, nevertheless, after the conflict was settled and Klaipėda region legitimately ceded to Lithuania on autonomous rights, the Allies' positions in the Eastern Baltic region were actually reduced even further. Thus, it was hardly unintentional that precisely in the summer of 1923, the British government decided not to interfere in the eventuality of an aggression against the Baltic states.

By encouraging Lithuania to occupy the Klaipėda region, Germany was seeking not only to weaken the positions of the Allies in that area, but likewise to create more favourable prerequisites for reclaiming the region by referring to the powerless Lithuania as simply a depository of those lands. Meanwhile, with the germanised Klaipėda region coming under the authority of Lithuania, there emerged a serious problem between Germany and Lithuania. With Germany seeking to preserve the existing structures as well as their own influence in the area, Lithuania at the same time was trying to speed up the effort at "re-lithuanising" the region, sometimes at criss-cross with the attitudes of autonomy. This continuously produced crises with the

resultant cases several times being brought before the League of Nations and once – in 1932 – even before the Hague Tribunal.

During the period of validity of the Weimar Constitution, the crises over the Klaipėda region were usually resolved by means of compromise. There also exists an attitude to regard the so-called *Ostpolitik* of the Weimar Republic as generally positive in respect of both Lithuania and the other two Baltic States. In addition to the undeniably positive German economic impact on the Baltic States, it is likewise impossible to ignore other dimensions, especially the geopolitical aspect. The German assistance, extended to Lithuania, as well as to Latvia and Estonia, was conditioned by the essential political interest – to prevent Western states, especially Poland, from reinforcing their influence in the region. Thus, the support, or even encouragement of the Lithuanian-Polish conflict rendered the tiny Baltic states geopolitically isolated and essentially vulnerable. The fact that the Weimar Republic also blocked the granting of guaranties to the Baltic States raises suspicions that not only the region of Klaipėda but all three Baltic states were relegated to the role of depository in the strategy of Berlin.

Still, it must be acknowledged that Germany's support of Lithuania against Poland helped the modern Lithuanian State to survive and enabled it to mature and balance between the superior neighbours – Germany, Poland and the Soviet Union. Though the main problem was that Lithuania, by adopting a destructive state-of-war posture with Poland on the one hand, while relying on the revisionism of Germany and the Soviet Union on the other hand, was shaping its own corresponding international image – not as much as that of a pacifistic entity among powerful neighbours, but more likely as a transient seasonal object.

With the Nazis coming to power, the German-Lithuanian relations were dealt a blow, though in perspective this disturbance only managed to reveal and accelerate the previously formed tendencies. Initially Lithuania launched quite a determined action against the Nazis in the Klaipėda region, even to the extent of open court processes against them in 1934. Nevertheless, the determination of Lithuania lasted only as long as there were any prospects for the so-called Eastern Pact formed by the USSR and France, which embraced Lithuania as well as the other two Baltic states. With the collapse of the system of the collective encirclement of Germany and with the so-called appeasement tendency gradually becoming prevalent, the determination of Lithuania melted (the convicted Nazis were being amnestied, and the fate of the

Klaipėda region was actually left at the disposal of Germany) and Lithuania, as well as the other two Baltic states, started drifting towards the policy of neutrality indicated by Berlin. This policy on the one hand provided Berlin with a certain cover for its aggressive aims and, on the other hand, isolated the Baltic states from all the remaining ties of collective assistance and turned them into an insignificant object for Hitler to dispose with as he wished – in 1939 he simply awarded them to Stalin.

Though indeed, the situation of Lithuania was to some extent different from its small neighbours. In respect to Lithuania, Germany had two versions in store: “the maximum solution”, i.e. incorporation of the whole of Lithuania, and “the minimum solution” – tear-away of the Klaipėda region. When on 22 March 1939 the “minimum solution” was implemented, the Lithuanian State again acquired a certain possibility of balancing among its powerful neighbours. The influence of Germany was counterbalanced by that of Poland being backed by Western states. Lithuania was included into the sphere of guarantees extended by Great Britain to Poland, and the name of Lithuania hardly featured in the negotiations between the Western states and the Soviets in the summer of 1939.

In accordance with the 23 August 1939 Molotov-Ribbentrop Protocol, Germany kept Lithuania for itself, probably expecting Lithuanians to take the first opportunity to make a move towards Vilnius. However, when Germany attacked Poland, Lithuania (under the influence of the Western states) withstood Berlin’s temptations and did not start a war against Poland. Lithuania without Vilnius did not satisfy Germany at that time – unlike in 1919 – and pursuant to the 28 September 1939 Molotov-Ribbentrop Protocol, Lithuania was transferred under the influence of the Soviets, with the exception of a part of Suvalkija which Ribbentrop managed to obtain from Stalin allegedly for “straightening out the frontier”. It could be presumed that it was done by the Nazis with an intention to provoke Stalin to do away with the State of Lithuania as soon as possible by cutting its territory in pieces. Stalin, however, took a different course. During the negotiations, which started in Moscow on 3 October 1939, he not only refrained from a threat by force (as he had previously done in respect to Estonia and Latvia), but even offered a deal: promised Vilnius in exchange for letting the Soviet Army enter Lithuania. In addition, Stalin straightforwardly revealed the essence (!) of the secret Molotov-Ribbentrop agreements to the Lithuanian delegation and suggested Lithuania itself (!) to cede upon agreement the relevant part of Suvalkija to Germany. Thus Stalin, aiming to

undermine the determination of Lithuanians, not only promised Vilnius but was also trying to discredit Germany in the eyes of Lithuania – perhaps before the international community as well – by presenting the former as a country that “was taking away from Lithuania” a part of its territory.

On having learned about the plans of the Soviets to reveal to Lithuanians the details of the secret agreements, Ribbentrop personally approached Molotov with a request not to do that, and when the Soviets disregarded his request, on 5 October, he ordered the German envoy in Kaunas to convey the following message to the Lithuanian government: in the negotiations with the Soviets he personally demanded that Vilnius was transferred to Lithuania, and that Germany had no interest in the issue of the annexation of Suvalkija. Nevertheless, the envoy was not instructed to inform Lithuania that it had been ceded to the Soviet Union.

Thus, it could be stated that Germany and the USSR found themselves in an adversary position over Lithuania. Theoretically it is possible to presume that Ribbentrop was trying to encourage Lithuanians to assume a more resolute stance in the negotiations with the Soviets and reject their demand over the establishment of Soviet military bases in Lithuania. It is clear that the Lithuanian delegation in Moscow failed to demonstrate any determination mostly because of inadequate statehood experience, but the abovementioned ploy of Ribbentrop remains one of the more interesting episodes in Germany’s geopolitical game with Lithuania in the period between the wars.

Translated by *Violeta Stankūnienė*

Deutsch-litauische Kulturbeziehungen

Ruth Leiserowitz

Dieses Thema ist glücklicherweise sehr vielfältig. So sehr, daß jede Erörterung unweigerlich subjektiv ausfallen muß. Wo sollte ich beginnen, um das bunte Geflecht dieser Beziehungen zu beschreiben?

Jeden Jahrgang meiner litauischen Geschichtsstudenten bitte ich einmal, alle historischen Nachbarstaaten Litauens aufzuzählen. Sie sind völlig verblüfft, wenn ich sie daran erinnere, daß auch Deutschland dazugehört. Heute ist Litauern in der Regel nicht bewußt, daß Litauen und Deutschland seinerzeit Nachbarländer, Nachbarstaaten waren. Diese geographische Lage gab seinerzeit Anlaß für viele Verbindungen und Entwicklungen.

Das heutige Litauen ist in meinen Augen (genau wie Deutschland) ein Land mit äußerst heterogenen Strukturen. Ich sehe es als Landstrich mit den drei Zentren Vilnius, Kaunas und Klaipeda, als historischen, architektonischen und kulturellen Dreiklang, der die Grundstruktur der baltischen Republik prägt. Interessanterweise läßt sich dieser Akkord auch auf das vorgegebene Thema der deutsch-litauischen Kulturbeziehungen übertragen. Beginnen wir im Westen des Landes in Klaipeda, dem alten deutschen Memel, dessen Fachwerkhäuser und rotgezielte Fiskalbauten bis heute an die preußische Ära der Region erinnern. Jetzt noch leben Vertreter der deutschen Minderheit in der Stadt und vor allem in den Dörfern der Umgebung. Hier existiert seit 1992 die Hermann-Sudermann-Schule, mit einem bilingualen deutsch-litauischen Bildungsangebot, übrigens die einzige ihrer Art in der baltischen Region. Auch die Universität hat hier einen Schwerpunkt auf einem deutschen Aspekt, der im "Forschungszentrum für westlitauische und preußische Geschichte" umgesetzt wird. Das deutsch-litauische Verhältnis ist in und um Klaipeda sehr regional orientiert, gegenwärtig aber auch besonders von der wechsellvollen Geschichte des Memellandes geprägt und beeinflusst.

Kaunas, die Mitte unseres Dreiklangs, das Zentrum Litauens in der Zwischenkriegszeit, eröffnet völlig andere Blickwinkel der deutsch-litauischen Beziehungen. Im alten Stadtzentrum wirkten deutsche Baumeister, gab es ein Hansekontor. Später siedelten sich deutsche Kaufmanns- und Handwerkerfamilien aus dem Nachbarland an, die den Grundstock der Evangelischen Gemeinde bildeten, deren Kirchturm sich heute klein und unscheinbar neben den anderen Türmen ausnimmt. Es gab eine direkte Zugverbindung Berlin-Kaunas, zwischen den Hauptstädten zweier Nachbarstaaten ganz selbstverständlich, und druckfrische aktuelle deutsche Presse gehörte zum täglichen Standard in der damaligen litauischen Metropole. Junge Litauer in Kaunas studierten und promovierten selbstverständlich in Leipzig oder Frankfurt. Die deutsche Bevölkerung verließ die Stadt im Januar 1941, wurde "Heim ins Reich" gebracht. Wer sich damals nicht für Deutschland entschied, mußte im Mai 1945 die sowjetischen Deportationszüge besteigen. Damit endete augenscheinlich das deutsche Kapitel in Kaunas. Heute gibt es in der Bibliothek der Stadt den "Bobrowski-Lesesaal" für deutsche Literatur.

Vilnius oder Wilna auf deutsch ist die Hauptstadt mit Sitz aller wichtigen ausländischen Institutionen. Hier prägen die Präsenz der Deutschen Botschaft und des Goethe-Instituts maßgeblich das Bild der kulturellen Beziehungen, wobei auch sehr vernetzt mit den Einrichtungen anderer Staaten gearbeitet wird. Ich erinnere nur an einen kulturellen Höhepunkt des Jahres 2000: Das Treffen der Literaturnobelpreisträger in Vilnius, die Begegnung von Günther Grass, Czeslaw Milosz und Wanda Szymborska. Diese fulminanten Veranstaltungen, von Litauern, Polen und Deutschen organisiert, zogen eine Vielzahl von Zuhörern in ihren Bann und belegten auf eindruckliche Weise, daß die Zukunft kultureller Beziehungen in der mehrfachen Vernetzung liegt.

So hat jede Region Litauens ihre eigene deutsche Dimension, einmal stark regional bezogen, im anderen Fall gespeist aus der Beziehung zweier Nachbarstaaten und im dritten

Fall hauptstädtisch orientiert, innerhalb der heute üblichen internationalen Zusammenarbeit. Und gerade hier, im Vorhandensein einer mehrfachen Dimension, liegt eine Besonderheit des deutsch-litauischen Verhältnisses, eine Situation, auf die nicht viele Länder verweisen können. Diese Pluralität im bilateralen Verhältnis mit ihren ganz unterschiedlichen Ebenen birgt aber auch einige Überraschungen.

Beschriebe man deutsch-litauische Kulturbeziehungen vom (geographisch) deutschen Standpunkt aus, dürfte das Litauische Kulturinstitut in Lampertheim nicht fehlen, spielte das Wirken von Personen eine wichtige Rolle, so von Vincas Bartusevicius bzw. Arthur Hermann, müßte man auf das Erbe der litauischen Immigranten in die Bundesrepublik eingehen. Ich beschränke mich hier hingegen auf eine westlitauische Dimension und beschreibe einige Aspekte aus meinen Erfahrungen, die auch durch Spannungsfelder des privaten und des öffentlichen Kulturverständnisses geprägt wurden.

Doch zuvor halte ich Rückschau, denn zwangsläufig ergibt sich die Frage: Woran wurde nach 1990 beim Aufbau der deutsch-litauischen Beziehungen angeknüpft ? Oder entstand alles in den letzten Jahren neu?

Auf welche Art und Weise ließen sich über fünfzig Jahre der nicht mehr vorhandenen Nachbarschaftsbeziehungen rekonstruieren?

In der DDR wurde die Freundschaft zur UdSSR zwangsverordnet. Ergebnisse mußten nach gewissen Planvorgaben vorgewiesen werden, wodurch es häufig genug zu kuriosen Varianten kam. Zum Glück bestand die Sowjetunion aus sehr unterschiedlichen Unionsrepubliken, worunter die baltischen bei der Kontaktpflege gewisse Präferenz genossen. Diese deutsch-sowjetische Freundschaft fand auf ganz verschiedenen Ebenen Ausdruck: Städtepartnerschaften, Gewerkschaftsreisen, Studentenaustausch und nicht zuletzt Literatur. Die DDR-Verlage mußten jährlich eine bestimmte Anzahl von Titeln aus dem sogenannten sozialistischen Ausland publizieren. So kam es, daß litauische Literatur recht zahlreich ins Deutsche übersetzt wurde und auch gewisse Publikumserfolge zeitigte. Icchokas Meras brachte es beispielsweise immerhin auf eine Viertelmillion verkaufter Exemplare. Heute mögen viele Litauer abwinken und behaupten, alles sei damals, in jener Epoche, nur Propaganda gewesen, die ohne wesentlichen Einfluß geblieben sei. Zweifelsohne ist aber ein Fundament und auch Interesse in der deutschen Bevölkerung geblieben, an das sich nach 1990 anknüpfen ließ. Zu dem verordneten Freundschaftsprogramm gehörte gleichermaßen die Verbreitung ostdeutscher Periodika und gesamtdeutscher Literatur im Baltikum. Es wurde viel deutsch gelesen und auch deutsch in der Schule gelernt.

Wer seinerzeit aus der DDR nach Sowjetlitauen kam, war in der Regel verblüfft über die Fremdsprachenkenntnisse und das kulturelle Selbstbewußtsein der Litauer. Andererseits war bei den Besuchern kaum Bewußtsein über die alten Kulturlandschaften des Baltikums vorhanden, aber mit kundiger Führung gelang es, vieles wieder zu entdecken.

Warum erwähne ich alles das?

Die Entstehung vieler kultureller Erscheinungen in Litauen, die uns Außenstehenden (bzw. Deutschen) heute bemerkenswert und interessant erscheinen, wird häufig irrigerweise in den Anfang der neunziger Jahre datiert. Dabei reicht die Vorgeschichte in verschiedenen Fällen weiter zurück und illustriert auch litauische Courage im Kampf um die Bewahrung ihres Kulturverständnisses.

Ein außerordentliches Beispiel für die angeführte Behauptung ist die Geschichte des Thomas-Mann-Hauses auf der Kurischen Nehrung, das in der sowjetlitauischen Zeit auf Initiative litauischer Schriftsteller wiederhergestellt und gepflegt wurde. Die erweiterte Rekonstruktion 1996 und die gleichzeitige Eröffnung eines Kulturzentrums in dem Sommerhaus gründeten sich auf litauische Initiativen und hatten ihr Fundament in der großen Akzeptanz des Hauses in der spätsowjetischen Ära.

Die kleine Dauerausstellung in dem Haus zog schon in den siebziger Jahren Tausende von Besuchern an. Die Bedeutung dieses Schriftstellers und seiner Werke in der sowjetischen

Zeit läßt sich für Außenstehende kaum ermessen. Der Name besaß (und besitzt!) unter den baltischen Intellektuellen eine große symbolische Kraft. Die Mannschen Schriften hatten in der Zeit des Sozialismus und der geistigen Weltabgeschiedenheit wichtige Funktionen. Standen beispielsweise die Werke von Friedrich Nietzsche und Sigmund Freud auf dem Index, konnte man auf der Terrasse des Thomas-Mann-Hauses, weitab von der Hauptstadt, im politischen Windschatten, über den Nietzsche-Essay des Hausherrn oder seinen Briefwechsel mit Freud debattieren. Zu dem Kreis der diskutierfreudigen Gäste zählten viele Personen, die später in der Wiederunabhängigkeitsbewegung führende Rollen einnahmen. Insofern ist Thomas Mann in der sowjetischen Zeit ein Schirmherr der unabhängig denkenden litauischen Intellektuellen gewesen.

So entwickelte das Mannsche Sommerhaus eine ganz eigene litauische Geschichte, gewann eine eigene Bedeutung, von der heute viele ausländische Besucher nichts ahnen, wenn man es ihnen nicht erklärt und sie auf die entsprechenden Exponate in der jetzigen Ausstellung hinweist.

Nach 1990 war bei den Litauern das Interesse an Einbettung in westlichen Kulturkontext groß, man versuchte auf Gemeinsamkeiten abzuheben, die die deutsche Seite vom Westen kommend oft gar nicht so deutlich sah, da viele Dinge durch ihre noch sowjetische Fassade äußerlich doch sehr verschüttet schienen.

Die Summe der deutsch-litauischen Kulturerfahrungen mit ihrem zwangsläufigen Bodensatz an Stereotypen im letzten Jahrzehnt ist beträchtlich. Es wurde einiges Identitätsstiftendes in Gang gesetzt. Ich denke nur an die Vielzahl von deutsch-litauischen Partnerschaften auf Schul-, Kommunal-, Verbands- und Vereinsebenen. Mich hat die Lebendigkeit dieser Verbindungen in ihrer Verschiedenartigkeit immer wieder positiv überrascht (In gewisser Weise stellt das Thomas-Mann-Haus auch einen Spiegel des deutsch-litauischen Verhältnisses dar, denn litauische Gastgeber zeigen ihren deutschen Gästen gern das Sommerhaus in Nida und so erlebt man dort die Beziehungen zwischen den beiden Nationen in ihrem ganzen Spektrum - vom Kirchengemeindetreffen bis hin zur Parlamentarierdelegation).

Sprache und Sprachunterricht spielen für den Kulturtransfer eine wesentliche Rolle. Immer wieder läßt sich auch beobachten, daß die Verschränkung von Sprache und Kultur in der Vermittlung gut funktioniert und es auch (besonders dank der Sprachkurse auf dem Bonner Annaberg) zunehmend junge Deutsche gibt, die Litauisch können und wesentliche Mittlerrollen im bilateralen Verhältnis übernommen haben. Oft arbeiten sie als Lektoren des DAAD oder der Bosch-Stiftung. Gerade sie wirken auf eine junge Zielgruppe und können in ihrem Unterricht eine kulturelle Dimension verwirklichen, wobei besonders ihr Engagement und ihre Kreativität von den litauischen Studenten geschätzt werden. Aber auch nach dem Ende ihres Lehrauftrages bleibt im häufigsten Fall ein Interesse und Engagement für kulturelle Verknüpfungen oder die Literatur oder die Geschichte des Gastlandes.

Beim Kulturaustausch sind die Erwartungen an die andere Seite auch subjektiv und vor allem emotional geprägt. Häufig wird die Erwartungshaltung dann gebrochen, weil etwas völlig unerwartetes geschieht.

Ich greife wieder auf mein Beispiel des Thomas-Mann-Hauses zurück. Im Sommer strömen die Besucher in Scharen in das kleine Holzhaus, unter ihnen häufig die Teilnehmer von deutschen Pauschalreisen, die in einer Woche durch das gesamte Baltikum führen, mit einer Übernachtung auf der Kurischen Nehrung und einer Visite von 15 Minuten im Thomas-Mann-Haus. Was erwarten die deutschen Busgäste dort? Normalerweise einige Einzelheiten über Thomas Mann und seine Sommeraufenthalte und das deutsche Engagement in dem Haus. Wie groß ist ihre Verblüffung, wenn sie erfahren, daß das Haus einen wesentlichen Teil seiner Geschichte in der sowjetlitauischen Zeit erlebt hat, daß es Litauer waren, die das Haus und seine Aura bewahrt haben. Und so wird plötzlich ein Stereotyp gebrochen. Eine andere große Besuchergruppe stellen litauische Schulklassen dar, die an Wandertagen in Scharen durch das Haus strömen. Ihre Lehrer haben ihnen erzählt, daß schon sie als Schulkinder

Ausflüge zum Thomas-Mann-Haus unternahmen. Aber wie groß ist ihre Verblüffung, wenn sie die zahlreichen deutschen Besucher dort erleben. Häufig fragen sie, warum gerade so viele Deutsche auf die Kurische Nehrung kommen. Dann erfahren sie etwas über die wechselvolle Geschichte dieses Landstriches, die bisher in ihren Augen nur als ein Ferienparadies der Vermögenden erschien und nun einen historischen und kulturhistorischen Aspekt hinzugewinnt.

Wer ein Plakat von einer deutschen Kulturwoche in Klaipeda, noch dazu mit dem Konterfei des Ännchen von Tharau sieht, erwartet Heimattänze und betuliche Vorträge zu Simon Dach. Stattdessen gibt es u.a. eine musikalische Performance von litauischen und deutschen DJs sowie eine Ausstellung zum jüdischen Leben in der Region. Wieder werden Stereotype gebrochen, Erwartungen nicht in der gewohnten Weise bedient, aber dafür Neugier geweckt. Dadurch bleibt ein positiver Spannungsbogen in der kulturellen Szene, können sich immer neue kulturelle Dimensionen entfalten.

So lassen sich einige Dinge von der Westküste Litauens sehen. Wandert der Blick herüber in die litauische Hauptstadt mit ihren großen und erfolgreichen Veranstaltungen, ich erinnere hier nur an den "Kinofrühling", der seinerzeit auf Initiative des französischen und des deutschen Kulturattachés aus der Taufe gehoben wurde, wage ich zu behaupten, daß wir uns künftig immer weniger auf eine deutsch-litauische Kulturbeziehung oder auf andere bilaterale Verbindungen beschränken werden. Die Zukunft gehört den vielfältigen kulturellen Netzwerken, in denen man gemeinsam auf neue Partner zugehen kann.

Was die Deutschen über Litauen wissen

Kęstutis Petrauskis

“Die Litauer sind mittelgroße, blauäugige, blonde Menschen. Sie sind keine Slawen; ihrem Äußern nach stehen sie der germanischen Rasse nahe. Die zahlreichen Kinder sind häufig flachsblond. Die Frauen und Mädchen sehen besonders in ihrem Festtagskopftuch oft sehr ansprechend aus. Bei Festlichkeiten legen sie in manchen Gegenden hübsche bunte selbstverfertigte Haarbänder und Gürtel an. Die meisten Litauer sind Bauern und Arbeiter; sie sind große Pferdefreunde und vortreffliche Züchter ihres kleinen, genügsamen, dauerhaften Pferdes. Vor jedem Haus sieht man einen Vorgarten mit vielen bunten Blumen und einigen Hopfenstauden (für das Hausbier). Sie sind Katholiken, während die preußischen Litauer evangelisch sind. Der Lebensweise nach sind sie sehr genügsam; Fleisch essen sie selten, im Gegensatz zu den Juden, die zum unmäßigen Fleischgenuss neigen. Zum Klang der Balaleika singen sie gern ihre etwas eintönigen schwermütigen Weisen”, - so hatte der Stabsarzt der Ostfront R. Schlichting und Leutnant L. Osmann¹ im 1917 in Kaunas herausgegebenen mit Bildern der Städte und Dörfer illustrierten Buch “Bilder aus Litauen” geschrieben.

Siebenhundert Jahre währte die deutsch-litauische Nachbarschaft. Obwohl nach der III. Teilung der polnisch-litauische Staat von der Weltkarte verschwand, wurden die Kontakte zwischen dem an Russland angegliederten Litauen und Preußen, dessen östlicher Teil noch Kleinlitauen genannt wurde, nicht unterbrochen. Ende des 19. Jh. waren die preußischen Städte Tilsit und Königsberg, an deren Universität im Laufe der Jahrhunderte mehrere litauische Intellektuelle ihre Ausbildung bekommen haben, zu wichtigen Zentren der Wiedergeburt des Litauertums geworden. Hier wurden Schriften in litauischer Sprache herausgegeben und illegal in das dem Russischen Reich gehörende Litauen gebracht. Deswegen kannte man die Litauer in Preußen ganz gut. Durch dieses Land führte der Weg der Exillitauer nach Amerika. In die Häfen von Ostpreußen, vor allem nach Klaipėda brachten die litauischen Bauer ihre Produkte.

Dennoch wußte man in Deutschland vor dem I. Weltkrieg recht wenig über Litauen. Erst als die deutsche Armee 1915 Litauen besetzte, wurden die Forderungen, die baltischen Länder von Russland zu trennen und an das Deutsche Reich anzuschließen, immer deutlicher. Auf solche Weise wollte man eine militärisch-politische Hürde zwischen Deutschland und Russland aufbauen.

Solche Ideen waren nicht neu. Bereits 1848 und auch während des Krim-Krieges hatte man in Deutschland mit den Gedanken gespielt, „die darauf hinausliefen, die Völker der russischen Westgebiete zu befreien und so Russland zu schwächen“. Der Philosoph Eduard von Hartmann (eventuell von Bismarck beeinflusst) hatte 1887 und 1888 in zwei Berichten erklärt, wie Russland durch Abtrennung von seinen westlichen Territorien zu schwächen ist. Der Vertreter der pangermanischen Bewegung Kraeger brachte 1894 die Forderung zum Ausdruck, Deutschland solle die Territorien bis zum Ladoga-See und bis zu den Flüssen Dnjepr und Don besetzen. 1896 legte Hans Delbrück den Teilungsplan des geschwächten Osmanischen Reiches vor. Einen größeren Teil sollte Russland bekommen, dafür aber die baltischen Länder

¹ R. Schlichting, L. Osmann, *Bilder aus Litauen* (Kaunas, 1917), S. 33-34

abtreten. Bis zum I. Weltkrieg hatte aber niemand mehr solche Absichten zum Ausdruck gebracht.²

Während des I. Weltkrieges interessierte man sich immer mehr für Litauen. Die militärische und politische Reichsführung startete eine Aktion mit dem Ziel, den Deutschen das bisweilen noch unbekanntes Volk und seine Territorien vorzustellen. Besonders aktiv wurde diese Aktion nach dem endgültigen Beschluß der Reichsführung vom November 1916, Litauen und Kurland von Russland zu trennen, um eine „bequemere strategische Grenze“³ festzusetzen.

Auf ähnliche Weise handelten auch die damaligen Politiker Litauens. Beispielsweise hielt der Vorsitzende des Litauischen Rates Antanas Smetona Ende 1917 während seines Besuches in Berlin einen Vortrag für die deutsche politische und Wirtschaftselite in dem berühmten, vor kurzem wiederaufgebauten Hotel „Adlon“. Dabei schilderte er die Vision des zukünftigen unabhängigen Litauens, genauer gesagt, brachte seine Meinung über die Grenzen des damaligen und des zukünftigen ethnographischen Litauens zum Ausdruck.

„Das alte große Litauen wird allerdings nicht mehr erstehen, aber ein neues Litauen ist im Werden, das zwar viel kleiner sein wird als das alte, aber trotz der Not und des Elends, doch zuversichtlich in die Zukunft schaut. Obwohl wir Litauer die nächsten Nachbarn der Deutschen sind, so wußten diese doch von uns so gut wie nichts. Bei den Deutschen bestand die Meinung, daß jenseits des Njemenflusses das rückständige Russland beginnt. Damit war die Kenntnis im allgemeinen erschöpft. Zwar machten verschiedene Gelehrte die Wissenschaft im 19. Jahrhundert mit unserer interessanten alten Sprache, mit unserem Volkstum und den Spuren unserer Vergangenheit bekannt, aber diese Entdeckungen blieben auf einen kleinen wissenschaftlichen Kreis beschränkt“, - sagte am 13. November 1917 im Hotel „Adlon“ der zukünftige Präsident Litauens A. Smetona.⁴

Tatsächlich wurden die Kontakte zwischen Litauen und Deutschland in der Zwischenkriegszeit deutlich vertieft, weil beide Länder unmittelbare Nachbarn waren und eine gemeinsame Grenze hatten. Hunderte von litauischen Studenten genossen das Studium an den deutschen Universitäten. Deutschland war eines der wichtigsten Außenhandelspartner Litauens. Im Allgemeinen waren die Kontakte und die Zusammenarbeit sehr eng.

„Die Deutschen und Deutschland wurden in der litauischen Presse und in der Literatur nie als besonders gute Freunde Litauens vorgestellt. Andererseits blieben die negativen Wertungen der Deutschen in dieser Zeit immer im Schatten des Feindes des litauischen Volkes Nummer eins - Polens“, - schrieb der Historiker Alvydas Nikžentaitis in dem Artikel „Das Bild der Deutschen in Zwischenkriegslitauen“⁵ über den Wandel der litauischen Einstellung zu Deutschland von der positiven zur recht kritischen und skeptischen nach Hitlers Machtübernahme.

Andererseits kann man das Gleiche auch über das Bild der Litauer in Deutschland sagen. Dieses Bild wurde durch die Stimmungen in Deutschland in der Zwischenkriegszeit, durch „die Suche nach historischen Argumenten für die Rückgabe der nach dem Ersten Weltkrieg verlorenen Territorien sowie das Streben

² B. Mann, *Die baltischen Länder in der deutschen Kriegszielpublizistik 1914-1918* (Tübingen 1965), S. 34

³ W. Basler, *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914-1918* (Berlin 1962), S. 61.

⁴ Antanas Smetona, *Die litauische Frage* (Berlin 1917), S.4.

⁵ Alvydas Nikžentaitis, *Das Bild der Deutschen in Zwischenkriegslitauen. Die Deutsche Volksgruppe in Litauen* (Hamburg 1998), S. 253

nach Festigung des nationalen (besonders deutschen) Bewußtseins der Bevölkerung in den verlorengegangenen Gebieten“⁶ geprägt.

Als die Sowjets Litauen besetzten und nach dem II. Weltkrieg einen Teil Ostpreußens an sich gerissen hatten, war die traditionelle siebenhundert Jahre lange unmittelbare Nachbarschaft unterbrochen worden. Nur die ältere Generation besonders die ehemaligen Bewohner Ostpreußens behielten Litauen in Erinnerung. Wie A. Smetona treffend bemerkte, hatten 1988 die meisten Deutschen Litauen neu zu „entdecken“.

Kontakte zur Okkupationszeit

“Die Bundesrepublik Deutschland hat völkerrechtswidrige Annexion Litauens und der beiden anderen baltischen Staaten nicht anerkannt. Daher ist vom Bundesministerium des Innern seit ihrer Errichtung die im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt der Standpunkt vertreten worden, daß die sowjetische Annexion der baltischen Staaten weder vom ehemaligen Reich noch von der Bundesrepublik (de jure) anerkannt worden sei, und daß sie daher ihre Völkerrechtssubjektivität nicht eingebüßt hätten.”⁷

Unter solchen Umständen ist es tatsächlich schwierig sich engere Kontakte zwischen Litauen und der Bundesrepublik Deutschland vorzustellen. Zur Sowjetzeit wurden etwas engere Beziehungen nur mit Ostdeutschland, der ehemaligen DDR erlaubt. Genauer gesagt, unterhielt die DDR Kontakte mit der Sowjetunion und im Rahmen dieser Beziehungen wurde die Zusammenarbeit mit den Sowjetrepubliken angeknüpft. Die Bezirke Schwerin, Erfurt und Rostock unterhielten mit Litauen recht enge Kontakte. Die Stadt Vilnius gründete eine Partnerschaft mit Erfurt. Manche Hochschulen pflegten ebenfalls gute Kontakte miteinander, z.B., die Pädagogische Hochschule in Erfurt und das Pädagogische Institut in Vilnius. 1972 erschien das Buch von Gerhard Walter „Wie Bernstein und buntes Glas – ein Mosaik der Litauischen Sowjetrepublik“. Selbstverständlich war es der Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien gewidmet. Immerhin wurde es dort erwähnt, daß 1965 in Erfurt die litauische Kulturwoche veranstaltet wurde, die die „Vorteile der leninistischen Nationalpolitik“ bekunden sollte.⁸ Es gilt auch weitere Partnerschaften zu nennen, nämlich, zwischen der Architekturhochschule Weimar und der Ingenieurhochschule Vilnius, zwischen der Medizinischen Akademie Erfurt und der Universität Vilnius. Enge Kontakte waren zwischen der Moritz-Arnd-Universität zu Greifswald und der Universität zu Vilnius geknüpft. 1967 fand der erste Studentenaustausch statt. Mehrere Germanisten absolvierten ihre Auslandspraktika an der Universität zu Greifswald. Auch heutzutage wird an den Universitäten zu Greifswald, Bonn und Münster die litauische Sprache unterrichtet.

In der DDR wurden einige Bücher litauischer Autoren herausgegeben. Es waren Werke von Vytautas Petkevičius, „Der Schlangenblick“ von Saulius Tomas Kondrotas, „Sara“ von Ickokas Meras, sowie litauische Volksmärchen.

Auf der akademischen Ebene unterhielt man Beziehungen zu West-Deutschland. Noch heute sind einige lituanistische Zentren tätig. Eines der wichtigsten ist die Universität Marburg, der Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte, der den baltischen Staaten recht viel Aufmerksamkeit schenkt. Noch bedeutender ist das Herder-Institut in Marburg. Die Erforschung der Geschichte der baltischen Staaten gehört zu einem der wichtigsten Tätigkeitsbereiche dieses Instituts. Lange Jahre arbeitete hier der berühmte litauische Kulturhistoriker Povilas Rėklaitis.

⁶Nikžentaitis, *Das Bild*, S.250.

⁷B. Meissner, *Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Litauen vor der Wiederherstellung der Staatlichen Unabhängigkeit. Die Deutsche Volksgruppe in Litauen* (Hamburg, 1998), S. 368

⁸G. Walter, *Wie Bernstein und buntes Glas – ein Mosaik der Litauischen SSR* (Berlin 1972), S. 139

Längere Zeit spielte die Universität zu Bonn auch eine wichtige Rolle als Forschungsstätte der litauischen Geschichte. Dort unterrichtete der bekannte litauische Historiker Zenonas Ivinskis, der sich mit der Epoche des Feudalismus befaßt hatte. Nach seinem Tode wurde die Forschung der baltischen Staaten nicht mehr in dem früheren Umfang fortgesetzt und verlor an Bedeutung.

Mittlerweile sind neben der Universität Marburg auch andere wichtige Zentren der Geschichtsforschung der baltische Staaten zu erwähnen, nämlich, die Universitäten Greifswald, Frankfurt am Main sowie die Ostseeademie in Travemünde und das Norddeutsche Kulturwerk in Lübeck.

In Westdeutschland wurden einige Werke der litauischen Geschichte herausgegeben. Einige davon hatten mehrere Auflagen, z.B. das Buch von Manfred Hellmann „Grundzüge der Geschichte Litauens“, Darmstadt, 1976 und das Buch von Georg von Rauch „Geschichte der baltischen Staaten“, München, 1977.

Kulturbeziehungen

Die ersten Tage der deutschen Kultur sind in Litauen, Lettland, Estland noch im Jahr 1993 veranstaltet worden. Daraufhin wurden auch die litauischen Kulturtage in verschiedenen Städten Deutschlands organisiert. Man kann hier die Litauischen Kulturtage im Saarland und in Hessen erwähnen und auch den Kulturaustausch zwischen Berlin und Vilnius hervorheben.

Jedes Jahr werden in Deutschland Dutzende verschiedener Veranstaltungen, Konferenzen, die den Baltischen Staaten, darunter auch Litauen gewidmet sind, veranstaltet. Zu diesen Veranstaltungen kommen Wissenschaftler aus Litauen und viele deutsche Wissenschaftler kommen auch nach Litauen.

Die litauischen Autoren können sich nicht rühmen, daß sie ins Deutsche übersetzt und dann herausgegeben werden. Erst 2001 hat der Hamburger Rospo-Verlag eine Gedichtsammlung von Tomas Venclova genannt „Vor der Tür das Ende der Welt“ herausgegeben, die in „Frankfurter Allgemeine“ positiv besprochen wurde.⁹

Die Deutschen sind das am meisten reisende Volk in Europa, und in der Welt gehen die Deutschen nur den Amerikanern nach. Jedes Jahr geben die Bürger Deutschlands über 100 Mrd. DM für die Reisen aus.¹⁰

Tausende Touristen aus Deutschland besuchen jedes Jahr Litauen. Die meisten besuchen die Kurorte an der Ostsee – Neringa, Klaipėda, Nida. In Nida wurde mit Unterstützung der Bundesregierung das Sommerhaus von Thomas Mann restauriert, in dem sich jetzt das den Namen des Schriftstellers tragende Kulturzentrum untergebracht ist.

Einen großen Teil der ankommenden Touristen bilden die sogenannten Heimwehtouristen, das sind die Deutschen, die einst im Klaipėda-Gebiet wohnten oder ihre Nachkommen. Viele deutsche Touristen besuchen auch Vilnius, Kaunas und andere größere Städte Litauens. In der deutschen Presse kann man öfters mehrere Reiseberichte über Litauen finden.

Wichtigste Quelle: Presse

Man sagt, daß die beste Nachricht ist, wenn es keine Nachrichten gibt. Vor einem Jahrzehnt stand der Name Litauens auf den ersten Seiten der deutschen Zeitungen. Derzeit hat das Interesse etwas abgenommen. Aber da die EU-Beitrittsverhandlungen

⁹ *Frankfurter Allgemeine*, Nr.90, 2001

¹⁰ *Die Welt*, Nr.96, 2001,

und die heranrückende EU-Erweiterung immer intensiver wird, hat die deutsche Presse Litauen wieder entdeckt.

„Der Spiegel“ Journalist Reinhard J. Krumm, der lange Zeit als dpa-Korrespondent in Vilnius tätig war, betont, daß sich die Deutschen besonders für „die Geschichte der drei baltischen Republiken seit 1939, besonders die Jahre der deutschen Besetzung von 1941 bis 1944 interessieren. In Litauen kommt noch die Besonderheit hinzu, eine große jüdische Bevölkerung gehabt zu haben, die fast vollständig umgekommen ist. Dabei war Litauen, darüber haben wir ja gesprochen, nicht nur Opfer, sondern auch Täter. Weitere Themen aus dem Baltikum sind die EU- und NATO-Osterweiterung und die Reaktion Russlands. Deutsche Politiker verhalten sich unsicher, nicht zuletzt durch den langen Schatten des Molotov-Ribbentrop-Vertrages und des geheimen Zusatzprotokolles. Dabei ist die Haltung der Bundesregierung klar: EU-Osterweiterung - so schnell wie möglich, Nato-Osterweiterung vorerst nur bei positiven Signalen aus Moskau“.

R. Krumm, der die baltischen Staaten sehr gut kennt, schreibt oft über die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse Litauens. Das Thema des sowjetischen Nachlasses und des Einflusses der Besetzung auf die litauische Gesellschaft blieb auch nicht unbemerkt. Diesem Thema wurde auch der Artikel von R. Krumm über den Grūtas-Park gewidmet.¹¹

R. Krumm hat einst geschrieben: „Die Deutschen haben insgesamt eine sehr positive Einstellung gegenüber den Balten, die Unterschiede zwischen Esten, Letten und Litauern ist allgemein nicht bekannt, wobei die Gründe unklar sind. Vielleicht ist es die Solidarität mit den Schwächeren, gegenüber Russland, vielleicht das schlechte Gewissen, vielleicht die wunderschönen Städte und Landschaften, so banal das auch klingen mag. Denn damit widersetzt sich das Baltikum dem allgemeinen Vorurteil, der Osten sei dunkel, schmutzig und gefährlich. Das besondere an Litauen im Vergleich zu Letten und Estland ist die geographische Lage als Nachbar des Kaliningrader Gebiets. Das wird immer wieder Anlass für russische Reaktionen sein, denn die Entwicklung der russischen Exklave ist eng mit Litauen verbunden. Wird Kaliningrad zu einem Muster-Gebiet Russlands oder eine ewig geschlossene Garnison?“

Wirtschaftlich sind alle drei baltischen Republiken zu beobachten, weil sie sich als Drehscheibe zwischen Russland und dem Westen sehen und tatsächlich Transitländer sind. Öl ist dabei ein wichtiger Faktor. Versucht Russland wirtschaftlich Einfluss zu nehmen, zum Beispiel Lukoil in Raffinerien, Pipelines und Häfen?“

Im Herder-Institut zu Marburg bewahrt man noch das in den Vorkriegsjahren gesammelte „Welt-Wirtschafts-Archiv“ von Hamburg auf. In diesem Archiv sind praktisch alle in der Zwischenkriegszeit veröffentlichte Berichte über Litauen in der deutschen Presse gesammelt worden. Der Umfang dieses Archivmaterials zeugt davon, dass auch zu dieser Zeit für Litauen ein großes Interesse geschenkt wurde. Und das sowohl für die politischen Verhältnisse im Hintergrund der Fragestellung des Klaipėda-Gebietes, als auch für die wirtschaftlichen Beziehungen. Man kann aber auch viele Berichte zum Thema des Kulturaustausches sowie viele publizistische Artikel finden.

Auch gegenwärtig werden im Archiv des Herder-Instituts die wichtigsten Artikel über Litauen gesammelt. Interesse für Litauen zeigen die größten deutschen Zeitungen, wie „Frankfurter Allgemeine“, „Die Welt“, „Süddeutsche Zeitung“ und die Zeitschriften „Der Spiegel“ und „Focus“. Im deutschen Fernsehen, obwohl auch nicht so oft, laufen

¹¹ *Der Spiegel*, Nr.18, 2001,

Sendungen über Litauen. Es ist nicht nur die bekannte Fernsehserie über die Suche des berühmten „Bernsteinzimmers“ in Nida gemeint, sondern auch die Reportagen zu aktuellen öffentlich-politischen Themen.

Welches Bild Litauens wird in den deutschen Massenmedien geprägt? Die Tatsache, dass 38% der Deutschen, laut Angaben der öffentlichen Meinungsumfrage von „Eurobarometer“, die rasche Aufnahme Litauens in die EU unterstützen, zeugen davon, dass die Einstellung nicht so hoch positiv ist. Natürlich wird die Meinung nicht durch Massenmedien beeinflusst, sondern auch durch die anderen Institutionen, eine besonders große Rolle spielen dabei die Politiker.

Man kann einige Etappen unterscheiden, wie sich die politische Stellungnahme Deutschlands zu den Baltischen Staaten im Laufe der Zeit geändert hatte.

„Zu Litauen vereinbarten wir, Präsident Landsbergis in einem gemeinsamen Brief aufzufordern, mit Michael Gorbatschow in Verhandlungen zu treten. Gleichzeitig beabsichtigen wir, auch den sowjetischen Generalsekretär über unseren Schritt zu informieren. Wir waren uns einig, daß die Vorgänge in Litauen lebensgefährlich für Gorbatschow werden konnten, wenn daraus eine Kettenreaktion entstand und zum Beispiel die Ukraine davon ergriffen wurde. Dies hätte nach unserer Überzeugung unweigerlich zu einer Machtergreifung des Militärs in Moskau geführt“, schrieb der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl.¹²

Ein Teil der deutschen Öffentlichkeit bekannte sich zu dieser Position der Bundesregierung. Man befürchtete, daß die Ereignisse in Litauen das nationale Ziel – die Einigung Deutschlands – behindern würde. Aber viele Deutsche, so R. Krumm, solidarisierten sich mit Litauen und anderen Baltischen Staaten.

Ähnliche Haltung hat zu dieser Frage auch ein Teil der Presse eingenommen. Als Beispiel kann hier der Artikel „Angst vor Sajūdis“ im „Spiegel“ Nr. 14 vom 2. April 1990 dienen. „Alle haben Angst vor Sajūdis, - sagt ein Sajūdis-Anhänger, der aus Angst, seinen Namen verschweigt.“ Dieses Zitat kann als Beweis derjenigen Tatsache gelten, daß es angestrebt wurde, die litauische Befreiungsbewegung als eine nicht ganz demokratische, sogar nationalistische, bedrohliche Bewegung zu bezeichnen.¹³

Ohne Zweifel kann man eine solche Position für eine Ausnahme halten, weil die eher konservativ eingestellte Presse geneigt war, den Kampf Litauens zu unterstützen.

Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit und nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen änderte sich das politische Klima zwischen Litauen und Deutschland. Es ist zu bemerken, daß die damalige Bundesregierung sich als einen „Anwalt der Baltischen Staaten“ auf dem Wege zu Europa bezeichnete. Die deutsche Presse blieb dagegen kritisch gegenüber dem bestehenden Übel eingestellt: sie kritisierte die litauische Bürokratie, zögernde Reformen, den langsamen Privatisierungsprozeß und die Korruption. Aber zu den politischen Bestrebungen blieb sie eher positiv eingestellt.

Seit der Regierung von Gerhard Schröder, der Koalition von Sozialdemokraten und Grünen Anfang 1998, ändert sich sehr, im Vergleich mit der Bundesregierung von H. Kohl, die politische Einstellung zu den Baltischen Staaten sehr. Die gegenwärtige Bundesregierung schätzt ziemlich skeptisch die kurzfristigen Aussichten der Mitgliedschaft Litauens in der NATO ein, denn sie vertritt die Meinung, daß die NATO-Erweiterung die Sicherheit nicht erhöhen, sondern eine negative Reaktion seitens Rußland hervorrufen würde. Dies widerspiegelt sich auch in der Meinung der Öffentlichkeit. Der größere Teil der Deutschen unterstützt eine solche politische

¹² Helmut Kohl, *Ich wollte Deutschlands Einheit* (Berlin, 1996), S.339.

¹³ *Der Spiegel*, Nr. 14, 1990

Stellungnahme der Bundesregierung. Das ist verständlich, weil das nationale Interesse Deutschlands in guten Beziehungen zu Rußland besteht, dessen Schuldenstand gegenüber Deutschland über 70 Mrd. DM beträgt.

Andererseits ist dies auch keine eindeutige Haltung. Kein Geheimnis ist auch, daß G. Schröders Regierung den Plan, die EU-Erweiterung 2004 zu beginnen, skeptisch einschätzt. Sie fordert die Einschränkungen der Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus Osteuropa, und betont immerhin, dass die Bewerberländer alle Mitgliedschaftskriterien entsprechen sollen und keine Ausnahmen für sie gemacht werden sollten.

Ein Teil der Öffentlichkeit, wie die obengenannten Umfragen zeigen, billigt diese Meinung. Andererseits stoßen diese Äußerungen von G. Schröder auf eine heftige Kritik eines ganz großen Teiles der Gesellschaft.

“Seit mehr als zehn Jahren absolvierten die ehemaligen Satelliten der Sowjetunion ein beispielloses Reformprogramm, häufig gegen manche inneren Widerstände... Gerhard Schröder, Wolfgang Schlüssel und alle andere sollten sich warm anziehen, wenn sie demnächst wieder einmal die Versöhnung des alten Kontinents beschwören. Ihre Zuhörer im Osten werden sich bitter abwenden, da ihnen das vorläufige Nein zur Freizügigkeit nur einen Beitritt zweiter Klasse überläßt”, - betonte die einflußreichste deutsche Zeitung „Frankfurter Allgemeine“ vom 24. April in seiner Redaktionsspalte. Und sie fügte noch hinzu, daß wenn man alle Jahre mitzählen würde, im Falle der EU-Erweiterung im Jahr 2004 seit dem Fall des Eisernen Vorhangs 15 Jahre verstrichen sein würden. Und noch länger zu warten, wäre für die Bewerberländer gefährvoll.

Überetzt von *Irena Kasputyė*

LITHUANIAN-GERMAN POLITICAL RELATIONS

Prof.dr.hab. Kazimiera Prunskienė

The process of liberation from the Soviet regime and restoration of independence in Lithuania, as well as in the other two Baltic States, was commensurate with the unification of Germany. Both these processes facilitated and enabled each other. A common favourable political environment was created by M. Gorbachev's "perestroika". In Germany, the latter circumstance, i.e. the role of the "new thinking" and "perestroika" in M.Gorbachev's politics, is given a far more objective assessment than in Lithuania, where radical politicians and, especially, victims of the Soviet regime identify the author of the "perestroika" with the misery caused by that regime, and with the ideologists of the former Communist autocratic system.

First meeting with the Germany of the 90-ties.

I would like to briefly return to my early acquaintance with the Germany of that time. This first acquaintance dates back to a time almost twenty years ago – my first research visit in 1982 in accordance with a cooperation agreement between Vilnius University and Frankfurt-am-Main J.W.Goethe University. This study visit lasted for about half a year and resulted in a widely spread network of scientific, political, professional (economy and business) and cultural ties with hundreds of partners and friends. In 2001, I was decorated with the highest award of the Federal Republic of Germany "Das Grösse Verdienstkreuz mit Stern" as acknowledgement of this long-standing cooperation. I am very proud of this award and hold it in a very high esteem.

20 years ago we were divided by a deep political, economic and social abyss. As a researcher in economics, working on my habilitated doctor thesis, I could not avoid noticing and analysing the fundamental reasons of this phenomenon as well as the system differences that determined the tremendous economic backwardness, low level of social welfare, and the restriction of individual possibilities in the Soviet Union of that time.

That acquaintance with Germany: (macroeconomic studies, discussions, interactions) played an essential role in my subsequent life, professional and political

activity. As an economist, I consider myself to be a disciple of Germany, and acknowledge the economic advantages of a socially oriented market.

During the first years of my acquaintance with Germany, I was more attracted by the Christian Democracy, which, by the way, recognises and promotes not only the principles of market economy, but likewise the social responsibility of the State. Such political affinity of mine was also influenced by the fact that the USSR authorities clearly preferred the Socialdemocratic government. In early 1983, when the SPD under H.Schmidt's leadership was ousted by H.Kohl's CDU coalition with CSU and FDP, I was just finishing my half-year study visit in Germany and welcomed the victory of the Christian Democrats.

The more engrossed I became in the politics and economy of Germany, the better I understood that there were no major differences between the policies pursued by the Socialdemocrats and the Christian Democrats, as over a long period of time, a consent had been reached between them over essential issues in foreign and domestic policy. I was also impressed by the fact that the ruling majority changes in the country were not accompanied by political or economic disturbances, and the SPD, which found itself in opposition, was neither humiliated nor persecuted. As we see 16 years later, the SPD, together with its coalition partners, has again regained the position of the ruling majority.

Between 1982 and 1983, the prospect of the Soviet Union collapse was not considered a real political issue. It was possible to be discussed only in confidential conversations. Nevertheless, the death of L.Breznev and the coming of J.Andropov, and the concurrent strengthening of the positions of M.Gorbachev, as one of the secretaries of the CPSU Central Committee, enabled to model such a possibility. In open conversations with my colleagues from Frankfurt-am-Main and Giessen universities, Ch.Winter, W.Meissner, K.Heller, R.Gulich, A.Hampel and others we did not shy away from such prognoses either. Together with prof. K.Heller (a historian-sovietologist) we worked out a "verdict" – collapse of the Soviet Union and liberation of the Baltic States at the point when the economy of the Soviet Union finally reached the deadlock, where it was heading at that time. It did not take more than 5 or 6 years for that prediction to come true. I take the courage to assert that I was the first economic scientist in Lithuania who,

as far back as in 1983, and especially from 1985 onwards, started to promote the ideas of economic reforms and economic (later also of political) independence from the USSR.

The national revival movement in the Baltic States, that gained momentum in 1998, their solidarity in demanding at first economic and later also political independence, were those fundamental factors that undermined and finally destroyed the USSR authoritarian mono-party political system together with the economic system based on “common for all people” property, centralised planning and distribution.

Already as far back as in 1988, in my reports read in J.Liebig Giessen University, in the Political Academy in Bonn and elsewhere, I used to hint about an evolving imminent opportunity both for the Baltic States to acquire freedom, and for the West and East Germanies to come to a determination. Some of the listeners would nod their agreement, others would sceptically remark, “Maybe, in some twenty years time...” In reality the events developed rather fast and favourably: in the period between 1989 and 1991, there happened both the unification of Germany and the restoration of independence in the Baltic States, as well as their subsequent international recognition. During that period, hundreds of times I stood before various audiences in Germany: in conferences, meetings, media programmes. I found that the attention we enlisted in Germany – from state officials to ordinary citizens – was not that of observation, but rather a demonstration of vital interest in our success. That was also a German interest – to win the future for a whole and united Germany, regional stability and the prerequisites for a peaceful Europe.

Countries of the West, including Germany, did not hurry to recognise our independence (in Lithuanian it was proclaimed on 11 March 1990). The underlying reason was to prevent destabilisation of M.Gorbachev’s position and avoid provoking conflicts (the reasonableness of such apprehensions was later confirmed by the developments in Chechnya and Yugoslavia). M.Gorbachev was regarded as a guarantor of a peaceful course of change, though, his “perestroika” could hardly have predicted either the liberation of the Baltic States or, unlikely, the unification of Germany. Nevertheless, we were heading exactly in that direction.

The West was urging us to start negotiations with Moscow, though on both sides there emerged enough hurdles for a real negotiation.

The defeat of the August 1991 coup in Moscow, organised by a reactionary communist faction, opened a favourable historical niche for the West to recognise our statehood. Germany was one of the first to do so. I have reasonable grounds to state that I also made a direct contribution in this development. In my lecture for diplomats, organised by Foreign Policy Society in the Bundestag Press Centre in Bonn on 21 August 1991, as well as during other meetings with politicians and mass media representatives, I repeatedly declared that it was time to decide. It became even more relevant at the moment of the “puchist” defeat. On 23 August, together with A.Urdze (informal representative of Latvia), we met with H.D.Genscher. That was a demanding conversation. I presented the arguments: M.Gorbachev was already weak, while B.Yeltsin was still weak, thus it was the right time to acknowledge and rectify the historical injustice (I was referring to the Molotov-Ribbentrop Pact and the two ensuing occupations: Soviet and Nazist). H.D.Genscher made a telephone call and talked in our presence to the Danish Foreign Minister U.Jeleman-Jensen – one of the politicians who showed the most supportive attitude towards the Baltic States at that time.

In addition, together with A.Urdze and some other supportive Bundestag members, we exerted pressure upon the German Government at the level of Bundestag. We were preparing a draft statement of the Bundestag comprising provisions for the recognition and at the same time urging the Government to do so. We also included, inter alia, a clause that the German side would not express any claims in regard to Klaipėda Land. The draft was never adopted as the Government of Germany formally recognised the Lithuanian independence on 28 September 1991 and restored diplomatic relations. That date marks the start of a new epoch in the relationship between the two States.

Achievements in diplomatic relations and cooperation in the last decade

During the decade of restored political, economic and cultural relationship, Germany has become one of the most important, and in a number of aspects – especially in the sphere of foreign trade, cultural ties and direct bilateral development support, including technological, research and academic, as well as humanitarian assistance – the first partner among the Western European countries. This was facilitated by the cultural

similarity between the two nations, deep roots of historic cooperation, as well as prevailing political and economic interests.

During the last decade, Lithuania and Germany have concluded 16 treaties and agreements aimed at providing legal regulation for the majority of the cooperation spheres. These treaties and agreements include:

- Agreement between the Republic of Lithuania and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments;
- Agreement between the Republic of Lithuania and the Federal Republic of Germany for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital;
- Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Federal Republic of Germany on sea communication;
- Air transport agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Federal Republic of Germany;
- Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Federal Republic of Germany on the abolition of visa requirements;
- Declaration on the basis of relations between the Republic of Lithuania and the Federal Republic of Germany;
- Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Federal Republic of Germany on employing probationers to improve their skills and language knowledge (Agreement on probationers);
- Agreement between the Republic of Lithuania and the Federal Republic of Germany concerning mutual assistance in natural calamity and large accident cases;
- Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Federal Republic of Germany on consultations and cooperation;
- Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Federal Republic of Germany on financial cooperation (Project “DEG participation in capital and loan to the Lithuanian Development Bank”); and others.

Political cooperation, as well scientific, cultural or any other relationship is impossible without enthusiastic, knowledgeable and reliable people. From the very first

years of the Independence, stable and dynamic relations were formed with the Bundestag and the parliaments of the Lands that created a favourable political background for practical developments. On the German side, there greatly contributed the leaders of all its major political parties (the first of them was R.Sussmuth) and the chairmen of interparliamentary contact groups. It is impossible not to mention here prof. W.von Stetten, a steady supporter of Lithuania in the German Bundestag, who has remained in his post throughout the changing terms of office in the parliaments of both countries, and whose unequivocal regard for his political partners – Lithuanian Conservatives (the most active of them A.Račas) and Christian Democrats – has never prevented him from cooperating with partners from more leftist parties as well.

The complicated situation of Lithuanian, as a state under restoration, does not allow the parliaments of both sides to be confined exclusively within the area of legislation and parliamentary issues. The most active parliament members on both sides “employ” their partnership for the resolution of practical problems with the aim of enhancing business, scientific and cultural relations. Therefore, it is not surprising that during the visits of German businessmen to Lithuania, those parliamentarians (myself included) who have profound knowledge of this country and its economy, never consider our personal time wasted if it is spent on reports and consultations related with prospective projects and partnership. The same can be said in respect to visits of the representatives of mass media or non-governmental organisations, as well about private persons who come as tourists to get acquainted with this country.

Political cooperation with Germany is not limited only to interstate relations with the institutions of Federal authority. There is a well-developed relationship with the political authority of the German Lands, organisations of science, business and culture, various non-governmental organisations and foundations. By their mutual effort, the Lithuanian and German partners have implemented thousands of various programmes that enable entities of both countries to benefit from new experience and opportunities, which is particularly important for the Lithuanian side in its effort to cover the long distance towards the integration into the European Union.

Here are just some of the examples from my personal activities in the framework of partnership with the Lands of Germany.

Already in 1989, as a result of the visit in Hessen by a Lithuanian delegation, headed by myself, under the invitation and support of the government of that Land and non-governmental institutions, sustained and productive relations were established. Since that time, the Offebach Chamber of Industry and Commerce (IHK) has been supporting the Vilnius Chamber of Industry and Commerce, at the same time also coordinating the assistance of other German IHKs rendered to partners in Lithuania. During the first years of our independence, the administration of Hessen, with my participation as an intermediary, printed and donated to Lithuania textbooks of the German language for non-German schools; provided a considerable number of students with an opportunity to study at Hessen universities, including Manheim, Giessen. These programmes are also sponsored by individual persons. Lithuania is grateful for the basic financial support extended by the administration of the Land of Hessen to the only Lithuanian school in the Western Europe – the February 16th Gymnasium. Hessische Landezentrale fur politische Bildung, together with the Lithuanian Institute of Europe, where I am the Director, and other Lithuanian institutions have organised a great number of specialist exchange programmes, conferences, seminars, publication projects. Our first joint Lithuanian-Hessen Land Relationship Information Exchange, launched in March 1991 in Wiessbaden, was a start for major events of this kind that were subsequently continued in other Lands as well. In 1997, in cooperation with this Centre, and in response to the need produced by the statehood processes, we organised a conference on parliamentary democracy in the Lithuanian Seimas.

In the period between 1989 and 2001, with my furtherance alone, several hundreds of Lithuanian students and specialist studied, underwent training or advanced their knowledge in various courses and seminars. I would like to mention Eichstat University which since 1992 has made available, under my request, three places of continuous study for economists, that have already been used by several students; thanks to the businessman dr. F.Scheuerle grants at Manheim University, German diplomas were granted to various speciality students; Hanover, Giessen and other universities organised long-term study visits for highly qualified specialists, including professors. Since 1998, upon selection and recommendations of the Lithuanian Institute of Europe, several

Lithuanian students have studied economics and ecological science at Zittau University. All these opportunities will be available in future as well.

The cooperation between my German Alma Mater – Frankfurt/M J.W.Goethe University – and Vilnius University is of particularly developed and comprehensive character. I was destined to launch cooperation in the area of economic science as far back as in 1982.

In 1986 cooperation was started between the Lithuanian Institute of the Economy of Agriculture, where at that time I was Deputy Director for Science (now the Institute of Agrarian Economics) and Giessen J.Liebig University, known for its eminence in the sphere of agrarian science. Already in 1993, together with the famous professor of that University, K.E.Wudekin, we organised a scientific conference in Vilnius on the issues of agrarian reforms, the importance of which, listed in the recommendations, have not lost their significance in the present day Lithuania.

Hundreds of reports at international and national conferences or seminars, as well as my personal contributions in various political, business and academic events organised by Christian, women's or other non-governmental organisations (I still continue to receive a great number of such invitations) have, as a rule expanded into implementation of concrete programmes that bring one or another benefit to our country. Thus, the visit of Bavarian Landtag members to Lithuania in 1992 (under my initiative) and my subsequent weeklong political dialogue with Bavarian politicians, representatives of science, business and other fields in the first week of 1993, were followed by researchers' study visits (including in Würzburg), multiple, half a year long apprenticeship programmes for young agricultural specialists (I also included Rietavas Agricultural School into this programme) with Bavarian farmers; a diverse Bavarian Farmers Union's multiple assistance programme, now continued by my friend Ch.Götz, and many other programmes. A new impetus is being given to the cooperation with the Eastern Lands of Germany, including Thuringia.

An active participant in subregional cooperation is the city of Klaipėda and Klaipėda County. Strategically convenient situation and location of the Port of Klaipėda stipulate both the focus of attention by politicians and those working in the sphere of

transport infrastructure, as well as the participation of the County in the agreements and programmes of the European “Northern Dimension”.

Klaipėda County possesses a considerable German cultural heritage. The objects of this cultural heritage include authentic – in Lithuania referred to as “German” – architecture, memorable places related with famous classical writers, among them Thomas Mann house-museum in Nida, etc.

Klaipėda maintains partnership with Hanseatic city Lubeck. There operates the ferry line Klaipėda-Mukran. A group of experts from Bremen for several years consulted the development of Klaipėda city. With the support and participation of Germany, there are a number of cultural, research, academic and humanitarian projects being implemented in Klaipėda that substantially contribute to the development of this region.

It could be believed that the Ministry of Foreign Affairs of Germany will in the nearest future implement a suggestion, put forward in 1998, to open a German Consulate in Klaipėda. This requires the accumulation of mutual interests and practical prerequisites.

The importance and status of the German language

In Soviet times, the German language was the second language of the three – English, German and French – most spread Western European languages. However, Lithuanian high school and university graduates, with the exception of those from specialized schools and programmes, could not boast good command of a third language (after the native Lithuanian and the compulsory Russian). There was no actual need for it anyway.

During the years of independence, the English language has become clearly prevalent among other foreign languages. This is a spillover process from the West into Lithuania and is conditioned by the expanding international ties. Nevertheless, the German language has not lost its importance: in 97 schools with enhanced German language teaching, there study about 10 000 students, some of them get the second level language certificate which provides them with the right, and creates the necessary prerequisites, to study in the higher schools of Germany. Conversely, the suggestions,

which are now being repeatedly mentioned, to provide the English language with the status of the first foreign language are fraught with danger that the positions of the German language in those schools where traditionally it was stronger might be eroded.

A number of arguments could be offered why it is not expedient to develop a monopolistic position for the English language, which might relatively impair learning of other European languages, including German. Germany is the most important economic partner of Lithuania in the Western Europe. Young people, who are studying to acquire a profession with the intention to maintain contacts (business, cultural, political) with partners in that country would, undoubtedly, get greater advantage and more real prospects for the development of reliable and meaningful partnership if they had a good knowledge of the German language.

A monolingual Europe, to my opinion, is not attractive from the cultural point of view. Profound mutual understanding between nations and the feeling of kinship, development of trust and lasting relationship is inseparable from the ability to communicate in the native language of one of them, and to understand and master not only business, but likewise cultural and traditional aspects of communication.

The role of Germany in the integration of Lithuania into the European Union

German leaders, politicians, statesmen and representatives of the academic world have repeatedly emphasised the importance of Lithuanian integration, as well as that of other Baltic States, into the European Union, and reiterated their support for these processes. Lithuania with good reason considers Germany to be the “advocate” for its European integration as well as a supporter of progress. Today Lithuania has already covered halfway of the negotiations and is in reality prepared to become a member of the EU as from 2004. In this stage, apart from general aspects of political interrelation, there emerge a number of specific issues, which will, first of all, have to be decided with the approval of the present EU members.

One of the most important issues is free movement of people within the EU. The aspirant members, including Lithuania, are seeking to ensure an unrestricted movement of workers. The concern, expressed by Germany, as well as by other EU members, is

perfectly understood by Lithuanian politicians. Nevertheless, this issue is one of the areas, which determine the balance between the total of the rights to movement, including the movement of goods, investments and capital.

This sensitive problem ought to be decided by a process of bilateral consultations aimed at reaching a mutually acceptable agreement.

In 2001, the Lithuanian Seimas started discussing the amendments to Article 47 of the Constitution and the related legislation, which would enable foreign investors and other entities to satisfactorily resolve the issues related with the ownership of land in Lithuania. This aspect has repeatedly been criticised by foreign partners, in particular by those from Germany, where legally and traditionally it is an essential element of economic processes.

Rational coordination of bilateral interests and their incorporation into general process of reforms and documents of European integration is an essential prerequisite for a sustained progress both in individual countries and Europe as a whole.

Lithuania is counting on the support of Germany not only in the process of its preparation for the EU membership, but likewise in its accession to NATO. Some Lithuanian politicians, both in the former and the present governments, by attributing excessive importance to the role of the US in NATO enlargement, overlook, I am convinced, the full range of possibilities of discussion and cooperation in this area with other major NATO members on this side of the Atlantic. This is also reflected in the flawed current privatisation procedure of strategically important objects.

The EU enlargement is also naturally related with the shaping of Europe as a common security area. Therefore, the exclusive orientation primarily to the requirements related with NATO membership, with a simultaneous reducing of interest in the common European security system, fails, in my opinion, to fully conform to the focus and prospects of international processes.

There is no doubt that the cooperation of European countries in promoting security does not create an alternative to the enlargement of NATO. Nevertheless, European security institutions and politicians devote slightly more attention than NATO to conflict prevention and crisis management, as well as to the means of their prevention, that have become the issue of primary importance today. Within this context, there also

are the new prospects for the improvement and development of relations between the European countries and Russia, including the common interest to participate in the strengthening of European security.

One of the specific subjects in the political dialogue between Germany and Lithuania is the situation in Kaliningrad Oblast and its prospects. The changes in the attitude of the Russian President towards NATO enlargement, that occurred in the wake of the 11 September terrorist attacks, may significantly contribute to a greater openness in the relations of Kaliningrad with the countries of the Baltic region, as well as its participation in the European processes. Germany, as the most powerful state in the Baltic region, being interested in the stability and development of Europe, including that of Kaliningrad region, will, I believe, express its rational attitude in support of a flexible resolution of the problem related to the EU-Kaliningrad Oblast border, which will enable to avoid its increasing isolation and disproportionate development, as well as resultant undesirable political consequences and increasing tension. Lithuania is expanding its economic relations with Russia and its Kaliningrad Oblast. One of the new forms is the forum of the Parliamentary Group for the Relations with the Russian Federation at the Seimas of the Republic of Lithuania and the parliamentarians of the Duma of the Kaliningrad Oblast aimed at promoting dialogue and finding rational solutions. A similar form of dialogue is necessary in the relationship between all neighbours also with the participation of Germany and Poland. A dialogue is the best medium for building a reliable and stable relationship.

Translated by *Violeta Stankūnienė*

Was macht das Goethe-Institut in Vilnius?

Ein Rückblick auf die ersten drei Jahre

von Dr. Gisela Schneider¹

„Die Schönheit dieser Stadt, die Schönheit ihrer geographischen Lage und ihrer Architektur hat etwas Magisches“, schreibt der in Litauen geborene und heute in den USA und Polen lebende Nobelpreisträger Czesław Miłosz über Vilnius. Diese Schönheit gilt es für viele Deutsche erst noch zu entdecken, denn obwohl die litauische Geschichte viele Berührungspunkte mit der deutschen aufweist und Litauen geopolitisch eine interessante Schnittstelle zwischen Ost und West bildet, führt das Land wie seine Hauptstadt im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit immer noch ein Schattendasein.

In jüngster Zeit fand die litauische Metropole mit ihrer geschichtsträchtigen Vergangenheit Eingang in die deutschen Feuilletons - und das hat sie der Arbeit des neu gegründeten Goethe-Instituts unter der Leitung von Martin Wälde zu verdanken. Höhepunkt der Veranstaltungsreihe „Litauisch-deutsch-polnische Gespräche über die Zukunft der Erinnerung“, die das Goethe-Institut gemeinsam mit dem polnischen Kulturinstitut durchführte, war im Oktober 2000 das Treffen der drei Nobelpreisträger Günter Grass, Czesław Miłosz, Wisława Szymborska und des litauischen Dichters Tomas Venclova in Vilnius. Dieses Treffen stieß nicht nur auf großes nationales, sondern auch auf internationales Echo. „Wir haben das Thema gewählt“, sagt Martin Wälde, „weil die Modi des Erinnerns und Vergessens für Litauer, Polen und Deutsche im zwanzigsten Jahrhundert von zentraler Bedeutung waren und es nun wichtig wird zu fragen, inwiefern sie auch für das neu angebrochene Jahrhundert relevant sind.“ Und weiter: „Die Frage nach der Zukunft der Erinnerung in unseren Ländern ist im Kern auch die Frage nach der Zukunft Europas.“ Von Juni bis Oktober 2000 setzten sich so namhafte Redner wie Richard von Weizsäcker, Joachim Gauck, Norbert Frei und Adam Krzemiński mit Fragen nach dem Umgang mit der politischen, historischen und kulturellen Vergangenheit Europas auseinander. Über das Zusammentreffen von Grass, Miłosz, Szymborska und Venclova heißt es im Vorwort des soeben in Deutschland und Litauen erschienenen Buches, das die in Vilnius vorgetragenen

¹ Der hier abgedruckte Text ist eine gekürzte und leicht aktualisierte Fassung von Gisela Schneiders Beitrag „Vor Ort in Vilnius“, erschienen in GOETHE, Nr. I/2001, 32-36, hrsg. vom Goethe-Institut Inter Nationes München.

Reden und Gedichte der vier Autoren versammelt²: „Atmosphärisch und inhaltlich bedeutsam für ihre Begegnung war der Ort Vilnius und die einzigartige Konstellation der Personen mit ihren Biographien, die sich in dieser geschichtsträchtigen Stadt, zehn Jahre nach der Unabhängigkeit Litauens, hier gemeinsam ‚erinnerten‘ und aus ihren Werken lasen...Sie reflektierten in ihren Reden exemplarisch die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts und ihre Lehren für die Zukunft. Während die in Litauen geborenen Autoren Miłosz und Venclova ihre Erinnerungen vor allem an die Stadt Vilnius zum Ausgangspunkt nehmen, ist für Grass die verlorene Heimatstadt Danzig ‚zum andauernden Anlaß für zwanghaftes Erinnern, das heißt für das Schreiben aus Obsession geworden‘.“ In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* kommentierte Thomas Steinfeld: „Dieses Engagement des Goethe-Instituts ist ein Lehrstück für erfolgreiche kulturpolitische Arbeit im Ausland. Es zeigt, wieviel mehr die auswärtige Kulturarbeit erreichen kann, wenn sie auf Lehren und Botschaften verzichtet und statt dessen kleineren, ärmeren Partnern hilft, in ihrem eigenen Interesse zu handeln.“

Doch nicht nur wegen der großen Resonanz, die diese Veranstaltung fand, können die Diskussionsreihen über „Die Zukunft der Erinnerung“ (2000) und ihr „Vorgänger“ des Jahres 1999 zum Thema „Ach, Europa“ als besondere Erfolge der Arbeit des Goethe-Instituts gelten. „In Litauen gibt es keine Tradition von öffentlichen Diskussionen in der Gesellschaft“, sagt Kęstutis Petrauskis, Leiter des litauischen Radios bei LRT. Mit seinen Diskussionsreihen „Ach, Europa“ und „Die Zukunft der Erinnerung“ „half uns das Goethe-Institut, diesen wichtigen Bereich des öffentlichen Lebens zu entdecken.“

Die Veranstaltung öffentlicher Diskussionsreihen ist aber nur einer der Schwerpunkte in der Arbeit des Goethe-Instituts Vilnius. 1998 gegründet und im September 2000 offiziell eröffnet, kann es nach nunmehr dreijähriger Tätigkeit über hundert Veranstaltungen aus den verschiedensten Kultursparten vorweisen: künstlerische Produktionen, Ausstellungen, Theaterinszenierungen, Tanzgastspiele, Filmreihen, Musik, Symposien, Seminare und Lesungen. Von Anfang an, also bereits in der Gründungsphase, war man bestrebt, mit eigenen Veranstaltungen hervorzutreten,

² Günter Grass, Czesław Miłosz, Wisława Szymborska, Tomas Venclova. *Die Zukunft der Erinnerung*, hrsg. von Martin Wälde, Steidl-Verlag Göttingen 2001 (auf Litauisch erschien dasselbe Buch 2001 beim Verlag Baltos Lankos, Vilnius).

um sich so ein eigenes Profil in Litauens Kulturlandschaft zu erarbeiten und als kompetenter Partner wahrgenommen zu werden. Dem Goethe-Institut ist bei seiner Tätigkeit die Zusammenarbeit mit einheimischen Kooperationspartnern besonders wichtig. Ziel ist es hierbei, die litauische Kulturszene in ihrem Bemühen zu unterstützen, sich zu internationalisieren und weiter in den westeuropäischen Kontext zu integrieren. Diesem Konzept kommt in einem Land, in dem es (noch) keine sehr ausgeprägte Kulturpolitik gibt und in dem vergleichsweise geringe staatliche Mittel für kulturelle Veranstaltungen zu Verfügung gestellt werden können, eine besondere Bedeutung zu, was auch die Reaktionen der litauischen Kulturszene bekräftigen. „Die Tätigkeit des Goethe-Instituts in Vilnius ist, wie die Ergebnisse seiner Arbeit in den letzten zwei Jahren zeigen, sehr wichtig für uns. In einer Zeit, in der die Theater Litauens ziemlich arm sind, sind wir dem Goethe-Institut, das zum Entstehen neuer Stücke beiträgt, sehr dankbar“, betont die Theaterkritikerin Rūta Oginskaitė. „Die Gründung des Goethe-Instituts in Vilnius hat Diskussionen zu den interkulturellen und interdisziplinären Themen belebt“, beschreibt Rūta Prusevičienė, künstlerische Leiterin der litauischen Nationalphilharmonie, die Rolle des Instituts. Auch von der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, die in Litauen tätig sind profitiert das Goethe-Institut. Zu nennen sind vor allem das polnische, französische, britische und italienische Kulturinstitut sowie das litauische Thomas-Mann-Kulturzentrum auf der Kurischen Nehrung im ehemaligen Sommerhaus Thomas Manns, mit dem man für 2002 einen Schwerpunkt zum Thema Exil und Migration plant.

Eine herausragende Veranstaltung im Filmbereich war die Werner-Herzog-Retrospektive, in deren Rahmen im März 2000 18 Filme von Herzog zum ersten Mal auf Litauisch gezeigt wurden. Begleitet wurde die Retrospektive von einer Fotoausstellung von Beat Presser zur Zusammenarbeit Herzogs mit dem Schauspieler Klaus Kinski. Annähernd 10.000 Besucher konnte das Goethe-Institut während der Retro zählen. Höhepunkt für die Besucher war ein Publikumsgespräch mit Werner Herzog nach seinem Film „Mein liebster Feind“. In diesem Jahr wird Herzog noch einmal nach Vilnius kommen, um seinen teilweise hier gedrehten neuen Spielfilm „Invincible“ persönlich vorzustellen, der im August 2001 auf den Filmfestspielen Venedig Premiere hatte.

Einen wesentlichen Schwerpunkt seiner Arbeit sieht das Goethe-Institut im Theaterbereich, denn mit dem Altmeister Eimuntas Nekrosius und dem jungen Regisseur Oskaras Korsunovas hat das litauische Theater international Herausragendes zu bieten. Das Theater kann (neben Musik und zeitgenössischer Kunst) als der wohl interessanteste und innovativste Kulturbereich in Litauen gelten und daher liegt hier für das Goethe-Institut eine Chance für Kooperationen auf höchstem Niveau. Zusammen mit Korsunovas und dem Kleist-Theater Frankfurt/Oder als Koproduzenten brachte das Goethe-Institut im April 2000 das Theaterstück „Feuergesicht“ von Marius von Mayenburg auf die Bühne. Die erfolgreiche Inszenierung, die mittlerweile in Europa als eine der besten gilt, hat schon zahlreiche Gastspielreisen nach Lettland, Estland, Polen, Frankfurt/Oder und Nancy hinter sich und wurde nach der Aufführung auf dem Festival Avignon im Juli dieses Jahres von der französischen Presse gefeiert. Weitere Einladungen nach Genf, Buenos Aires, Korea und Japan sind in der Planung. Für 2002 ist eine weitere gemeinsame Produktion des Goethe-Instituts mit Oskaras Korsunovas vorgesehen. Im Juni 2001 führte das Institut in Zusammenarbeit mit den Kulturinstituten Frankreichs und Polens sowie litauischen Partnern „Tage der jungen Dramatik“ durch, die den Werken junger, zeitgenössischer Autoren gewidmet waren und vor allem jungen Regisseuren und Schauspielern ein Forum boten, ihre Arbeit vorzustellen. Im Rahmen dieser Theater-Tage wurde auch die mit dem Goethe-Institut koproduzierte litauische Adaption des bekannten Stückes „Linie 1“ von Volker Ludwig (GRIPS-Theater Berlin) in einer Inszenierung des Keistuolių-Theaters gezeigt. Weil die Inszenierung so überzeugte, wurde sie vom GRIPS-Theater als Gastspiel für 2002 nach Berlin eingeladen.

Ein herausragendes und ungewöhnliches Kulturereignis erwartet Litauen im September 2001. Dem Goethe-Institut ist es nach langen, intensiven Bemühungen gelungen, das Tanztheater Wuppertal mit seiner weltbekannten Choreographin Pina Bausch zu einem Gastspiel („Der Fensterputzer“) nach Vilnius einzuladen. Pina Bausch kommt exklusiv nur nach Vilnius; es wird ihr erstes Gastspiel im Baltikum überhaupt sein.

Im Bereich Musik beteiligt sich das Goethe-Institut am regen Festivaltreiben der Musikstadt Vilnius. Insbesondere seit 1990 ist es den Aktiven vor Ort gelungen,

Anschluß auch an die westliche Musikszene zu gewinnen. Musikalische Veranstaltungen, besonders aus dem Bereich zeitgenössische Musik, finden reges Interesse beim Publikum und das Goethe-Institut hat hier vielfältige Möglichkeiten für Kooperationen mit ausgezeichneten Partnern. So unterstützt es seit Beginn seiner Arbeit das jährliche internationale Festival Neuer Musik GAIDA: 1998 reiste das Ensemble Recherche aus Freiburg nach Vilnius, 1999 war Musik von York Höller zu hören, im letzten Jahr lud das Goethe-Institut das Ensemble Modern aus Frankfurt ein und diesen Herbst kommen die Neuen Vocalsolisten aus Stuttgart zum Festival. Auch die litauische Jazzszene, die ja schon in Zeiten der Sowjetunion nur in Litauen eine Nische fand und blühte, wurde drei Jahre in Folge vom Goethe-Institut mit hochkarätigen Jazzmusikern aus Deutschland auf Festivals unterstützt. Die Barockstadt Vilnius ist darüber hinaus eine geeignete Kulisse für die Musik alter Meister. Das renommierte Ensemble „Musica Antiqua“ aus Köln war bereits im Mai 1999 auf einer Tournee des Goethe-Instituts in Vilnius. Bei diesem Besuch entstand auch die Idee für die „Deutsch-polnisch-litauischen Barocktage“, die im November 2001 in Zusammenarbeit mit dem polnischen Kulturinstitut und der Stadt Vilnius realisiert werden.

Mit dem Contemporary Art Center Vilnius traf das Goethe-Institut auf einen kompetenten und sehr aktiven Partner im Bereich zeitgenössische Kunst. Neben anderen Ausstellungsprojekten mit dem Contemporary Art Center war für die litauischen Künstler insbesondere das Einzelprojekt mit Ulrich Rückriem von großer Bedeutung, weil er als erster Künstler mit seinen Grafitarbeiten in Form streng geometrisch angeordneter Rechtecke die riesige Ausstellungshalle selbst künstlerisch zum Thema gemacht hat. Mit Günter Uecker kommt ein weiterer berühmter deutscher Künstler nach Litauen. Im Herbst 2001 wird in der Zilinskas-Galerie in Kaunas seine große Ausstellung „Der geschundene Mensch“ in Anwesenheit des Künstlers eröffnet werden.

Einen weiteren, wichtigen Schwerpunkt hat das Goethe-Institut seit seinen Anfängen mit Veranstaltungen zur Kulturpolitik und Kulturförderung. So wurde 1999 ein Symposium zur städtischen Kulturpolitik und im April 2000 ein Workshop mit Dieter Buroch (Leiter des Mousonturms Frankfurt) zum Thema Kultur-Projekt-Management durchgeführt. Im Mai dieses Jahres wurden in einem Expertengespräch am Beispiel

des deutsch-französischen Kulturkanals ARTE Fragen der Kulturberichterstattung im Fernsehen diskutiert und Ende Oktober des Jahres folgt ein ebenfalls mit Frankreich und Litauen gemeinsam organisiertes Seminar zum Thema „Regionale Kulturpolitik“.

Neben der kulturellen Programmarbeit hat für das Goethe-Institut in Litauen selbstverständlich auch die Spracharbeit eine große Bedeutung. Seit Januar 2000 verfügt das Institut über eine eigene Sprachabteilung, die von Christiane Barchfeld geleitet wird und die sich auf die sogenannte „Pädagogische Verbindungsarbeit“, also die Fortbildung von Deutschlehrern konzentriert. Eigene Sprachkurse werden nicht durchgeführt, das Institut unterstützt jedoch mit dem Public Service Language Centre einen lokalen Anbieter. Die Sprachabteilung arbeitet eng mit dem Bildungsministerium und den litauischen regionalen Lehrerfortbildungszentren zusammen. In der Spracharbeit ist man sich dessen bewußt, daß gerade bei der jüngeren Generation der Fremdsprachenerwerb als wichtiger Teil der Ausbildung immer mehr an Bedeutung gewinnt, und man versucht auf diesen Bedarf zu reagieren. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf Fortbildungsmaßnahmen für Deutschlehrkräfte (Primarstufe, Sekundarstufe I und II) mit dem langfristigen Ziel, ein Multiplikatorennetz aufzubauen. Dazu werden Sommerkurse, Workshops und Seminare veranstaltet, eine Fortbildungsreihe für Deutschlehrer konzipiert, die Lehrer mit Unterrichtsmaterialien unterstützt und ein Kulturprogramm für alle, die Deutsch lehren und lernen, angeboten. Daneben sollen Werbemaßnahmen die Sympathie und Akzeptanz, die in Litauen der deutschen Sprache gegenüber besteht, aufgreifen und das Erlernen von Deutsch als Fremdsprache fördern. Der viel diskutierte Beitritt Litauens zur EU sollte auch einen starken Impuls zum Spracherwerb, auch der deutschen Sprache, geben.

DIE ZUKUNFT LITAUENS IN DER EU

Wilhelm Schönfelder

"Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung ist zu Ende gegangen.... Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit.... [Es] bricht ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an."

Mit diesen Worten beschwört die am 19. November 1990 von den KSZE-Staaten angenommene und am 6. Dezember 1991 auch von Litauen unterzeichnete "Charta von Paris" das neue Europa.

In diesem neuen Europa treffen - wie auch in anderen Teilen der Welt - zwei politische Grundströmungen aufeinander. Einerseits schließen sich die europäischen Staaten immer enger in der EU zusammen. Die EU hat sich längst in einem seit fast 50 Jahre dauernden und immer intensiver werdenden Integrationsprozeß über einen bloßen Staatenbund hinaus zu einer rechtssetzenden Gemeinschaft, zu einem "Staatenverbund" entwickelt, wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem berühmten „Maastricht-Urteil“ von 1993 formulierte. Eine erste Antwort auf die Frage, wo dieser Prozeß einmal enden soll, eine Antwort auf die Finalitätsfrage also, soll auf der Regierungskonferenz 2004 versucht werden.

Andererseits erfolgt in vielen europäischen Staaten eine Rückbesinnung auf die eigene Abstammung, Religion, Kultur oder ethnische Zugehörigkeit. Insbesondere die Menschen in Mittel- und Osteuropa haben sich nach der langen kommunistischen Zwangsherrschaft voller Mut und Optimismus ihren traditionellen Werten und Wurzeln zugewandt, die immer - in guten und in schlechten Zeiten - europäisch definiert waren.

In Litauen vereinigen sich in exemplarischer Weise beide Trends. Einerseits begann im Sommer 1988 im ganzen Baltikum die Bewegung der nationalen Wiedergeburt, die als "singende Revolution" in die Geschichte eingegangen ist. Der krönende Abschluß dieses historischen Kampfes war in Litauen am 11. März 1990 erreicht, als die demokratisch gewählten Abgeordneten des Gründungsseimas Litauen zum unabhängigen souveränen Staat erklärten und damit eine neue Ära in der Geschichte des Landes einleiteten.

Andererseits hat Litauen von Anfang an erkannt, daß es für sein Überleben und die Sicherung seiner kulturellen und nationalen Identität der EU-Mitgliedschaft bedarf. Entsprechend waren die Weichen der litauischen Politik seit der Unabhängigkeitserklärung auf Annäherung und spätere Mitgliedschaft in der EU gestellt.

Die EU - damals noch die Europäische Gemeinschaft - hat sich den Herausforderungen, welche die historischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa auch für West-Europa bedeuteten, aktiv und positiv gestellt.

Bilateral wurde zwischen der EU und Litauen bereits am 11. Mai 1992 das "Abkommen über wirtschaftliche, finanzielle und handelspolitische Zusammenarbeit" unterzeichnet. Mit diesem Vertrag wurde der Grundstein für die weiteren Beziehungen Litauens mit der EU gelegt.

Es folgte am 18. Juli 1994 das "Abkommen über Freihandel und Handelsfragen", welches integraler Bestandteil des am 12. Juni 1995 geschlossenen "Europa-Abkommens" war, mit dem zwischen der EU und Litauen ein umfassendes Assoziierungsverhältnis geschaffen und ausdrücklich Litauens Wunsch nach einer Vollmitgliedschaft in der EU anerkannt wurde. Konsequenterweise hat Litauen dann bereits am 11. Dezember des gleichen Jahres einen Beitrittsantrag gestellt.

Bereits im Juli 1993 hatte der Europäische Rat in Kopenhagen allen mit der EU verbundenen Staaten in Mittel- und Osteuropa eine Beitrittsperspektive eröffnet, sofern sie in der Lage seien, "den mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen nachzukommen und die erforderlichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zu erfüllen".

Als Voraussetzung für einen Beitritt wurden die "Kopenhagener Kriterien" formuliert:

- Die politischen Kriterien: Dazu gehören insbesondere institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte und Achtung und Schutz von Minderheiten.
- Die wirtschaftlichen Kriterien: Hierzu zählen vor allem eine funktionsfähige Marktwirtschaft und deren Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck auf dem EU-Binnenmarkt standzuhalten.
- Die europapolitischen Kriterien: Hierzu gehört in erster Linie die Fähigkeit, die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Ziele erfüllen zu können.

Auf der Basis dieser Beschlüsse hat dann der Europäische Rat in Luxemburg im Dezember 1997 den Erweiterungsprozeß eingeleitet. Damit war für die Beitrittsländer die Frage des "ob" des Beitritts entschieden. Fortan ging es nur noch um das "wie" und das "wann". Kaum einer, der bei diesem Treffen in Luxemburg dabei war, konnte sich der Bedeutung und der Emotionalität dieses Moments entziehen. Zum ersten Mal in der europäischen Geschichte kamen völlig freiwillig 26 vom Volk gewählte Staats- und Regierungschefs zusammen, von einem gemeinsamen Ziel bewegt: Unter dem Dach der Europäischen Verträge immer enger zusammenzuarbeiten und bereit, dabei nationale Souveränität abzugeben und sie auf die EU zu übertragen. Es war tief bewegend, wie Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa vor laufenden Fernsehkameras mit Tränen in den Augen die Bedeutung dieses Augenblicks als die "Rückkehr nach Europa" würdigten.

Der in Luxemburg begonnene Erweiterungsprozeß hatte drei Elemente:

- Eröffnung des Beitrittsprozesses generell mit den 10 assoziierten Mittel- und Osteuropäischen Staaten und Zypern. Der formelle Beschluß dazu erfolgte auf dem Allgemeinen Rat am 30. März 1998.
- Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen in einem ersten Schritt mit Polen, Ungarn, der tschechischen Republik, Estland, Slowenien und Zypern (der sog. "Luxemburg-Gruppe") am 31. März 1998. Daß die eigentlichen Beitrittsverhandlungen nicht auch sofort mit Litauen begonnen wurden, wurde von litauischer Seite teilweise heftig kritisiert und von EU-Seite damit begründet, daß Litauen noch relativ große Probleme

im Wirtschaftsbereich habe. Der rasante und positive Verlauf der Beitrittsverhandlungen mit Litauen, nachdem sie ein Jahr später begonnen wurden, hat wohl eher die damalige litauische Kritik bestätigt.

- Einrichtung der Europa-Konferenz als einem multilateralen Forum der EU-Mitgliedstaaten, der Beitrittsländer sowie anderer europäischer Staaten, die für einen Beitritt in Frage kommen.

Der Beitrittsprozeß generell basiert zum einen auf der

- Erfüllung der politischen Kopenhagener Kriterien als Vorbedingung für den Beginn von Erweiterungsverhandlungen. Zum anderen gilt der Grundsatz, daß
- Beitrittsverhandlungen individuell und mit jedem Kandidaten zu unterschiedlichen Zeitpunkten begonnen und abgeschlossen werden können.

Bei den Beitrittsverhandlungen geht es um die Übernahme des von der EU über die Jahrzehnte erworbenen gemeinschaftlichen Besitzstands ("acquis communautaire") durch die Beitrittsländer, d.h. insbesondere das Gemeinschaftsrecht mit ca. 80.000 Seiten Gesetzestext muß von den Beitrittsländern übernommen und implementiert werden. Der "acquis communautaire" ist in 31 Kapitel eingeteilt. Die Kommission nimmt für jedes Land/Kapitel eine Bewertung der rechtlichen, wirtschaftlichen und administrativen Verhältnisse vor (das sog. "Screening").

Gleichzeitig erarbeiten die Beitrittsländer ihre Verhandlungspositionen zu den einzelnen Kapiteln. Auf dieser Grundlage entwickelt die EU dann ihre eigenen Positionen, die dann mit den Beitrittsländern verhandelt werden. Gegenstand der einzelnen Verhandlungen ist insbesondere die Frage, ob es in einzelnen Bereichen zeitlich und inhaltlich begrenzte Übergangsregelungen geben kann. Auf Dauer angelegte Ausnahmen sind nicht möglich. Die Ergebnisse werden kapitelweise auf Beitrittskonferenzen auf Außenministerebene verabschiedet. Sofern kein weiterer Verhandlungsbedarf besteht, werden Kapitel vorläufig abgeschlossen. Anderenfalls wird beschlossen, später auf sie zurückzukommen, etwa wenn erste Anträge auf Übergangsregeln vorliegen, deren Notwendigkeit und Angemessenheit erst in einer späteren Phase - in Kenntnis aller beitriffsrelevanten Informationen und Positionen - bewertet werden können oder wenn zusätzlicher Informationsbedarf der EU besteht bzw. wenn die Fortschritte bei der Acquis-Übernahme nicht ausreichen.

Im Dezember 1999 beschloß dann der Europäische Rat in Helsinki die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen auch mit Rumänien, der Slowakei, Lettland, Bulgarien, Malta und natürlich auch mit Litauen, die formell im Februar 2000 begonnen wurden.

Die EU geht bei den Verhandlungen von dem Prinzip aus, daß den Beitrittsländern der sogenannten "Helsinki-Gruppe" die Möglichkeit eingeräumt wird, zu den Ländern der sogenannten "Luxemburg-Gruppe" aufzuschließen. Der Stand der Verhandlungen beweist, daß dies Litauen weitgehend gelungen ist, d.h. Litauen hat praktisch ein Jahr Verhandlungszeit aufgeholt. Dies ist eine bemerkenswerte Leistung!

Obwohl dies nur eine Momentaufnahme ist und keinesfalls überbewertet werden sollte, ist doch bemerkenswert, daß Litauen bei der Zahl der vorläufig abgeschlossenen Kapitel mit 18 Kapiteln bereits vor Polen, Lettland, Malta, Bulgarien und Rumänien liegt (s. Anlage).

Von entscheidender Wichtigkeit für den weiteren Verlauf der Beitrittsverhandlungen ist der Fortgang der inneren Reformen in den Beitrittsländern. In jedem Jahr legt die Kommission einen "Fortschrittsbericht" vor, in dem der Stand der Reformen in den einzelnen Beitrittsländern bewertet wird. Die letzten, im November 2000 vorgelegten Fortschrittsberichte stellten unter den Beitrittsländern noch deutliche Unterschiede bei der Übernahme des "acquis communautaire" fest.

Der Fortschrittsbericht der Kommission zu Litauen zeichnet ein insgesamt befriedigendes Bild. Insbesondere wird die legislative Arbeit positiv hervorgehoben. Bedeutende Anstrengungen seien auch im Bereich der Korruptionsbekämpfung unternommen worden, die fortgesetzt werden müssten. Im Justizbereich stellt die Kommission Fortschritte durch die Verabschiedung des Zivil- und Strafrechts fest, weist aber gleichzeitig darauf hin, daß gerade in diesem Bereich auch noch erhebliche Defizite zu verzeichnen seien. Insbesondere gebe es ernste Schwächen in der Koordination der zuständigen Behörden.

Die litauische Wirtschaft werde erst mittelfristig in der Lage sein, dem Konkurrenzdruck des EU-Binnenmarktes standzuhalten. Die Landrestitution sei fast abgeschlossen. Der Finanzsektor sei noch schwach und müsse weiter entwickelt werden. Ein sehr großes Potential sieht die Kommission für eine weitere Handelsintegration in die EU. Wichtige Verbesserungen stünden noch aus im Konkursrecht.

Bei der Übernahme des rechtlichen Besitzstandes der EU in nationales Recht gebe es insgesamt gute Fortschritte, wohingegen bei der Implementierung des "acquis", besonders im Bereich Steuern, Landwirtschaft, Regionalpolitik und Finanzkontrolle, geringere Fortschritte festzustellen seien.

Gute Fortschritte stellt die Kommission auch fest im freien Warenverkehr, Wettbewerbsrecht und freiem Kapitalverkehr. Bei der gemeinsamen Agrarpolitik sei die administrative Basis zur Vorbereitung der Teilnahme an dieser Politik gelegt, es seien aber insgesamt noch erhebliche Anstrengungen notwendig.

Auch im Bereich des Umweltschutzes seien im legislativen Bereich Fortschritte erzielt worden, doch gebe es Schwächen bei der Implementierung. Im Energiebereich erkennt die Kommission ausdrücklich die großen Fortschritte bei der Umsetzung der nationalen Energie-Strategie an.

All dies beweist, daß Litauen zur Vorbereitung auf den EU-Beitritt bereits außergewöhnlich große und erfolgreiche Reformen unternommen hat, allerdings auch noch weitere große Aufgaben zu bewältigen sind.

Der Beitrittsprozeß verlangt von allen Beitrittsländern große Anstrengungen zur Erreichung eines großen Zieles. Die Europäische Union unterstützt deshalb seit vielen Jahren die Beitrittsländer nicht nur politisch und durch Beratung, sondern in erheblichem Umfang auch materiell.

Die Unterstützung erfolgt grundsätzlich auf drei Ebenen:

- Die Europaabkommen stellen den vertraglichen Rahmen zur stufenweisen Einführung von Freihandel zwischen der EU und den Beitrittsländern, für regelmäßige Konsultationen (vor allem im Rahmen der Assoziationsräte) sowie für den politischen Dialog dar.
- Die Beitrittspartnerschaften bestimmen für jedes Beitrittsland die Prioritäten bei der Heranführung an die EU. Sie sollen dazu beitragen, daß die Beitrittsländer ihre nationalen Programme für die Übernahme des Besitzstandes der Europäischen Union und einen geeigneten Zeitrahmen für dessen Implementierung ausarbeiten.
- Im Rahmen der finanziellen Heranführungsinstrumente PHARE, ISPA und SAPARD leistet die EU finanzielle Hilfe.

Alleine im PHARE-Programm zur Unterstützung des Reformprozesses in den Staaten Mittel- und Osteuropas hat die EU in den Jahren 1989 bis 1998 insgesamt 10,33 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Seit 1998 ist das Programm auf die Bedürfnisse des Beitrittsprozesses ausgerichtet. Die Hilfe wird nach folgendem Schlüssel aufgeteilt:

- rd. 70 % der Mittel fließen in die Unterstützung von Investitionen zur Übernahme des EU-Besitzstands und
- rd. 30 % der Mittel in den Verwaltungsaufbau. Hierzu gehören auch die sehr erfolgreichen Verwaltungspartnerschaften ("Twinning"-Projekte) zwischen Behörden der EU-Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer. Die EU-Mitgliedstaaten entsenden vor allem in den Bereichen Justiz und Inneres, Finanzen, Umwelt und Landwirtschaft Experten in die Verwaltungen der Beitrittsländer, wo sie vor Ort mit den zuständigen Behörden zusammenarbeiten und diese beraten.

Im März 1999 hat der Europäische Rat in Berlin zur weiteren Intensivierung der Beitrittsvorbereitungen zusätzlich Heranführungsinstrumente im Bereich Landwirtschaft (SAPARD: Modernisierung von Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie) und Strukturpolitik (ISPA: Infrastrukturmaßnahmen im Verkehrs- und Umweltbereich) beschlossen.

Insgesamt stehen gemäß den Beschlüssen von Berlin im Zeitraum 2000 bis 2006 Mittel für Heranführungshilfen in Höhe von 21,84 Mrd. Euro (d.h. jährlich 3,12 Mrd. Euro) bereit, was eine Verdoppelung der jährlichen Leistungen darstellt.

Litauen wird in wenigen Jahren der europäischen Union als Vollmitglied angehören. Auf die immer wiederkehrende Frage, wann dies genau sein wird, hat der Europäische Rat in Göteborg geantwortet:

"Der Erweiterungsprozeß ist nicht mehr rückgängig zu machen. Ausgehend von den bisherigen Fortschritten bekräftigt der Europäische Rat, daß der [Anm. d. Verf.: von der Kommission aufgestellte] Fahrplan den Rahmen für einen erfolgreichen Abschluß der Erweiterungsverhandlungen darstellt. Wenn die Fortschritte im Hinblick auf die Erfüllung der Beitrittskriterien unverändert anhalten, dürfte es der Fahrplan ermöglichen, daß die Verhandlungen für

die Länder, die ausreichend auf den Beitritt vorbereitet sind, bis Ende 2002 abgeschlossen werden können. Ziel ist, daß sie als Mitglieder an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 teilnehmen können."

Es wäre müßig, vielleicht sogar kontraproduktiv, dieser Frage zu große Bedeutung beizumessen. Entscheidend ist, daß sowohl die Kommission, die EU-Mitgliedstaaten und die Beitrittsländer mit aller Kraft und Energie, die Verhandlungen voranbringen und sie so schnell wie möglich abschließen. Die Bundesrepublik Deutschland wird auch weiterhin der Advokat der Beitrittsländer in der EU sein. Dies tun wir natürlich (aber nicht nur), weil wir allen Beitrittsländern freundschaftlich verbunden sind, insbesondere auch Litauen. Wir tun es vor allem auch, weil es in unserem wohlverstandenen nationalen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interesse liegt. Die Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas sind unsere unmittelbaren Nachbarn. Wenn es ihnen gut geht, wenn es bei ihnen stabile politische- und wirtschaftliche Verhältnisse gibt, dann ist dies auch gut für Deutschland.

Die EU ist - das kann man wohl ohne zu übertreiben sagen - das erfolgreichste politische Projekt in der Menschheitsgeschichte. Europa und insbesondere auch Deutschland hat in seiner langen Geschichte zahlreiche blutige Kriege, Not, Elend und Diktatur kennengelernt. Deutschland erlebt seit 1945 die längste Friedensepoche seiner Geschichte, bei persönlicher Freiheit der Bürger und einem bisher nicht gekanntem wirtschaftlichem Wohlstand. Als Land ist Deutschland nur von Freunden umgeben. Das gleiche gilt für die anderen EU-Mitgliedstaaten mutatis mutandis.

Zwischen den Mitgliedstaaten der EU ist Krieg ausgeschlossen und auch nach außen entwickelt die EU eine immer sichtbarer werdende Sicherheitsdimension. Diktaturen sind in EU-Mitgliedstaaten per Definition nicht mehr möglich. Für unseren wirtschaftlichen Wohlstand und den Erhalt unserer kulturellen Identität bei fortschreitender Globalisierung ist die EU die alternativlose Basis. Litauen wird bei konsequenter Fortsetzung seiner bisherigen Politik bald als gleichberechtigtes Mitglied am europäischen Einigungsprozeß teilnehmen.

Übersicht: Abschluss von Kapiteln

Stand: 27. Juli 2001

Kapitel:	ZYP	HUN	SVN	EST	CZE	SVK	LTU	MLT	POL	LVA	BGR	ROM
1 Freier Warenverkehr	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	x	
2 Freier Personenverkehr	v	v	x ¹	x ¹	x ¹	v	x ¹	v	x ¹	v		
3 Freier Dienstleistungsverkehr	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	x	
4 Freier Kapitalverkehr	v	v	v	v	v	v	v	x	x ¹	v	v	x
5 Gesellschaftsrecht	v	v	v	v	v	v	v	v	x	v	v	x
6 Wettbewerbspolitik	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
7 Landwirtschaft	x	x	x	x	x	x	x		x	x		
8 Fischerei	v	v	v	v	v	v	v	x	x	x	v	v
9 Verkehr	v	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
10 Steuern	x	v	x	x	x	x	x	x	x	x		
11 WWU	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v		
12 Statistik	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v
13 Sozial- und Beschäftigungspolitik	v	v	v	v	v	v	v	x	v	v		
14 Energie	v	v	v	x	x	x	x	v	v	x		
15 Industriepolitik	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v		
16 Kleine + mittlere Unternehmen	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v
17 Wissenschaft und Forschung	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v
18 Bildung und Ausbildung	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v
19 Telekommunikation	v	v	v	v	v	v	v	v	v	x	x	x
20 Kultur/ Audiovisuelles	v	x	v	v	v	v	v	v	v	v	v	x
21 Regionalpolitik	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x		
22 Umwelt	v	v	v	v	v	x	v	x	x	x		
23 Verbraucher- und Gesundheitsschutz	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v
24 Justiz / Inneres	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
25 Zollunion	v	v	v	x	v	v	x	x	v	x	x	x
26 Außenbeziehungen	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v
27 GASP	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v	v
28 Finanzkontrolle	v	v	v	v	x	x	x	v	v	x	x	
29 Haushalt	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x		
30 Institutionen												
31 Vermischtes												
Anzahl vorl. geschl. Kap.	23	22	21	19	19	19	18	17	17	16	11	8

Bereits auf Ministerebene beschlossen

v = z.Z. keine weiteren Verhandlungen notwendig.

x = Die Konferenz wird auf dieses Kapitel später zurückkommen.

¹ = EU hat den vorläufigen Abschluss vorgeschlagen, der derzeit vom Beitrittsland geprüft wird.

Scrambling out from the Abyss of Holocaust

Markas Zingeris

The attitudes of the Lithuanian public towards the genocide of Lithuania's Jews during the Second World War still remain radically controversial. The views of the intellectual elite are increasingly resembling the attitudes which have formed in the West, the education of the society has also been expanding and becoming more profound. Nevertheless, the attitudes of the general public towards the Holocaust have often been determined by the stereotypes inherited from the past.

It is hardly possible to form a consistent picture of the changes that have occurred in the attitudes of the Lithuanian public towards the Holocaust during the last decade. There are several layers of the society in Lithuania which are publicly expressing their response to the legacy of the Holocaust. These are the historians themselves and the intellectual elite, the mass media and politicians, here also are the opinions of the general public, expressed in readers' letters to the newspapers or in the opinion polls.

One thing is clear: during the last several years there has been a notable progress in the public education on the subject of the Holocaust. Holocaust Studies have been included into the high school curriculum, and even into that of the Lithuanian War Academy; there have also been established educational organisations, like the "House of Memory", the Sugihara Foundation in Kaunas, institutions of state investigation – the International Commission for Assessing the Crimes, Committed by Nazi and Soviet Occupation Regimes – as well as the post of the Ambassador for the Special Missions, which also include relations with the world Jewish organisations. With the support of the Open Society Fund – Lithuania and foreign ambassadors, both translated and authentic books on the subject of the Holocaust and Jewish history are being published one after another, and any attempt on the part of the author of the present article to make even a brief review of all those publications would call for a considerable expansion of the scope of this work. Nevertheless, it is necessary to highlight such books as "Perpetrators. Victims. Bystanders" by the leading Holocaust researcher Raul Hilberg; "The History of the Lithuanian Jews" by prof. Dovas Levin,

an emigrant from Lithuania who survived the Holocaust in the Kaunas Ghetto; “The Diary of the Kaunas Ghetto” (the manuscript of which was displayed in 1999 at the Washington Holocaust Museum exhibition about the Kaunas Ghetto) by Abraham Tori, a prisoner of the Kaunas Ghetto; publications by the Anne Frank House in Amsterdam; the anthology “Echoes of the Lost World”, compiled by Yves Plasseraud, a French doctor of law, essayist and historian; “The Road of Lithuanian Jews”, by the Israeli Saliamonas Atamukas, and many others which could serve as reference sources for those who are interested in the subject. In this year alone, different Lithuanian Publishing Houses will publish at least three translated books on the theme of the Holocaust: an illustrated book-album for high school children by Martin Gilbert “Never again. A History of the Holocaust”, the memoirs of a Šiauliai Ghetto prisoner Nathanas Kacas “Teach Us to Count Our Days”, and the illustrated memoirs of the American painter Samuel Bak, who spent his childhood in the Vilnius Ghetto. And there are many more books to be published in the future, as it is not possible to make a comprehensive study of the Holocaust history in a separate European country without knowing the Jewish history and their, as a minority’s, relations with the ethnical majority of the population. Thus the education of both the public and students in Lithuanian is facing extensive tasks.

Quite another question, however, is the effectiveness of this education. Citizens of Lithuania – similar to most of the post-Soviet societies – have to overcome a number of archaic stereotypes, which restrict thinking and prevent from perceiving the Holocaust and anti-Semitism as the tools of the aggressive policy pursued by the Nazi Germany, and to assess the crimes of their compatriots in executing the Jewish genocide. As a positive trend in this direction, as it has already been mentioned above, ought to be considered the increasingly clearer position taken by the intellectual part of the society in respect to the phenomenon of the Jewish genocide and the denial of its facts in Lithuania. There is no major disagreement on these sensitive issues between such Lithuanian politicians and historians as, say, Liudas Truska, Valentinas Brandišauskas, Alfonsas Eidintas, Arvydas Nikžentaitis, publicists Rimvydas Valatka (“*Lietuvos rytas*”) and Linas Vildžiūnas (“*7 meno dienos*”) on the one side, and the western public opinion, shaped by the activity of the Nuremberg Tribunal, the memoirs of Lithuanian emigrants of Jewish descent, half a century long discussions in the press, and the books by historians M.Gilbert and R.Hilberg, on the other. The determination to have an objective investigation of the cases of Lithuanians’

participation in executing the Holocaust, expressed in a number of statements made by the former Speaker of the Lithuanian Seimas Vytautas Landsbergis, Prime Minister Andrius Kubilius, Presidents of Lithuania Algirdas Brazauskas and Valdas Adamkus, should also be included among the positive factors which condition the change in the public opinion.¹

On the other hand, it would be premature to start evaluating the results of this education, as the five decades of the Hitlerite indoctrination, suffocating Soviet silence, fact manipulation, absence of open discussions, and “oppressed mind” (Czeslav Milosz) in general, are still bearing the kind of fruit that thwart the educational efforts. There should be mentioned dozens of anti-Semitic articles published in the daily “*Lietuvos Aidas*”, some of which demonstrated attempts to deny the participation of Lithuanians in the Holocaust or “explain” it by the alleged mass cooperation of Jews with the Soviets; the widely publicised 1999 election to the post of the Mayor of Kaunas, second largest town of Lithuania, of a populist, well known for his anti-Semitic proclamations, as well as the fact that in the public opinion polls, carried out by the Public Opinion and Market Research Centre “Vilmorus” (considered to be the “most representative”), among the nineteen neighbouring nations, Jews were ranked by Lithuanians almost the lowest – below there were only gypsies.² It is interesting to note here that those factors of the public processes in Lithuania which served as a pretext and setting for the upsurge of the anti-Semitic publications in the daily “*Lietuvos Aidas*”, the anti-Semitic tirades of the above-mentioned Kaunas mayor³, as well as the opinions expressed in the polls, are also being gradually unveiled. These are the court trials of that time involving A.Lileikis and K.Gimžauskas, accused of the Holocaust crimes, the image of whom the Lithuanian newspapers (both of limited, such as the reserve officers’ magazine “*Kardas*” and nationwide, like the daily “*Valstiečių laikraštis*”, circulation), with the help of the courts, painted in such a way that, at least at the beginning, they looked

¹ The first statement of this kind in the Restored Republic of Lithuania was issued on 8 May 1990. It was the Statement of the Supreme Council “On the Genocide of the Jewish Nation during the Nazi Occupation”, see Saliamonas Atamukas *Lietuvos žydų kelias* [The Road of the Lithuanian Jews] (Vilnius: Alma Litera, 1998), et al.

² “Vertinimų skalėje – požiūris į kitas tautas,” [On the Scale of Assessment – the Attitude to other Nations] *Lietuvos Rytas*, 14 November 2000.

³ Already after having relinquished his post, and elected member of the Lithuanian Seimas, this gentleman acquired notorious fame when in his interview to the Swedish Channel II programme, shown at the time of the International Tolerance Forum in Stockholm at the end of January this year, he actually praised Hitler for the Holocaust in Lithuania.

like old men of impeccable reputation, submitted to groundless torment by the enemies of the Lithuanian State and foreign conspirators; here also are the Jewish property restitution issues, as well as the public discussion of the documents of the 1941 pro-Nazi Lithuanian Provisional Government in the Seimas of Lithuania early in the autumn of 2000.

In the light of such facts, the vast differences between the western and Lithuanian public opinion in respect to the Jewish genocide during the Second World War are becoming evident. Thus, a scandal immediately erupted in the American and British press as soon as the historian David Irving just denied the existence of gas cameras in the Nazi concentration camps (see, for example, “*The Daily Telegraph*”, 12 April 2000). In Lithuania, however, there abound, and have become almost habitual, the attitudes which present a distorted view of the Holocaust⁴. This was also noticed by Professor Marija Gražina Slavėnienė who published an article in the U.S. Lithuanian press “Lithuanians Fail to Understand the Western Conception of the Holocaust”⁵. It has also become evident that the ignorance in respect of the history of the Holocaust and the Jews, as well as the anti-Semitic stereotypes, considerably impede the Jewish-Lithuanian relations. In his research, carried out for the University of Vilnius and the Australian Christianity Research Centre, “Anti-Semitism in the Lithuanian Press of 1989-1998”, a script writer for documentary films Jonas Morkus wrote about extreme reactions of the Lithuanian public opinion to the painful issues of the Holocaust: “The tension has mounted for several reasons. Firstly, the participants in the massacre and plunder of Jews are still alive and feel a moral necessity to justify their deeds. The emigrants, among whom there were more than a few Jewish killers, try the hardest. Other emigrants brought with them the wartime attitudes, where the animosity against the Jews was to a great extent fanned by the Nazi propaganda and the desire to find culprits for the loss of Lithuania (its independence) and its surrender to all outside forces... The second source of tension is the idealisation of the past.”⁶ And the attitudes like that, likewise the former languid work of the Lithuanian institutions in investigating Holocaust cases, the *en masse* rehabilitation of the persons convicted by the Soviet courts, among whom there also were the real criminals of

⁴ “Žydai bent jau turėjo žinoti, už ką juos žudo” [Jews at least had to know why they were being killed], A. Nesavas “Vienakė Temidė,” [The One-eyed Themis] *Kauno diena*, 11 November 1998.

⁵ *Akiračiai*, June 1998.

war, come handy to those extremists in the Jewish organisations who do not believe in the ability of Lithuanians to make an objective assessment of their past, and who do not want to notice the progress of the present-day Lithuania in the sphere of Holocaust education and investigation: “On the one hand, Lithuanians seek membership in the international organisations, NATO in particular, while Americans see their acceptance as problematic due to the repulsive image of Lithuanians which has been formed by the references to the Jewish killings. On the other hand, Lithuania itself is reluctant to make a public acknowledgement of those gruesome crimes that Lithuanians committed against Jews during the Second World War, and in every possible way is trying to conceal the truth and the facts”⁷. This quotation is taken from an article which appeared in the publication of the Israeli “*litvaks*” association. This radical article blames even the Ministry of Foreign Affairs of Israel for allegedly succumbing to the “American pressure”, which, by the way, strongly resembles the Lithuanian radicals who censure the Lithuanian authorities for yielding to the pressure of the American and Jewish organisations in the attempts at investigating both the history of the Holocaust and individual cases. The author tends to overlook even such internationally known recent developments in the life Lithuanian State as the law adopted by the Seimas of Lithuania in 2000, which enables persons accused of war crimes to be tried *in absentia*, as well as the fact that, under the pressure of the public and the combined efforts of journalists, politicians and intellectuals, there was cancelled the infamous draft law which intended to turn the Declaration of the 1941 pro-Nazi Provisional Government into a legal act of the present-day Lithuanian State. Such expressions of public activism in regard to the issues of top importance is a new and welcome feature of the growing intellectual maturity of the society.

At the present time, the above-mentioned International Commission, established by the President of Lithuania Adamkus in 1998, is preparing to discuss the

⁶ See *Subliuškę mitai. Mintys, argumentai, polemika*. Ed.by Saliamonas Vaintraubas (Vilnius: Lietuvos žydų bendruomenė, 2000) [The Vanished Myths. Thoughts, Arguments, Polemic.” Compiled by Saliamonas Vaintraubas, Vilnius, Lithuanian Jewish Community, 2000].

⁷ A periodic bulletin of the Lithuanian Jewish Association. Article “International Committee” by Yosef E. Melamed. It is alleged in this same article that the International Commission in Lithuania has been established rather to conceal than to reveal the truth about the Holocaust, and the scientists of the International Institute for Holocaust Research in Jerusalem are requested to abstain from participating in the work of the Lithuanian Commission. The publications of the same Association, issued in English and Ivrit, presented lists with thousands of Lithuanian surnames, allegedly belonging to persons who participated in Jewish killings during the World War II years. The Lithuanian Commission, now in the third year of its existence, has not yet issued any summarising information about the number of Lithuanians who participated in the Holocaust.

research of the sensitive issues which are of great importance for the public education in Lithuania, the Jewish-Lithuanian relations, and for the State of Lithuania as a whole. These are: “The Holocaust and Lithuanian police battalions”, “The Holocaust in the Lithuanian province”, “Jewish massacre during the first days of the Nazi-Soviet war”, “Jewish massacre in Lithuania in the summer and autumn of 1941”, “Anti-Semitism as a Holocaust prerequisite”. The reports are being prepared or have already been submitted to the Commission by German, American and Lithuanian scientists in cooperation with the International Institute for the Holocaust Research Yad Vashem in Israel. It may be believed that the promulgation of the conclusions of these works, and the ensuing publication of the works themselves, will stir the necessary response within the Lithuanian society and help to discard the myths and stereotypes, nurtured during the long years of ignorance. All this will probably take place within the context of other social and institutional processes: in training the Holocaust teachers in Lithuania and abroad, during the court trials of the persons accused of war crimes (as it is known from the press, the Lithuanian State Prosecutor’s Office has already sent to England an extradition request for A.Gečas, suspected in committing war crimes), and in dealing with the Jewish property restitution issues. It should be believed that the Holocaust studies in Lithuania will bridge the gap between the Lithuanian and Western public opinion on these delicate issues, and the quality Lithuanian mass media will present a different coverage of these issues than it was customary to do ten years ago, in the process of awakening from more than half a century long slumber of mind, spirit and conscience.

Translated by *Violeta Stankūnienė*